diskus

Nr. 1+2 · Mai 98 · 47. Jhg.

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · In Ffm gratis, auswärts 5 Mark

theoretical research

practical execution

Streik, Bildung und so

Bahn attacks

History repeating

...

inhalt

editorial 3

Hochschule, Streik, Bildung 5

Vom Verschwinden des ideellen Gesamtstudenten, 5
dem Kampf gegen Windmühlen, selbstgenügsamen Inhaltismus und anderen Streik-Phänomenen
Bildung als Arena ideologischer Kämpfe 9
Über die Verschwisterung von konservativen und liberalen Diskursen in Zeiten des Neo
[Wissensethos Typ Millenium] 15
Bildung im System 2
PC-Terror in Campus-World 19

find the gap 24
Trinh. T. Minh-ha und der Sprung in die Lücken

Bahnhöfe und Innenstadt 29

bahn exclusiv: ausschluß inklusive 29
Über die Hierarchisierungs- und Ausgrenzungspolitik der Bahn AG und die Umgestaltung des Frankfurter Hauptbahnhofs
Bahnattack 32
Zweite Innenstadtaktion gegen Ausgrenzung, Sicherheitswahn und Privatisierung
»Spaß muß sein« 36
Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof

kein mensch ist illegal! 41
[cross the border] 44

»Wir sind die neue A-Klasse« 46
Interview mit Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ)
Arbeit, Arbeit, Arbeit! 48

Zum Tod von Richard Glazar 50

Geschichte, Politik, Wehrmacht 54

Widerstand gegen den Widerstand 55
»Erinnern macht frei« 56
Aufstand des nationalen Gewissens
Verstricktheit sells 60
Ein Gespräch unter Historikern im HR

impressum 62

eineditorialist eineditorialund sonstnichts

In solchen Situationen gilt es viel nachzudenken, zweifellos; ein heikles Unterfangen, aber unausweichlich – eine Begründung ist zu finden, ein Programm, eine Positionierung. Wieso jetzt, wieso so, wie genau? Warum eine Zeitschrift, warum den diskus?! Will den eigenen Ansprüchen gerecht werden, muß mich auch wappnen, gegen Fragen, Einwürfe, Kritik, am Ende vernichtende Kritik. Don't get caught. Also.

editorial: Es gibt ihn wieder, den *diskus*! Die Zeiten für eine linke Zeitschrift scheinen auch an den Hochschulen schlecht zu stehen. Immer spärlicher werden Zusammenhänge, in denen sich an so fixe Ideen wie Selbsorganisation, Gesellschaftskritik und eine entsprechende politische Praxis anknüpfen läßt. Statt den universitären Betrieb gründlich in Grund und Boden und in Frage zu stellen, steht man angesichts »neoliberaler« Umstrukturierungsoffensiven mit dem Rücken an der Wand des Status quo.

So häufig in linken Flugblättern und sogar dem ein oder anderen Seminar konstatiert wird, daß Hochschule und der Wissenschaftsbetrieb gesellschaftliche und politische Orte sind, so wenig schlägt sich diese ehrwürdige Erkenntnis im alltäglichen Handeln nieder. Nichtsdestotrotz nehmen wir hiermit ein Projekt auf, das den Anspuch erhebt, Hochschule und Gesellschaft (und deren Zusammenhang, selbstredend) radikal zu kritisieren. Auf daß die Linke aus ihrer gegenwärtigen Defensive heraus eine offensivere Haltung einnehmen kann.

Grauenhaft, Pathos frißt mich auf. So wird das nichts. Next try.

editorial: Es gibt ihn wieder, den *diskus*! Ein Anliegen der Redaktion ist es, – da es uns in absehbarer Zeit nicht praktikabel erscheint, alle gesellschaftlichen Verhältnisse abzuschaffen, in denen der Student ein geknechtetes, unterdrücktes und verächtliches Wesen ist – sich vehement gegen schlecht ausgestattete Bibliotheken und den Kapitalismus im Allgemeinen zu richten. Dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem Polizei, Esoterik, schlagende Väter und Burschen sowie *Fit for Fun*-Firmenbosse ihren jeweiligen überdeterminierten Platz einnehmen, kann man sich zwar nicht ohne weiteres entziehen – wir wollen ihn freilich trotzdem nicht. Stattdessen, soviel Wagemut muß sein, halten wir unerbittlich an dem Gedanken der freien Assoziation freier Individuen fest.

Trotz solch' Taschenspielertricks passiert's: Die Wiederkehr des verdrängten Klartexts. Vielleicht mit etwas Nüchternem beginnen. Ist schließlich nicht der erste Auftritt, damals noch unter floristischem Pseudonym; hübsche Inszenierung, viele Blumen und so; wohlwollendes, gar politisiertes Publikum; war ja auch spontan, aus der Situation heraus. Fand mich selbst ein wenig verhalten. Inzwischen habe ich einen Namen, bin leidlich ausgestattet und für ein Jahr engagiert.

editorial: Es gibt ihn wieder, den *diskus*! Der *diskus* ist die Zeitschrift der verfaßten Studierendenschaft der Frankfurter Universität und war die letzten Jahre verschütt' gegangen. Hier eine kurze Geschichte der jüngsten Ereignisse: Gegen Ende der Achtziger hatte eine rechte AStA-Koalition den *diskus* eingestellt. Nach dem Hochschulstreik 88/89 begann eine neue Redaktion mit einer satten StuPa-Mehrheit der *Linken Liste* im Rücken ihre Arbeit und lieferte ein paar Nummern ab, die sich sehen lassen können. Ende 92 haben sie aufgehört, um fortan *Die Beute* zu machen, die es – seitdem das Redaktions-Kollektiv aufgelöst wurde – in alter Form nun auch nicht mehr gibt. Die nächste *diskus*-Redaktion gründete sich 1993, brachte aber nur eine Ausgabe zustande. 1994 bewarb sich eine linke Gruppe vergeblich um die HerausgeberInnenschaft – die damalige StuPa-Entscheidung wird doch nicht etwa politisch motiviert gewesen sein ...?

Keine der wechselnden StuPa-Mehrheiten der letzten Jahre hatte ein ernsthaftes Interesse am Erscheinen des *diskus*. Dies mag damit zu tun haben, daß sich die Hochschulgruppen immer mehr dem Parteienspektrum angeglichen haben: orientiert an studentischer Standesvertretung und ausgestattet mit eigenen bundesweiten Organen waren sie weder auf ein zusätzliches Theorie- und Diskussionsforum angewiesen, noch hatten sie jenseits der alljährlichen Stimmabgabe eine Basis, die ein solches Projekt hätte tragen können. Nicht, daß wir glauben, an dieser Situation hätte sich etwas verändert, trotzdem: Es gibt ihn wieder, den *diskus*. Ende letzten Jahres fand sich eine Gruppe zusammen, die mit dem *hibiskus* in die Hochschulproteste zu intervenieren versuchte. Der Redaktionszusammenhang hat sich über den Streik gerettet und bildet jetzt die *diskus*-Redaktion.

Das ist doch kein Einstieg. Kein Pepp... Es ist vertrackt: Die Leute, die den diskus früher schon kannten, wird's vor Langeweile aufs Sofa legen. Kann heute aber keine Kenntnis des diskus mehr voraussetzen. Wird ja auch immer schwieriger mit dem Publikum. Früher wußtest du, wo deine Clubs sind, bist hin, hast deine Sachen erzählt, fertig. Heute mußt du suchen, um dein Publikum zu finden. Aber willst du das überhaupt? Als könnte ich wissen, wer's lesen wird.

Müßte ja eigentlich dringend was zum Verhältnis zur Hochschule sagen. »Wie hältst Du's mit der Hochschule, Genossin?« und so. Auch das, kompliziert, kompliziert.

editorial: Es gibt ihn wieder, den *diskus*! Der *diskus* ist eine Zeitschrift an der Hochschule und glänzte traditionell durch einen Abstraktionsgrad, der allzuoft ins Hermetische abrutschte. Theoretisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse erachten wir für notwendig (sonst haut uns doch der Positivismus tot!), akademischer Duktus soll aber draußen bleiben. Darüber hinaus halten wir Theorieproduktion selbst für ein wichtiges Feld, in dem es zu agieren und Position zu beziehen gilt. Für fatal hielten wir es allerdings, wenn Theorie gleichgesetzt wird mit dem, was sich als wissenschaftliche Theoriebildung verkauft. Reflexionen finden an allen möglichen Orten statt; Wissenschaft ist darin nur eine mögliche Form und sicher nicht die Beste.

Unserem Anspruch nach geht es um eine Zeitschrift, die Praxis theoretisch anleitet + die Theorie praktischer Kritik aussetzt + praktische Praxis theoretisiert und reflektiert + theoretische Theorie reflektierend praktiziert + dabei nie die Wechselwirkungen außer acht läßt. Aber eigentlich sind wir der Ansicht, daß Theoriebildung selbst Praxis, ja politische Praxis ist, jede Trennung insofern eine künstliche ist (auch hierfür dürfte die bürgerliche Gesellschaft Verantwortung tragen!).

Bin doch abstrakt. Muß mich verorten, in Raum, Zeit, Geschichte und dergleichen. Das Projekt hätte 'nen langen Schatten hörte ich, immer wieder; fast mystisch. Hey, folks, laßt mich doch mit Eurem Schatten in Ruh'.

editorial: Es gibt ihn wieder, den *diskus*! Die geneigten LeserInnen werden fragen, von welcher theoretisch-politischen Position aus denn hier operiert werden soll. Dieser Anspruch führte allzu oft zu Bestimmungen dessen, was denn die wahren, guten und schönen Positionen seien, um alle anderen als die Falschen, Bösen und Häßlichen zu outen; genügend Projekte in Sachen Missionierungseifer, Distinktionswahn und selbstgefälligem Autismus.

Die eindeutigen Standpunkte, von denen aus man einst in klarem Ton klare Botschaften verkünden zu können glaubte, sind mehr als fragwürdig geworden. Radikale Kritik hat gegen eine Vielzahl von Herrschaftsverhältnissen anzugehen. Und selbst das ist eine Phrase. Auf eine – apodiktisch verkündete – Linie wollen und können wir uns nicht festlegen. Wenig ist so langweilig und daneben, wie ein Organ vonwemauchimmer zu sein. Insofern: Es gibt Schwierigkeiten und begründete Unlust, eine Programmatik zu formulieren. Nur soviel: Wir verstehen die Zeitung als Diskussionszusammenhang der politischen ›Neo-Linken‹ (gut gelabelt), orientiert an radikaler Hochschul- und Gesellschaftskritik – so, Duftmarken sind gesetzt.

In diesem Heft finden sich die Schwerpunkte Hochschule/Streik/Bildung, Innerstädtische Umstrukturierung (beide Themen knüpfen an Artikel im *hibiskus* an) und Renationalisierung am Beispiel der Ausstellung »Aufstand des Gewissens«.

Wichtig ist uns, in engem Kontakt zu anderen Projekten und Gruppen zu stehen und deren Positionen zu diskutieren bzw. zur Diskussion zu stellen – aktuell beispielsweise der *Innenstadtaktion* oder der Kampagne *kein Mensch ist illegal*.

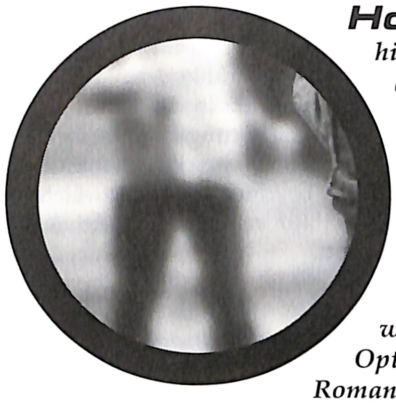
Entgegen einer Kraut&Rüben-Konzeption findet sich in diesem Heft der Versuch, Debatten aufzugreifen und in Schwerpunkten, bzw. aufeinander verweisenden Beiträgen zu organisieren. Mit dieser Konzeption wollen wir Beliebigkeit und fröhlichem Pluralisieren möglichst entgehen. Pluralismus schmeckt wie Eintopf und der – alte Kinderweisheit bekanntlich scheiße.

Jesses, Derbheiten zum Schluß. Allen, die immer noch Antworten auf große Fragen erwarten, sei entgegengeschleudert: Schaut Euch doch das Heft an, ich bin eine Situation, ein Kräfteverhältnis und ein Prozeß.

Me, the diskus.

Redaktion diskus.
Edit or die.

Beachten Sie bitte folgende Anzeige



Hochschule, Streik, Bildung: *Der hibiskus war unter anderem mit dem hehren Ziel angetreten, die »Hochschul- und Bildungsdebatte« weiterzuführen. Und in der Tat: Wir präsentieren hiermit dem geneigten Publikum einen solchen Schwerpunkt.*

In ***Vom Verschwinden des ideellen Gesamtstudenten*** *werden verschiedene Einschätzungen des vergangenen Streiks diskutiert: War es unpolitischer Firlefanz, der Ruck der Eliten oder ein Leuchtturm gegen den Neoliberalismus? Entgegen derartiger Pauschalisierungen werden entlang der Brüche und Widersprüche des Streiks Optionen für linke Politik an den Hochschulen thematisiert.*

Roman Herzogs Rede zur Lage der Bildung ist häufig unter dem Stichwort Standort D besprochen worden. Der Text ***Bildung als Arena ideologischer Kämpfe*** *greift dieses »diskursive Ereignis« unter der Frage auf, welche Werte und Normen vermittelt werden: Im aktuellen Bildungsdiskurs verschränken sich neoliberale und neokonservative Elemente derart, daß mittels einer spezifischen Rede von »Differenz« soziale Ungleichheiten legitimiert werden.*

Le Groop By2k aus Berlin kritisiert in ***[Wissensethos Typ Millenium]*** *den neoliberalen Diskurs unter der Perspektive einer »ökonomistischen Engführung des Wissens«. Demgegenüber wird eine Vorstellung von »Bildung« stark gemacht, die eine Vielzahl von Wissensformen und damit auch der Selbstverhältnisse ermöglichen soll. Der dabei relevante Begriff »Wissensethos« wurde in den Forderungskatalog des bundesweiten Kongresses »Bildung und Gesellschaft« (BUG) in Berlin Anfang 1998 aufgenommen.*

In ***PC-Terror in Campus-World*** *wird anläßlich des Films »Der Campus« untersucht, inwieweit Anti-Political-Correctness zum Knotenpunkt neokonservativer Gesellschaftskritik geworden ist, mit der auch der Rück- und Umbau der Hochschulen legitimiert werden soll.* *(Red.)*

Vom Verschwinden des ideellen Gesamtstudenten,

dem Kampf gegen Windmühlen, selbstgenügsamen Inhaltismus und anderen Streik-Phänomenen

Ist der Unistreik kläglich gescheitert? Der Verdacht liegt nahe, daß viele der AktivistInnen sich nach ihrem Protesterlebnis nun zurückziehen, um sich wieder den »eigentlichen«, sprich privaten, Seiten des Studiums zu widmen – ob sie nun stolz sind auf die eigenen Taten oder eher resigniert.

Gerade die größeren Unmutsbekundungen an den Hochschulen (zuletzt 1978, 1988/89 und eben 1997/98) scheinen nach einer merkwürdig naturwüchsigen Regel aufzukommen. Breite Protestwellen schwappen offenbar nur alle zehn Jahre über die gesamte bundesdeutsche Hochschullandschaft, während die zwischenzeitlichen Streiks lokal oder gar fachbereichsspezifisch begrenzt bleiben. Dies liegt wohl kaum an einer Verschärfung der Studienbedingungen durch die Kultusbehörden im zehn-Jahres-Rhythmus, denn die entsprechenden Anlässe, wie überfüllte Seminare, verschärfte Prüfungsordnungen

oder Zulassungsbeschränkungen, gehören zum universitären Alltag. Sicher hängt das Aufkommen studentischen Widerstands von einer Reihe verzwickter Umstände ab. An dieser Stelle soll nun auch keine Prognose gewagt oder gar verkündet werden: Laßt uns alles für's Jahr 2007 vorbereiten! Zumal sich dann wohl die allermeisten Aktiven des vergangenen Streiks nicht mehr an der Universität aufhalten werden und die wenigen Verbliebenen womöglich vollauf damit beschäftigt sind, sich um Mittelbauposten zu prügeln. Aber genau dies ist schon die Pointe der Geschichte. Eine neue Protestwelle scheint immer erst dann loszurollen, wenn sich die alten Häsinnen und Hasen des legendären letzten Großstreiks vom Felde getrollt haben. Zehn Jahre Ruhe als Preis für jeden Streik?!

Es wäre nun zu wünschen, daß diesem Streik einmal kein dickes Ende folgt. Deshalb ist es wichtig, sich von ein paar Illusionen und Mißverständnissen bezüglich studentischer Streiks zu verabschieden, die schon während des Streiks eher hinderlich waren – und im Nachhinein erst recht. Denn wie die ProtagonistInnen den vergangenen Streik beurteilen und wie sie die eigene Geschichte darin erzählen, ist konstitutiv für ihr zukünftiges Agieren in der Universität.

Das Justieren der Meßlatte

Wer einen Streik für gescheitert erklärt, muß seine Kriterien offenlegen. Gemeinhin gilt als Maßstab für Proteste, welche konkreten Reformen der großen Politik abgetrotzt und welche Kürzungen verhindert wurden. Neben den eher maßlosen und unbestimmten Parolen »mehr Geld« und »Bildung für alle« standen Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen, Demokratisierung der Hochschulen und Einführung eines grundsichernden Existenzgeldes in den progressiveren studentischen Forderungskatalogen.

Gemessen daran war der Streik ein Flop. Zwar feierten die StudentInnen die in der Hochphase des Streiks zugebilligte Mittelerhöhung – welche die vorangegangenen Streichungen noch nicht einmal ganz ausgleich – als ersten handfesten Triumph. Zudem ist Hochschulpolitik inzwischen bei der einen oder anderen etablierten Partei (etwa bei den Grünen oder der FDP) zu einem wichtigen Wahlkampfthema geworden. Und daß die SPD sich doch noch dazu durchrang, die Verabschiedung des neuen Hochschulrahmengesetzes an ein befristetes Verbot von Studiengebühren zu koppeln, mag durchaus als Teilerfolg gelten.

Doch nicht allein die Kritischsten dürften von dieser Bilanz eher enttäuscht sein. Wenn der Uniprotest sich darauf beschränkte, ein bißchen mehr studentisch-bewegtes Salz in die partei-politische Suppe zu geben, die Einführung von Studiengebühren um ein paar Jährchen zu verschleppen und die Kanzlerdämmerung zu beschleunigen, hätte sich die ganze Mühe, zumindest für radikaleren AktivistInnen, nicht gelohnt.

Kampf dem Neoliberalismus?

Enttäuscht von den manifesten Folgen des Streiks dürften in jedem Fall diejenigen sein, die sich von den Protesten weit mehr als die überfälligen Hochschulreformen, nämlich ein Signal für den Widerstand gegen die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft erhofften: Ein *Leuchtturm gegen den Neoliberalismus* sollten die Unistreiks sein, auf daß sich weitere unzufriedene Gruppen, wie die Arbeitslosen oder die gesetzlich Krankenversicherten, mobilisieren ließen. Endlich würden die Leute auf die Straße gehen und sich wehren. Die Proteste hätten gezeigt, daß sich die geplanten gesellschaftlichen Umstrukturierungen (pfui!) nicht ohne weiteres über die Köpfe der Betroffenen hinweg (buuuh!) durchsetzen ließen.

Daß die heiße Phase schnell abkühlen und Ernüchterung einsetzen würde, war vorauszusehen. Und daß sich die StudentInnen mit anderen bislang isoliert agierenden Bewegungen einfach so verbinden – und womöglich noch zum Sturm (auf das Kanzleramt, die Bundesbank, die Microsoftzentrale?!) agitieren ließen – gehört wohl eher ins Repertoire politischer Romantik. Zwar war der Feind Neoliberalismus schnell identifiziert, die Schwierigkeit, diesem Gegner konkret zu begegnen, dafür um so größer. Bezeichnend war die verlegene Suche nach Demonstrationszielen, mit dem Ergebnis, daß niemand so recht wußte, was man jetzt eigentlich vor der Deutschen Bibliothek zu suchen habe. Und daß das hessische Kultusministerium, Bonn oder die Börse glücklichere Orte darstellten, darf gewiß bezweifelt werden.

Gegen den Neoliberalismus zu sein und ihn zum allgemeinen Pappkameraden aufzubauen, ist nichts Radikales, vielmehr geradezu en vogue. Das Praktische am Neoliberalismus, daß man sich auf ihn als Feind schnell einigen kann, weil fast jede darunter verstehen kann, was sie will, ist zugleich sein Haken. Neoliberale Strategien sind leider keineswegs so klar zu identifizieren wie angenommen, sondern hochflexibel, und wer neoliberale Politik durchsetzen will, wird tunlichst vermeiden, das häßliche Wort in den Mund zu nehmen. Skepsis ist auch gegenüber denen angebracht, die sich lautstark zu GegnerInnen dieses »Feindes der Menschlichkeit« stilisieren, hindert sie das doch nicht daran, ihre eigene Politik mit neoliberalen Elementen zu garnieren.[1] So wird auf dem hochschulpolitischen Terrain zwar

gerne gegen die »neoliberale Bildungsoffensive« gewettert, diese Frontstellung bleibt aber abstrakt genug, um parallel dazu etwa Universitäts-Ranking-Listen in Kombination mit der Stärkung konservativer Bildungs-Ideale einzufordern. Oder DozentInnen wettern gegen ökonomische Kriterien bei der Beurteilung der Forschung, die schließlich frei zu sein habe, und wollen zugleich die Last der Lehre mindern, indem die StudentInnen stärker nach Leistung zu beurteilen seien. Oder StudentInnen verwehren sich gegen ein Studium nach Scheinen, um zugleich die ProfessorInnenschaft mittels Evaluierung härter an die Kandarre zu nehmen, vielleicht gar den Beamtenstatus in Frage zu stellen. Offensichtlich ist das mit dem Neoliberalismus also nicht ganz so einfach.

inhaltsleer – apolitisch – mediengerecht?

Nun zeugten viele studentische Forderungen besonders zu Beginn des Streiks nicht unbedingt von einem ausgefeilten politischen Programm. Streikauslösend dürfte eher die Dreifaltigkeit von fehlenden Profs, Büchern und Stühlen[2] gewesen sein als der Kampf gegen den Neoliberalismus. Diese Beobachtung führte wohl auch zu dem vernichtenden Urteil, daß der Streik apolitisch sei und die heutige StudentInnengeneration sowieso weder kritische Inhalte hätte noch durch Radikalität besteche. Das war gerade auch von denen zu hören, die sich gewöhnlich nicht durch ein generelles Desinteresse an Protesten auszeichnen und vor Jahren womöglich noch selbst den Streik organisierten.

Allzu schwer fiel es ihnen in der Tat nicht, Gründe für die eigene Trägheit zu finden. Was die einen bereits vor dem Streik wußten, nämlich daß sich das Engagement nicht lohne, dämmerte manchen aus der Leuchtturmfraktion erst währenddessen oder im nach hinein. Recht zu geben schienen ihnen dabei die weitverbreiteten beim-Wort-nehmen-Aktionen (à la »hinter den Scheinen herlaufen«, »die Bildung geht baden« oder »die Bildung wird mit Füßen getreten«), leeres Gerede von »miserablen Studienbedingungen« statt gesellschaftstheoretischer Entwürfe auf den Vollversammlungen oder auch der peinliche Aufmarsch vor der Deutschen Bibliothek, wo den DemonstrantInnen nichts besseres einfiel, als »Bücher, Bücher, Bücher« zu skandieren. Und bewies nicht das allgegenwärtige *lucky strike*-Logo den affirmativen Bezug auf die herrschenden Verhältnisse, die Kapitulation vor der Welt des Marketing, in der nur noch die mediengerechte Aufbereitung zählt?

Ob es nun progressiver ist, seine Kritik so kundzutun, daß es niemand mitbekommt oder mit möglichst wenig Aufwand den größten diskursiven Effekt zu erzielen, mag jedem selbst überlassen bleiben. Eine Kapitulation vor den herrschenden Verhältnissen ist dagegen, die mangelnden Inhalte nicht zum Anlaß zu nehmen, beim Stopfen der Löcher zu helfen, sondern den AktivistInnen nur »Präzisiert mal eure Forderungen!«, »Wie steht ihr eigentlich zum Humboldtschen Bildungbegriff?« oder »Habt ihr noch nie was von kritischer Interdisziplinarität gehört?« um die Ohren zu hauen. Blinder Aktionismus ist nur die Kehrseite jener Haltung, die den Protest erst dann in Erwägung zieht, wenn die Programmatik gründlich ausdiskutiert und die Partei gegründet ist.

Die Spaltung zwischen denen, die nur mehr Geld, Profs und Stühle fordern und denjenigen, denen es um eine grundsätzliche Kritik der Hochschulstrukturen geht, prägte bereits den 88er-Streik. Damals waren die Fronten klarer, denn den Ruf nach mehr Geld nutzte der damalige Bildungsminister Möllemann, um mit zwei Sonderfinanzprogrammen den Protest an den Hochschulen zu bändigen und weiterreichende Forderungen wie Demokratie, kritische Interdisziplinarität oder Anti-Diskriminierungsprogramme ins Leere laufen zu lassen. Heute allerdings unterstützt die Politikprominenz die Forderung nach struktureller Veränderung, wenn auch mit eigenen Akzenten. Mit etwas Glück, mögen die Kultusbeamten spekulieren, könnte sich der studentische Protest gegen die ererbten Privilegien der ProfessorInnenschaft wenden lassen, die als hartnäckigster Bremser bei der Umgestaltung der Hochschulen ausgemacht wird.

Wie auch immer, die banale Forderung nach mehr Geld könnte sich als die radikalste Parole des Streiks erweisen. Schließlich liegt ein Großteil der Unzufriedenheit mit der Universität in dem Beschluß der Kultusministerkonferenz von 1978 begründet, die vorangegangene Öffnung der Universitäten zwar nicht zurückzunehmen, zugleich aber jede proportionale Mittelaufstockung zu verweigern – so lange eben bis die Studierenden es selber merken, daß das mit der Massenuniversität für alle einfach nicht klappt.

Allein die Unverfrorenheit, nicht aufzurechnen, woher das ganze schöne Geld denn kommen soll, unterläuft den allzeit präsenten Sparzwangwahn: Uns interessiert nicht, wieviel Geld da ist – *wir wollen das Unmögliche!* Gewiß sprengt solch maßloses Ansinnen, frei nach Guevara[3] und Derrida[4], den Konsens über vermeintlich unveränderbare ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht automatisch. Kritik müßte dann aber nicht dort ansetzen, wo hinter der Forderung nach Geld noch keine Inhalte zu erkennen sind, sondern an der Stelle, wo die Streikenden beginnen, sich in die Rolle des Bundesfinanzministers zu imaginieren, alternative Haushaltsentwürfe formulieren und statt auf Bildung lieber auf Eurofighter und Transrapid verzichten möchten.

Standesgemäßer Ruck der Eliten?

Der Vorwurf, die meisten StudentInnen seien bloß naiv und unpolitisch, gehörte noch zu den harmloseren. Schließlich gab es auch die Parole: Hier ruckt's! Für pessimistische Streik-BeobachterInnen war dies nun alles andere als ein Zeichen leuchtenden Widerstands gegen herrschende Politik, sondern im Gegenteil der nationale Schulterschluß mit denen da oben. Die vereinzelten Transparente, mit denen eifrige Studis vermeldeten, daß die nachgerade überzitierte präsidiale Ermahnung nach Beendigung des Reformstaus nun unten angekommen sei, enthüllten das eigentliche Wesen des studentischen Streiks.

Demo-Rufe wie »Wir streiken für den Standort D!« oder »Bildungsnot ist Deutschlands Tod!« wurden gerne als Beweise dafür genommen, daß die meisten AktivistInnen bestenfalls ihre individualistische Sorge darüber zum Ausdruck bringen wollten, möglicherweise die angestrebte Elite-Position nicht zu erreichen und deshalb auf ihre Bedeutung für das nationale Wohlergehen hinwiesen. Mit ihren Forderungen nach Zulassungsbeschränkungen und Studiengebühren (»bin ja schon eingeschrieben und Papa zahlt's«) wären die Proteste schlechtestenfalls nur eine Stimme in dem Choral »Wir sind bereit zur inneren Erneuerung Deutschlands«.

Klassisch linke Positionen hatten es freilich auch nicht gerade leicht. Trat eine linke, feministische oder antirassistische Gruppe etwas provozierender auf den Vollversammlungen auf oder machte sie gar die KommilitonInnen für die diskriminierenden Verhältnisse mit verantwortlich, konnte sie sich der Buhrufe aus dem Auditorium sicher sein. Das hängt gewiß damit zusammen, daß sich ein Großteil der Studierenden eher als unpolitisch wahrnimmt und linke Zuspitzungen als unsachlich und fehl am Platze beschimpft. Jede radikale Kritik an den ganz normalen Verhältnissen wird so als verkrampft polit-ideologisch ausgeschlossen. Warum das die linken KritikerInnen allerdings verwundert, bleibt ein Rätsel. Genausowenig wie sich die studentischen Gruppierungen an der Universität oder auch die Parteien und die übriggebliebenen Basisorganisationen insgesamt eines regen Andrangs erfreuen, war auch zu erwarten, daß die Studierenden etwas anderes im Kopf haben als der Rest der Bevölkerung. Weder schützt ein Hochschulabschluß vor Dumpfbackigkeit noch verschieben sich durch einen Streik urplötzlich die politischen Einstellungen.

Den Streik für wahlweise höchst widerständisch, unpolitisch oder reaktionär zu halten, ist gleichermaßen fatal. *Dieser* Streik war gerade dadurch gekennzeichnet, daß es in einer relativ offenen Situation verschiedene Strömungen gab, die um die Definitionsmacht im Streik kämpften. Daher waren alle Versuche der Streikenden, die unterschiedlichen Interessen auf einen Nenner zu bringen, zum Scheitern verurteilt. Mühsam wurde am ideellen Gesamtstudenten gebastelt (Gelächter links), der mit deutlicher Stimme klare Forderungen stellt: Einigkeit als oberste Maxime (Applaus rechts).

Auf dem StudentInnen-Kongreß *Bildung und Gesellschaft* (BUG) Anfang Januar in Berlin wurde zwar versucht, die Gegensätzlichkeit der studentischen Positionen durch Homogenisierung zu überwinden. Das Ziel, einen »Forderungs- und Maßnahmenkatalog zur inhaltlichen Positionierung der Studierenden« (Programmheft BUG) zu erstellen, der sich sehen lassen konnte, wurde aber nicht erreicht.

In aufsteigenden Plenumsinstanzen sollten die Debatten aus den Arbeitsgruppen in Thesen komprimiert und Konsensfähiges von Umstrittenem getrennt werden. Schlußendlich, so die Hoffnung, läge das konsensuale Destillat der studentischen Debatten in knackigen zwölf Forderungen vor. Spätestens als jede(r) TeilnehmerIn mit fünf blauen Klebepunkten ausgestattet wurde, die hinter die Lieblingsthesen zu heften waren, artikulierte sich breiter Unmut – noch jede interessante Diskussion wurde von Verfahrensfragen zunichte gemacht. Was letztlich in den Forderungskatalog wanderte, ist das durchgepeitschte Resultat derjenigen Gruppen, für die sich Politik ohnehin auf Lobbyarbeit beschränkte, die das organisatorische Know-how beherrschten oder denen die Rolle als Politmacker gefiel.

Die Idee des BUG steht für den Versuch, sich am gängigen Politikmuster auszurichten, wonach Politik das ist, was andere machen: Eigene Aktivitäten werden auf das Erstellen von Forderungen reduziert, statt sich um Selbstorganisation und Koordination politischer Gruppen zu kümmern, die unterschiedlichen Streikerfahrungen auszutauschen und die eigenen Diskussionen weiterzuführen – auch oder gerade wenn dies bedeutet, sich dem vorherrschenden politischen Schema zu verweigern.

Insofern ist das allgemein diagnostizierte Scheitern der BUG-Planung eher als Erfolg zu werten: Man kann froh sein, daß diese Repräsentation studentischer Standesinteressen mißlungen ist und die politischen Gegensätze nicht hinreichend übertüncht bzw. ausgedünnt werden konnten. Offenbar ist es immer weniger möglich, von einem gemeinsamen Interesse der Studierenden auszugehen. 1988/89 war dies zumindest beim Ende des Streiks in Frankfurt noch anders: Da gab es grandiose Verabschiedungen in der Festhalle, man konnte einen Forderungskatalog vorweisen, ließ diesen dann links liegen und ging wieder seiner Wege.[5]

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 10.00 - 19.30 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

don't worry about 2007

Ist der Streik nun kläglich gescheitert oder nicht? Es kömmt wohl ganz darauf an, wie man ihn interpretiert. Auffällig ist, daß diejenigen, die sich emphatisch in den Streik gestürzt haben, letztlich leicht dort ankommen, wo ältere Streikgenerationen schon länger stehen: beim prinzipiellen Mißtrauen gegenüber studentischen Protesten. Von der Illusion, politischer Protest sei nur dann erfolgreich, wenn sich greifbare Ergebnisse zeitigen oder sei als linker nur dann zu würdigen, wenn sich eine immer größere Anzahl von Menschen unter den richtigen politischen Parolen zusammenfinden, ist es nur ein Katzensprung zur Resignation, die dann für die nächsten zehn Jahre jeglichen praktischen Widerstand an der Universität verunmöglicht – und womöglich nicht nur dort.

Gebracht hat der Streik auf jeden Fall etwas: Vom Contenanceverlust manch einer souveränen Akademikerin bis zur praktischen Einübung antiautoritären Ungehorsams; und immerhin trug er auch dazu bei, daß sich einige StudentInnen über ihre privaten, seminar- oder fachbereichsspezifischen Grenzen hinweg (dauerhaft) organisierten. Für die Freunde der verblichenen inhaltsschweren Zeiten läßt sich dieser Sachverhalt auch etwas anders formulieren: »Die Fortschritte in der aufgeklärten Spontaneität der schon selbsttätigen Gruppen und der Aktivierung der bislang unbewegten Gruppen sind historisch höher zu bewerten als die Erleichterungen und Rechte, die als Folgen der Kämpfe eventuell von den Regierungen gewährt werden ...«(Hans-Jürgen Krahl, 1968).

Vorläufig kann festgehalten werden, daß (a) sich die Hochschule samt den Interessen, der in ihr Agierenden, viel diffuser darstellt als gemeinhin angenommen, (b) die Studierenden, bloß weil sie studieren, keine klügeren, kritischeren oder aufgeklärteren Menschen sind, (c) ein Streik keine lineare Angelegenheit ist, die von den ersten Unmutsbekundungen zur Erfüllung der Forderungen, mithin zur Revolution führt, sondern bloß eine politische Praxis, bei der die Normalität des Alltags punktuell aufgehoben werden kann.

Es kömmt jetzt also darauf an, die Erfahrungen des Streiks richtig zu interpretieren, denn die theoretische Aufbereitung des Streiks prägt die künftige Praxis. Außerdem wurde lange genug gejammert. Wer die meisten AktivistInnen des vergangenen Streiks nun aus guten Gründen für weitgehend langweilig-reformistisch hält, möge dazu beitragen, ihnen ihre dominante Stellung streitig zu machen.

AK unmögliche Verhältnisse III

1 > vgl. Hans-Peter Krebs: Neoliberalismus – weder apokalyptisches Untier noch Papiertiger. In: *hibiskus* 0/97

2 > vgl. AG Französische Verhältnisse II: La misère de l'éducation universitaire ou du monde en générale? In: *hibiskus* 0/97

3 > »Seien wir realistisch – versuchen wir das Unmögliche!«

4 > »Das Un-Mögliche (...) ist nicht das Utopische. Im Gegenteil. Das Un-Mögliche gibt dem Wunsch, der Handlung und der Entscheidung die Bewegung. Das Un-Mögliche ist die Figur des Wirklichen selbst.«

5 > vgl. Linke Liste 1989: Auch ich will ein Buch. In: *hibiskus* 0/97

Bildung als Arena ideologischer Kämpfe

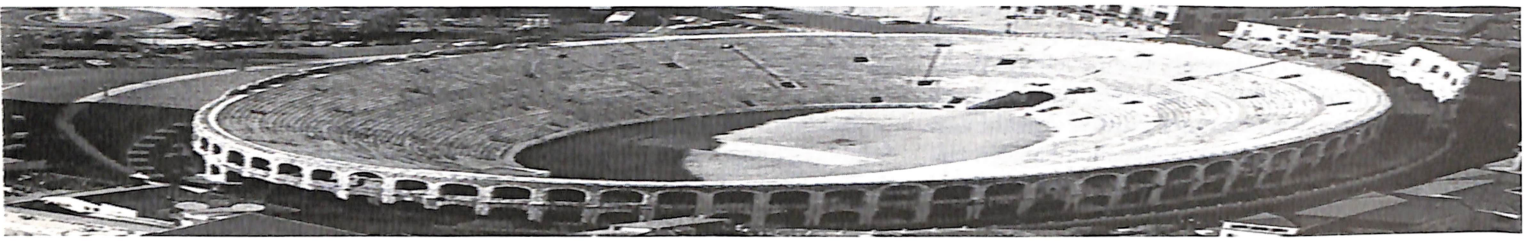
Über die Verschwisterung von konservativen und liberalen Diskursen in Zeiten des Neo

Das preußische und später das deutsche Bildungssystem war stets ein Ziel – bzw. Ausgangspunkt für gesellschaftliche Veränderungen: ob es nun um Universitätsreformen in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts ging, um den Weimarer Schulkompromiß und das dreigliedrige Schulsystem, die Umgestaltung des Schul- und Hochschulsystems im deutschen Faschimus oder die Bildungsreform der 60er/70er Jahre, bei der sich die propagierte »Öffnung« nicht nur auf das Bildungssystem bezog, sondern sich gegen den Schweigekonsensus in der nachfaschistischen BRD wandte. Dabei sind Bildungsinstitutionen und -inhalte immer Ergebnis historischer Auseinandersetzungen und Kompromißbildungen zwischen verschiedenen Akteuren, Instanzen und Interessen. In einem Aufsatz, in dem es um die »Wiederherstellung der Hegemonie während der konservativen Restauration« geht, bemerkt M. W. Apple:

»Das Bildungswesen selbst ist eine Arena, in der sich diese ideologischen Konflikte ausagieren. Sie ist eine der bedeutenden Schauplätze, auf der verschiedene Gruppen mit wohlunterschiedenen politischen,

ökonomischen und kulturellen Vorstellungen zu bestimmen versuchen, welches die sozial legitimen Mittel und Zwecke einer Gesellschaft sein sollen.« (Apple, 1994, S. 36)

Gerade im deutschen Kontext hat »Bildung« eine dominierende Rolle bei der Entstehung des Staates, in den sozialen Kämpfen wie auch in der Entwicklung



und Veränderung alltagskultureller Verkehrformen eingenommen. Verfolgt man/frau die Bildungsdiskurse vom 18. Jahrhundert bis heute, so läßt sich feststellen, daß es (1) *die* »Bildung« als eine klar abgrenzbare Definition nicht gibt; (2) »Bildung« vielmehr einen symbolisch-diskursiven Ort der Auseinandersetzung, d.h. einen Teil der hegemonialen Verhältnisse darstellt, in dem verschiedene Subjekte (Gruppen, Klassen, Akteure, Individuen) sich jeweils anders positionieren oder positioniert werden; (3) der Diskurs um »Bildung« Anschlüsse an eine Vielzahl anderer Diskurse nicht nur zuläßt, sondern diese geradezu konstitutiv für ihn sind (z.B. Diskurse aus Anthropologie, Ökonomie, Moral und Ethik) und mit der »Bildung« auch Elemente wie Staatsverständnis, Autoritätsvorstellungen, historische Bilder von »der Nation« transportiert werden; (4)«Bildung« stets mit Differenzsetzungen und daher mit Ein- und Ausschlüssen, also mit Macht verbunden ist (national, geschlechtsspezifisch, klassen- oder gruppenspezifisch, ethnisch-«rassisch« usw.).

Daher ist es notwendig, den Diskurs um »Bildung« als ein diskursives Netz und Dispositiv zu begreifen; als eine vielfach determinierte, historisch-diskursive Praxis, die eine Pluralität von Positionen, unterschiedliche Machtpraktiken und Subjektivierungsweisen wie auch eine Vielzahl möglicher Anschlüsse an andere Diskurse zuläßt.

Zur Konstruktion eines diskursiven Ereignisses

Die Aussagen von Bundespräsident Herzog zur Bildung können als diskursives Ereignis gelesen werden[1]. Michael Rutz, Herausgeber des »Rheinischen Merkur«, hat seine viel zitierte und kommentierte Rede unter dem Titel »Aufbruch in der Bildungspolitik«[2] zusammen mit 25 Antworten veröffentlicht. Entgegen der Erwartung, in den Antworten im wesentlichen Aussagen zu »Standort«, »Globalisierung« oder »Wettbewerb/Ökonomie« zu finden, wiesen die Texte auffällige Häufungen zu den Topoi »Gleichheit/Ungleichheit«, »Tugend/Werte« und »Begabung/Neigung« auf. Der einzige »ökonomische« Topos, der relativ häufig vertreten war, war der der »Leistung«. Eine vorläufige These könnte also lauten, daß die Rede weniger als »Standort«-Rede gelesen wurde (die sie natürlich auch ist), sondern eher als eine über (Un)Gleichheit, Talent und Werte, womit sie dem klassischen Terrain des neokonservativen Diskurses zuzuordnen wäre. Daher schien es interessant zu sein, zu untersuchen, auf welche Art und an welchen Stellen »der Neoliberalismus« und »der Neokonservatismus« diskursiv miteinander verkoppelt sind, wo sie, insofern zu trennen, sich gegenseitig stützen und verstärken oder auch quer zueinander stehen. Es geht also im Kern um die Frage, ob es sich lediglich um ein Anschließen an den neokonservativen Diskurs der 70er Jahre im historischen Kontext des neoliberalen Diskurses der 80er/90er Jahre handelt oder ob verschiedene, auch heterogene Elemente reartikuliert und zu einem neuen hegemonialen Diskurs verschmolzen werden.

Im folgenden soll versucht werden, anhand einiger Topoi der Herzogrede den Charakter des diskursiven Ereignisses näher zu beschreiben, um schließlich einige Überlegungen zu den Ermöglichungsbedingungen der spezifischen Aussagen von Herzog zum Gleichheit/Ungleichheits-Topos im Anschluß an den Diskurs des Neokonservatismus anzustellen. Dazu werden zum einen einige zur Konstruktion dieses Ereignisses notwendige rhetorische Mittel aufgezeigt, zum anderen wird auf Verschiebungen im Bildungsdiskurs (seit den 70er Jahren) eingegangen, die durch die Rede und die Reaktionen darauf deutlich werden.

Die von Rutz veröffentlichten 25 Antworten auf die Herzog-Rede repräsentieren nur einen Teil, wenn auch einen dominierenden, des gesamten Bildungsdiskurses. Angeschlossen wird in den Antworten an den appellativen Gestus der Herzogrede, in der von »vermintem Gelände«, »Zukunftsfragen« und »Sputnikschock« die Rede ist, wie auch davon, »Tabus zu knacken und (...) falsche Mythen zu beseitigen«, notwendig sei ein »neuer Grundkonsensus« (sic!). Hier wird offensichtlich »Kampfposition« bezogen, und es ist nicht unwichtig, sich des nachhaltigen Appellcharakters von Herzogs Rede bewußt zu werden, da es hier um die gezielte und wohlinszenierte Form eines öffentlichen Redeereignisses geht. Diese Tendenz wird explizit an den Stellen der Rede deutlich, die rhetorische Grundfiguren erkennen lassen, wie die *Rede ex negativo* (»**Falsch** ist die Vorstellung, die Schule sei Reparaturbetrieb für alle Defizite der Gesellschaft ... Es ist ebenso **falsch** anzunehmen, das beste Bildungsangebot könne nur vom Staat kommen«), *rhetorische Fragen* (»Muß jedes geisteswissenschaftliche Studium wirklich mit einem Magister abgeschlossen werden«) oder die *imperativen Selbstappelle* am Schluß der Rede (»**Schaffen wir** ein Bildungswesen, daß Leistung fördert ... **Setzen wir** neue Kräfte frei ... **Entlassen wir** unser Bildungssystem in die Freiheit«). So wird von Beginn der Rede an eine symbolische Gegenposition aufgebaut, ein imaginärer Anderer, der in der parado-

xen Figur des »konservativen 68er-Bildungsreformers« entwickelt wird. Er ist es, der Entwicklung und Zukunft verhindert, der seinen leistungsfeindlichen Gleichheitsgedanken nachhängt und auf diese Weise notwendige Veränderungen blockiert (»Reformstau«!). Es gilt daher, diese alten ideologischen Bastionen (Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Demokratisierung) zu schleifen und auf ihren Ruinen ein Bildungssystem zu errichten, das den Anforderungen von Standort und Globalisierung gerecht wird, die als unhinterfragbare Gegebenheiten vorausgesetzt werden. Dies bildet den Resonanzboden, um eine Kette an Konnotationen (Konkurrenz und Kampf, Wissen und Fortschritt usw.) freizusetzen, die schließlich auch den Bildungsdiskurs dominieren, indem sie ihn überlagern.

Das alles ist nicht neu und kristallisierte sich bei allen Analysen, die sich kritisch mit der Herzog-Rede auseinandergesetzt haben, heraus. Was jedoch zumeist unberücksichtigt blieb, ist die Frage: Woran knüpft Herzog bei seinen Vorstellungen von Bildung an? Aus welchen diskursiven Elementen ist die Rede zusammengesetzt und an welche Positionen ist sie anschlußfähig und an welche nicht?

»NeoKonservativLiberalismus«

Die Bildungsrede ist nicht nur ein Plädoyer für den Standort Deutschland im Rahmen von Globalisierung, für den das Bildungssystem entsprechend funktional umgestaltet werden muß, sondern es handelt sich auch und erneut um den Versuch, Positionen des Neokonservatismus der 70er Jahre im Kontext Neoliberalismus und Globalisierung zu reform(ul)ieren, d.h. neu zu artikulieren. Dabei geht es im Kern um eine Akzentverlagerung auf ein Element, das immer Bestandteil des (neo)konservativen Diskurses war, nämlich die Verknüpfung von Ungleichheit und Leistung. Die neoliberal-modernisierte Gestalt des neokonservativen Diskurses hat in diesem Sinn die neoliberalen Zeichen der Zeit (Privatisierung und Deregulierung) erkannt. Das ist beispielsweise an der diskursiven Ausweitung des Begriffs Verantwortung abzulesen, mit der der schrittweise Rückzug des Staates aus der Finanzierung der Universitäten (Stichwort: Entlassung von Institutionen aus staatlich-bürokratischer Bevormundung) wie auch der Abriß des Gebäudes Sozialstaat (Individuen übernehmen Verantwortung für sich selbst) gerechtfertigt wird.

Individuelle Verantwortung gehörte in den 70er Jahren ins neokonservative Rezeptbuch gegen die Anomalien postindustrieller Gesellschaften. Für den Neokonservatismus stand zu diesem Zeitpunkt noch ein normativ-gemeinschaftlicher Wertekanon im Vordergrund, um den diagnostizierten Phänomenen von Verfall und Pathologie (Verfall von Familie, Staatsverdrossenheit, Drogenkonsum, Hedonismus, wilde Streiks, Jugendunruhen, Wehrdienstverweigerung, Bürgerinitiativen usw.) entgegenzuwirken. Dies ging mit der Wiederherstellung autoritärer Verhältnisse einher und war gegen die vermeintliche »Ungleichheit, die sich als Folge realisierter Chancengleichheit erst herstellt« (H. Lübbe, 1977), gerichtet.

In den 80er/90er Jahren ging es darum, auf ein leistungsbezogeneres Bildungssystem umzustellen, wozu jede Art von Gleichheitsvorstellung zunehmend unter Ideologieverdacht gestellt wurde. Die angekündigte geistig-moralische Wende entpuppte sich Anfang der 80er Jahre als neoliberaler Schwenk, der, wie Dubiel schon 1985 feststellte, zu einer Aktzentverschiebung beim Konservatismus führte, so daß er zu der These gelangte, »daß der von den Neokonservativen beklagte Niedergang der Leistungsbereitschaft nur eine Verschiebung der Leistungskriterien aus dem Produktionsbereich in den kulturellen Bereich der Selbstentfaltung von Individuen widerspiegelt (...) Für Konservative sind Unterschiede des Talents, der Neigung und Motivation Teil der angeborenen Grundausstattung der Individuen.« (Was ist Neokonservatismus? Ffm, S. 69/70)

Es ist einleuchtend, daß der Bildungsbereich die diskursive Arena war, in der der Kampf um Gleichheit vs. Ungleichheit am heftigsten tobte:

»Die Einführung der ›affirmative action‹- Programme in den USA, der Gesamtschulen in der Bundesrepublik, des kompensatorischen Sprachunterrichts für Kinder (...) all diese Maßnahmen basierten ja auf der öffentlich diskutierten und zum Anlaß sozialpolitischer Reformen gemachten Prämisse, daß die klassischen formalen Gleichheitsgarantien die Gleichheit der Startchancen eben noch nicht garantieren. (ebd., Seiten 74/75)

DISS

Annelie Buntenbach / Helmut Kellershohn / Dirk Kretschmer (Hg.):

***Ruck*-wärts in die Zukunft**

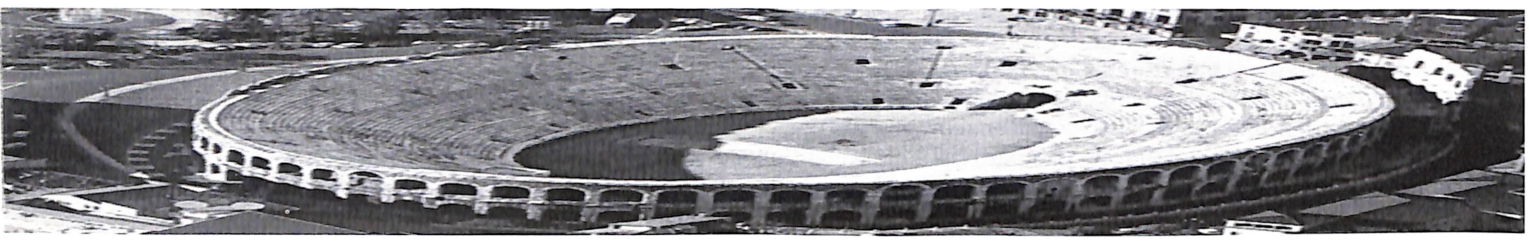
Zur Ideologie des Neokonservatismus

1998, ca. 250 S., 28 DM
ISBN 3-927388-64-5

Die politisch-kulturelle Hegemonie des Neokonservatismus hat sich in den letzten Jahren gefestigt und durchdringt mit zunehmender Intensität die verschiedenen Bereiche von Staat, Kultur und Gesellschaft. Auch wenn die „Richtungswahl" im September 1998 mit einer Niederlage der Unionsparteien enden sollte: Eine Kehrtwende der Politik und des gesellschaftlichen „Klimas" ist damit noch lange nicht erreicht. Die bisherige neokonservative Politik hat Fakten und Strukturen geschaffen, die nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden können.
Im vorliegenden Buch analysieren die AutorInnen zentrale Aspekte dieses neokonservativen Projekts. Dabei liegt der zeitliche Schwerpunkt auf den 90er Jahren, in denen sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, der Eingliederung der DDR und dem Einstieg in die währungspolitische Integration Europas seine Rahmenbedingungen erheblich verändert haben. So kommen die AutorInnen zu dem Ergebnis, daß man vor diesem Hintergrund von einer Radikalisierung des Neokonservatismus sprechen kann.

NEUERSCHEINUNG

Der Effekt der selektiven Kopplung bestimmter Elemente aus neoliberalem und neokonservativem Diskurs ist, daß sich der Schwerpunkt des neokonservativen Diskurses im Kontext von neoliberalen Konkurrenz- und Effizienzdiskursen zum leistungsbezogenen Element hin verschoben hat, der neoliberale Diskurs wiederum in puncto Werte, Tugenden und



Ungleichheit an den neokonservativen anknüpft und sich darüber gegenseitig funktional verstärken. Die Herzogrede markiert genau diese Art der selektiven Anknüpfung und gegenseitigen Verstärkung.

Dies weist auf eine auf Änderung der Regulationsweise hin: Die diskursive Verschiebung in Richtung einer Expansion des Ökonomischen (in Bereiche von Verwaltung, Bildung usw.) bedeutet gleichzeitig eine Transformation des Politischen und mithin auch des Konsens'. Während auf der einen Seite der Staat »Verantwortung« in bestimmten Bereichen »abgibt«, »übernimmt« er in anderen Bereichen (Innere Sicherheit, Drogen- und Ausländerpolitik) mehr »Verantwortung«. Es handelt sich also um komplementäre und nicht sich ausschließende Entwicklungen.

M. W. Apple stellt für das Bildungssystem der USA eine zunehmende Popularisierung »darwinistischen Denkens« fest und weist auf einen neuen »Machtblock« aus »Unternehmertum, der Neuen Rechten und neokonservativen Intellektuellen« hin. Charakteristisch für die neuen `Ungleichheitsideologien` ist dabei die Umdefinition von »Gleichheit«:

»Sie wird nun nicht mehr in einen Zusammenhang gestellt mit der früher beklagten Unterdrückung und Benachteiligung bestimmter Gruppen. Sie wird jetzt vielmehr umdefiniert in den Anspruch auf die garanierte persönliche Wahlfreiheit unter den Bedingungen eines ›freien Marktes‹.«[3]

Diese Umdefinition von Gleichheit hat erhebliche Konsequenzen, was Machstrukturen und gesellschaftliche Diskriminierung betrifft. Im Kern geht es um den Versuch, soziale Unterschiede als Ergebnis von Macht und Herrschaft wegzudefinieren, quasi unsichtbar zu machen, um auf diese Weise den Raum für eine Reartikulation dieser Unterschiede unter Bezugnahme auf »natürliche Differenzen« zu schaffen. Historisch war es das Ergebnis der Bürgerrechtsbewegung, daß soziale Unterschiede unter dem Vorzeichen der Ungleichheit politisiert werden konnten, das heißt, nicht nur in die Sphäre der öffentlichen Politik gerieten, sondern auch gegen den amerikanischen Urmythos eines gleichberechtigten und »Differenzen-integrierenden« (»melting-pot«) homogenen amerikanischen »Volks« standen. Eine neoliberale Differenzpolitik setzt demgegenüber auf eine Politik des »radikalen Individualismus« – eine Diskursfigur, die nur scheinbar quer zu allen Gruppenrechten steht und an den Teil des Multikulturalismusdiskurses, den F.O. Radtke als »kulinarisch-zynisch« und »demographisch-instrumentell« bezeichnet, anschlußfähig ist. Danach lassen sich der/die »KlientIn«, »VerbraucherIn«, »KonkurrentIn« als »Einzelwesen« mit »Einzelbedürfnissen« und »Einzelfähigkeiten«, gleichgültig ob »einheimisch« oder nicht, für die verschiedenen Diskurse paßgerecht abkopieren (Klient- und Talentfigur im Bildungsdiskurs). So weist Apple zurecht darauf hin, daß es im neoliberalen Kontext auf der einen Seite um die »Hochschätzung von Excellence« und auf der anderen Seite auch um den Faktor »Effizienz« gehe.

Mit Blick auf das Verhältnis von Neoliberalismus und Neokonservatismus läßt sich eine Verschiebung in den hegemonialen Verhältnissen dahingehend diagnostizieren, als aufgrund der oben erwähnten Diskurskopplung der Topos der Ungleichheit als »natürliche Differenz« in verschiedenen Diskursen dominant geworden ist (Ökonomie, Bildung, Politik), Elitedenken, Elitebewußtsein und Hierarchievorstellungen einen neuen Stellenwert bekommen haben. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Ungleichheit, Ausschluß und der Haß aufs »Nicht-Identische« (Adorno) haben in ganz verschiedenen Praxisbereichen erheblich zugenommen.

Die »Anerkennung der individuellen Differenz«, unter Abstraktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und als Natureigenschaft gedacht, stellt die neokonservative Seite der Differenzmedaille dar. Diese repräsentiert einen klassischen wirtschaftsliberal-neokonservativen Gegenentwurf, um kollektive Ansprüche (z.B. Minderheitenrechte, Rechte für Frauen usw.) jenseits von Volk und Nation auszuhebeln und läßt sowohl den gesamten ökonomischen Bereich, wie soziale Machtverhältnisse, die durch Werte, Normen und Traditionen erst begründet und aufrechterhalten werden, unangetastet. Daher wäre es für entsprechende Gegendiskurse notwendig, Differenzen ins Verhältnis zu Machtpraktiken und Gewaltverhältnissen zu setzen, um die Ambivalenz von Differenzdiskursen zu umgehen, die stets der Gefahr »machtvoller Vereinnahmung« (durch Retorsion etwa) und Instrumentalisierung ausgesetzt sind und letztendlich funktional für die etablierten Machtverhältnissen sind.[4]

Herzogs ideologischer Kampf um Ungleichheit

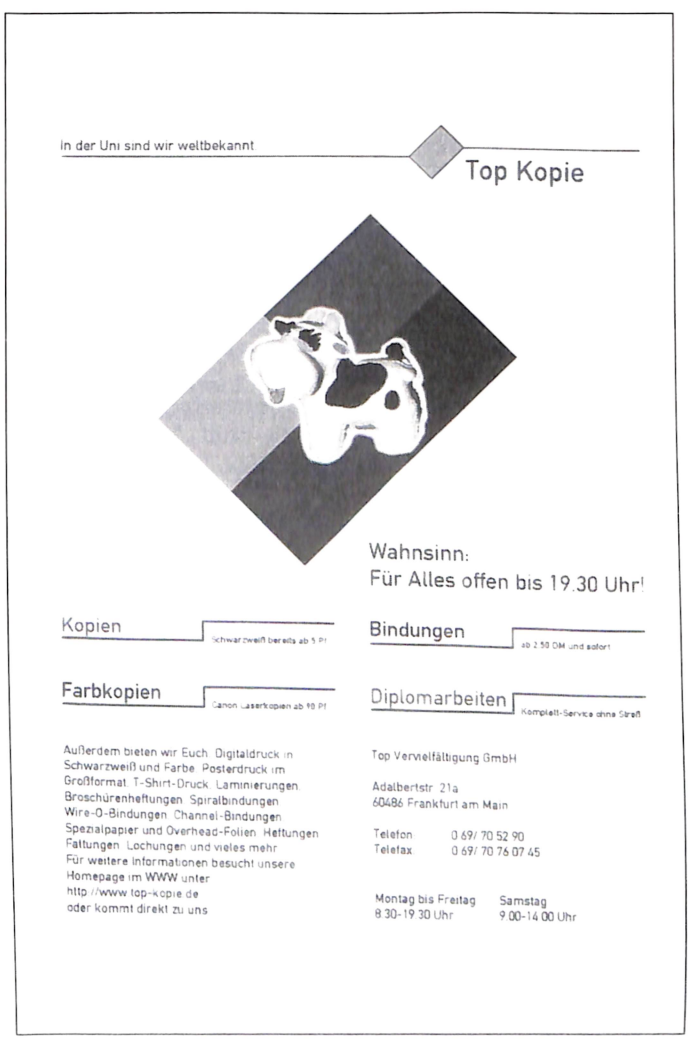
Vor dem Hintergrund dieser diskursiven Kultivierung und spezifischen Politisierung der Differenz (Naturalisierung von Arbeitsvermögen und Leistung als »Talent« oder »Neigung«) kann von einer Art funktionalen und komplementären Verklammerung von neoliberalen und neokonservativen Elementen ge-

sprochen werden, wobei »der Neoliberalismus« nie nur ein »Wirtschaftssystem« repräsentiert, sondern auch spezifische Vergesellschaftungs- und Subjektformen impliziert, wie »der Neokonservatismus« in seiner Tendenz, z.B. Leistung zu betonen, auch eine ›ökonomische Seite‹ hat. In Anknüpfung an die eingangs gestellte Frage nach der Verbindung zwischen dem Diskurs des Neoliberalismus und des Neokonservatismus läßt sich festellen, daß sich die spezifischen »Leistungen« beider Diskurse zu einer relativ stabilen historischen Formation eines »NeoKonservativLiberalismus« verbinden. Während im Diskurs des Neoliberalismus Elemente wie »Markt«, »Konkurrenz«, »Entstaatlichung« usw. quasi auf der rational-ökonomischen Ebene zirkulieren, überformt der Diskurs des Neokonservatismus diese ›sinn-lose‹ und ›subjektferne‹ Funktionalität eines ökonomischen allgemeinen Gegeneinander mit anthropologisch-normativ ausgerichteten Vorstellungen von »Menschen, Werten und Tugenden« sinnhaft. Die Leerstelle oder besser Schwachstelle der Ökonomie, die der neokonservative Diskurs enthält, wird vom neoliberalen Diskurs »aufgefüllt«. Tradition, Werte und ein tugendhaftes Miteinander in der Gesellschaft verleihen dem ökonomischen Gegeneinander der Individuen einen »Sinn«.

Nach diesem theoretischen Zwischenstück kann gezeigt werden, daß die Herzogrede im Bereich der Bildung die oben angedeutete Kopplung beider Diskurse aufweist. Mit dem Begriff der »Wissensgesellschaft« ist in der Herzog-Rede ein verändertes Staatsverständnis markiert. Zum einen wird staatliches Handeln und politische Entscheidungsfähigkeit von der ›Wissensproduktion‹ in Wissenschaft und Gesellschaft immer abhängiger, und zum anderen muß der Staat, auch in der neoliberal zurückgestutzten Form, noch genug Interventionsmacht behalten, um die negativen Deregulierungseffekte politisch-administrativ im Griff zu behalten. So kann beispielsweise der Diskurs um die »innere Sicherheit und die (Ausländer)kriminalität« als Reaktionsform auf den Rückzug des Staates aus Ökonomie und ›Wohlfahrt‹ in die Bereiche betrachtet werden, in denen quasi als Kompensation verlorenen Einflusses die nachhaltige staatliche Regulierung ansteht: In Gestalt des repressiv-produktiven Interventionsstaates (»Freiheit durch Lauschangriff und Überwachung«) macht er sich unabdingbar und in Zeiten der Globalisierung ›national‹ unersetzlich. Im Kontrast zum Neokonservatismus der 70er Jahre geht es nicht darum, den Staat insgesamt als »guten« oder »schlechten« (Schelsky spricht vom »technischen Staat«) zu apostrophieren, sondern die Bereiche, wie den Bildungsbereich, auf die veränderte Rolle des Staates als Deregulierer / Regulierer hin zu definieren. So kann es zu scheinbar ambivalenten Forderungen wie Autonomie der (Hoch)Schule vom Staat und gleichzeitig Wertevermittlung durch den Staat kommen.

Ein weiterer Unterschied zum neokonservativen Diskurs der 70er Jahre liegt in der Notwendigkeit eines positiven Menschenbildes. Während beispielsweise Christa Meves die »negativen Veränderungen in der seelischen Befindlichkeit unserer Kinderpopulation« u.a. durch die »veränderten flexiblen Lebensformen der Menschen« verursacht sieht, wehrt sich der BP gegen das Vorurteil, »daß unsere Jugendlichen Aussteiger mit Null-Bock-Mentalität« seien. Auch LehrerInnen und ProfessorInnen kommen in puncto Motivation und Leistungsvermögen bei Herzog gut weg. Woher also begründet sich die Krise im Bildungsbereich? Es ist das, was Herzog die »Bildungstabus« nennt. Es ist, abgesehen von der oben angeführten staatlich-bürokratischen Bevormundung, der »Mythos vermeintlicher Gleichheit«, und diesen ›ideologischen Schutt‹ gilt es zunächst einmal aus dem Wege zu räumen.

Wenn mit C. Offe davon ausgegangen werden kann, daß das Bildungssystem nicht nur der ökonomischen Reproduktion dient, d.h. lediglich funktional ableitbar ist, sondern in mancher Hinsicht unabhängig »arbeitet«, dann kann die historische Leistung, die das Bildungssystem für andere Teilbereiche der Gesellschaft erbringt, unter anderem dadurch beschrieben werden, daß außer dem Wissen, das vermittelt wurde, in ihm und durch es bestimmte Subjektivierungsformen hervorgebracht und spezifische Disziplinartechnologien ausgebildet wurden. Nicht umsonst bezieht sich beispielsweise Foucault in seinem Buch zur Genealogie der Disziplinartechnologie (Überwachen und Strafen) auf Bildungsinstitutionen im weitesten Sinne, wenn von »Subjektbildung« ausgegangen wird (Gefängnis, Schule, Militär), wobei Disziplinartechnologie ein Netz von Kontroll- und Machttechniken bezeichnet, die strukturell und in ihren Effekten in spezifi-

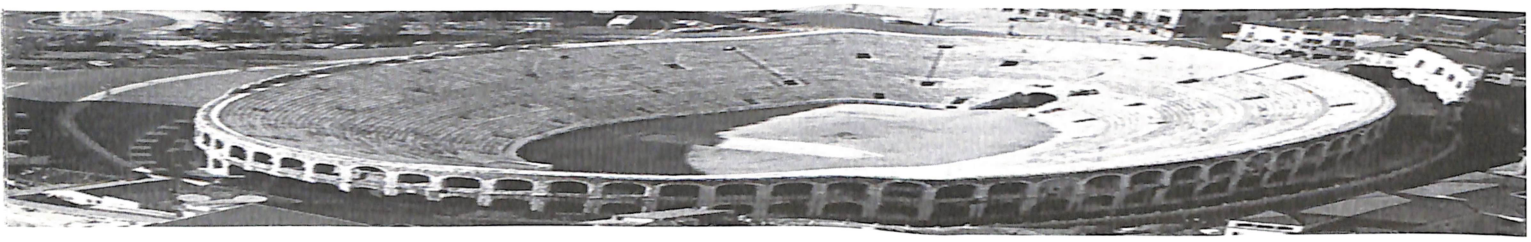


schen Bereichen (Bildung, Militär, Recht) Homologien aufweisen.

Nimmt man/frau diese spezifische Perspektive bei der historisch-systematischen Funktionsbestimmung des Bildungssystems ein, so ist es nicht erstaunlich, daß Herzog von »unterschiedlichen Begabungen«, »weniger Begabten«, »praktischer Begabung«, »praktischen Neigungen«, »begabten Studenten ... und weniger ambitionierten«, »keine Bildung ohne Anstrengung«, »Kreativität«, »Werten«, »Kompetenzen« »Tugenden«, »Verläßlichkeit, Pünktlichkeit und Disziplin« redet. Damit sind produktive wie repressive Formen der Subjektivierung gleichermaßen angesprochen, gleichgültig, ob es sich um körpernahe Techniken wie »Disziplin/Anstrengung«, Selbsttechniken wie »Kreativität« (als Selbst-Bild, Selbst-Verständnis und positives (Selbst)Zuschreibungsmerkmal) oder normalisierende Diskurse über das Innen der Subjekte wie »praktische Neigungen« oder »weniger Begabte« handelt. Nicht die Zurichtung der Individuen in repressiver Form steht im Vordergrund, sondern die produktive Integration der Körper-Psyche-Subjekte in eine »Wissensgesellschaft«, eine globale Konkurrenzgesellschaft (»die anderen Kulturen«, »die Eliten in Asien und Südamerika«), in die nationale Produktionsgemeinschaft (»unsere Zukunft«, »wir«, »in unserem Land«) steht auf der historischen Tagesordnung. Immaterielle Ressourcen, wie Bildung und Wissen, tragen nach diesem Verständnis nachhaltig zum eigenen Erfolg bei. Insofern der BP etwa von der Wissensgesellschaft als neuem Gesellschaftstypus ausgeht, trägt er durch sein öffentliches Reden, seine Schwerpunktsetzungen und Appelle zu deren ›Konstruktion und Konstitution‹ bei.

Der Begriff, der außer den unterschiedlichen »Begabungen« am deutlichsten Ein- und Ausschluß markiert, ist der der »Differenzierung«. Dieser ist nach der Seite des Subjekts (Begabung) als auch der des Systems (Bildungssystem) anschlußfähig. In der Rede erscheint er unter dem Bildungsideal der »Vielgestaltigkeit«. Dieser Passus stellt den Kernpunkt der Argumentation dar, um nach der Begründung der ›natürlichen Ungleichheit‹ (Begabung), um mit Rousseau zu sprechen, nun die Ungleichheit im Bildungssystem darzulegen. »Gute Schüler« sollte man/frau wieder gut und »schlechte Schüler« eben schlecht nennen dürfen, genauso wie die »begabten Studenten« begabt und die (nein, nicht die ›unbegabten‹ - hier wechselt Herzog die Spur, denn so weit scheint der »Mut« des BP dann doch nicht zu reichen) »weniger ambitionierten« dann vermutlich ›weniger ambitioniert‹ genannt werden dürfen. Spezifisch bezieht er sich bei der »größtmöglichen Differenzierung« auf die Universitäten.

Die Artikulationsformen der einzelnen Elemente aus neoliberalen und konservativen Diskursen sind vielfältig; ob und inwieweit es zu einer Transformation oder Verschiebung der diskursiven Formationen kommt, bleibt weiter zu untersuchen. Ähnlich wichtig ist es, die Anschlüsse an andere Bereiche (Alltag) und Diskurse (Neue Rechte) zu analysieren, um zu einer Einschätzung der Kräfteverhältnisse zu kommen und entsprechende Politikformen und Möglichkeiten der Intervention zu entwickeln.



Einem bekannten Wort Horkheimers nachempfunden könnte man/frau für den Bildungsbereich bemerken: Wer über soziale Ungleichheit nicht reden will, soll zum Standort schweigen.

Thomas Höhne

1 > Der Begriff »diskursives Ereignis« stammt von M. Foucault. In der »Archäologie des Wissens« (Ffm. 1981, S. 43ff.) wird darunter die Analyse der Ermöglichungsbedingungen, d.h. der Diskursregeln verstanden, unter denen eine Aussage getroffen wird. Wesentlich für ihr Auftauchen ist das Wirken von Mechanismen, die Foucault in der »Ordnung des Diskurses« (Ffm. 1974, S. 25 ff.) als »diskursive Polizei« beschreibt, und die sich aus den Regeln und Normen des Ausschlusses und der Aussageverknappung zusammensetzt. Diese sind abhängig von dem, was zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt als »das Wahre« formuliert wird, somit normierend und normalisierend zugleich wirkt, indem »das Falsche« ausgeschlossen wird. Es gibt nicht im epistemologischen Sinne »das Wahre« an sich, sondern dies ist vielmehr ein Hinweis auf die Wirkmächtigkeit eines Diskurses, die Stabilität und Dominanz eines Konsens' und die Stärke einer Akteursposition, die an die (mediale) Öffentlichkeit gebunden ist.

2 > M. Rutz (Hg.): Aufbruch in die Bildungspolitik, Roman Herzogs Rede und 25 Antworten, München 1998. Die 25 Antworten stammen von 5 Antworterinnen und 19 Antwortern (plus einer Schulklasse), darunter 12 Professoren und 1 Professorin. Dieses Verhältnis spiegelt ziemlich realistisch den Anteil von Frauen an der bundesdeutschen ProfessorInnenschaft wider, nämlich ca. 8%.

3 > M. W. Apple: Wie Ideologie wirkt. In: Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit, hg. v. H. Sünker u.a., Ffm. 1994, S. 34 - 63, hier S. 39.

4 > Exemplarisch für den Differenzdiskurs der Neuen Rechten, die in ihrem Ethnopluralismuskonzept von einer Vervielfachung der »ethnischen Identitäten« ausgehen, hat dies Taguieff in seinem Buch »La force de Prejuge« untersucht. Während die Neue Linke nach der Erfahrung der kulturellen Entfremdung, in der Phase der Dekolonisation, die kulturelle Identität der »Völker der Dritten Welt«hervorkehrte, nutzte die Neue Rechte, sich auf Vordenker wie Alain de Benoist beziehend, diese Forderung nach »urprünglicher und differenter Identität« und drehte sie (in der Art eines »den Spieß umdrehen«) im Kontext der Diskussion um den Multikulturalismus kulturalistisch um. Es waren nun auch die reichen »Völker des Nordens«, die das historische »Recht auf eine eigene kulturelle Identität« haben sollten und im Rahmen zunehmender weltweiter Migration sich nun legitimerweise gegen »Überfremdung« wehren durften. Den Vorgang des begrifflichen »Spießumdrehens« nennt Taguieff »Retorsion«. Vgl. auch Taguieff: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus. In: Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde, Hamburg 1992, S. 221–268.

[Wissensethos Typ Millenium]

Bildung im System 2

»Viele junge Leute verlangen seltsamerweise, ›motiviert‹ zu werden, sie verlangen nach neuen Ausbildungs-Workshops und nach permanenter Weiterbildung, an ihnen ist es zu entdecken, wozu man sie einsetzt ... «

G. Deleuze (Postskriptum über die Kontrollgesellschaften[1]*)*

Re-engineering the Wissensmodule: Die neoliberale Erlösung vom Hochschulreformstau

»Die Chancen sind da. Wo bleiben Sie? Werden Sie schneller, flexibler, produktiver« (Telekom-Werbung)

Über die üblichen kleinen Verwirrungen, die Studierenden-Demos gewöhnlich hervorrufen – Wo kommen bloß all die Westerwellen her? –, war der Streik im letzten Semester Anlaß zu weitergehender Irritation. Denn die Frage, welches Bildungs- und Gesellschaftskonzept als Hintergrund der verschiedenen »Reformvorschläge« fungiert, wie dies zu bewerten ist und was diesem evtuell entgegengesetzt werden könnte, schien immer wieder in der Debatte um konkrete Maßnahmen und der allgemeinen Betroffenheit über die »Krise des deutschen Hochschulsystems« untertauchen zu wollen. Diese Situation, wie in der *FR* geschehen, einfach durch die Theoriefeindlichkeit der »98'er« zu erklären, verdeckt die Effekte und Wirkungsweise eines herrschenden Diskurses – mögen wir ihn »neoliberal« heißen –, der das Politische in einem ökonomischen Realitätsprinzip aufgehen läßt und so nur zwei Optionen offenzulassen scheint: den »realistischen« Kampf – heiß und ungeduldig auf die eigenen Chancen in einer globalisierten Welt – Telekom, ich komme! Spürst Du mich? – und die vermeintlich idealistische Variante – die sich selbst nicht ganz geheure Träumerei von einem allgemeinen Recht auf Bildung, die sich in einem stets schon von ökonomischen Kriterien gezeichneten Gebiet abspielt.

Die neoliberale Hochschulreform trägt in einem doppelten Sinn das Gesicht nüchterner Realität und inhaltlicher Neutralität. Erstens scheinen die Reformvorschläge nicht auf normativen Beurteilungen zu beruhen, sondern geben sich als notwendige Konsequenz des globalen Wettbewerbs, der ein umfassendes *re-engineering* des Standorts Deutschland erfordere. Zweitens sollen die Reformen gerade nicht von oben durch inhaltliche Vorschriften »staatlich verordnet werden, sondern sich im Wettbewerb aller Hochschulen entwickeln.«[2] Das Ziel scheint lediglich eine formale Reorganisation des »Hochschulmanagements« zu sein, die durch die Vergrößerung der Autonomie der Hochschulen ein System schafft, in dem sich die Auswahl der Lehr- und Forschungsinhalte freiheitlich nach den »Bedürfnissen der Beteiligten« herstellt. Durch diese beiden Schachzüge stellt sich die neoliberale Reformpraxis nicht neben andere Vorschläge, sondern bildet auf einer anderen Ebene – als bloß administrative Exekution von Sachzwängen – den »realistischen« Rahmen, in dem das »Wünschenswerte« auf die »harten Fakten« trifft: »Eine breite, auch geisteswissenschaftliche, Ausbildung ist ein Segen; sie muß allerdings finanzierbar sein.«[3]

In diesem naturalistischen Facelifting schreibt sich eine alte Geschichte: »...die Macht wirkt, aber nur indem sie sich verbirgt und sich als Realität präsentiert.«[4] Der neoliberale Diskurs zielt auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs der ökonomischen Begrifflichkeit auf alle Phänomene der Gesellschaft. Das ökonomische Analyseinstrumentarium fungiert zugleich als universales Metavokabular, in das alle anderen Beschreibungsweisen zu übersetzen sind, und als übergeordnete Bewertungsinstanz, an der alles gemessen wird. Der ökonomischen Begrifflichkeit stehen nicht mehr andere »Sprachspiele« mit ihrer spezifischen Gesetzlichkeit und ihren eigenen Bewertungsmaßstäben gegenüber, sondern das gesamte menschliche Handeln und Verhalten wird in den Kategorien von Angebot und Nachfrage, Input- und Outputrelationen sowie Konkurrenz beschrieben. Die Aufgabe der Hochschulen bestimmt sich so von ihrer Marktfunktion her als Transfer von innovativen Forschungsergebnissen und Funktionseliten, die durch den Erwerb praxisorientierter Informationen und das Erlernen von flexiblen Wissensverarbeitungstechniken für den globalen Wettbewerb gerüstet sind, in die Wirtschaft.

Für diese Art von Beschreibung sozialer Prozesse dient das Unternehmen als paradigmatisches Modell, an dessen Bewertungskriterien auch die Universitäten zu messen sind:

»Die Leitungs- und Managementstrukturen der Hochschulen entsprechen nicht den betriebswirtschaftlichen Anforderungen, die heute an die effiziente Führung eines Dienstleistungsbetriebs dieser Grössenordnung zu stellen sind. Herkömmliche Gremienstrukturen behindern den Einsatz moderner Managementverfahren und eine ergebnisorientierte Effizienz.«(HfJ)

Durch »Deregulierung«, »Entstaatlichung« und »Umstellung der staatlichen Mittelzuweisung auf eine leistungorientierte Finanzierung« (HfJ) soll auch an den Universitäten eine »effiziente und flexible« Konkurrenzstruktur geschaffen werden. Die Finanzverteilung – und damit auch die Entscheidung über die Inhalte von Lehre und Forschung – ist dementsprechend durch den Wettbewerb zwischen den Universitäten sowie hochschulintern – im Kampf um StudentInnenzahlen und Anerkennung von »außen« – zu regeln.

Wissen wird dabei zu einer quantifizierbaren Größe, die als »schnell veraltender Rohstoff« (HfJ) ein Verfallsdatum und einen bestimmten Marktwert hat: So wird an der Entwicklung eines »virtuellen Campus« gearbeitet, der aus dem »modularisierten« Wissen ein *Best-of-Vorlesungen-weltweit* zusammenstellt, das möglichst schnellen Zugriff auf praktisch verwertbare Informationen erlaubt und eine Marktwertbestimmung von Bildungsfragmenten ermöglicht – derzeitige Preisvorstellungen: circa 10 bis 15 Mark pro 25 minütige Lerneinheit.[5] In dieser weitreichenden Umwandlung des Bildungsbereichs in einen Dienstleistungssektor werden »ökonomisch uneffiziente«, nicht marktkonforme und kritische Wissenschaften tendenziell keinen Platz haben und gezwungen sein, sich schon im Ansatz an dem Kampf um Kunden auszurichten.

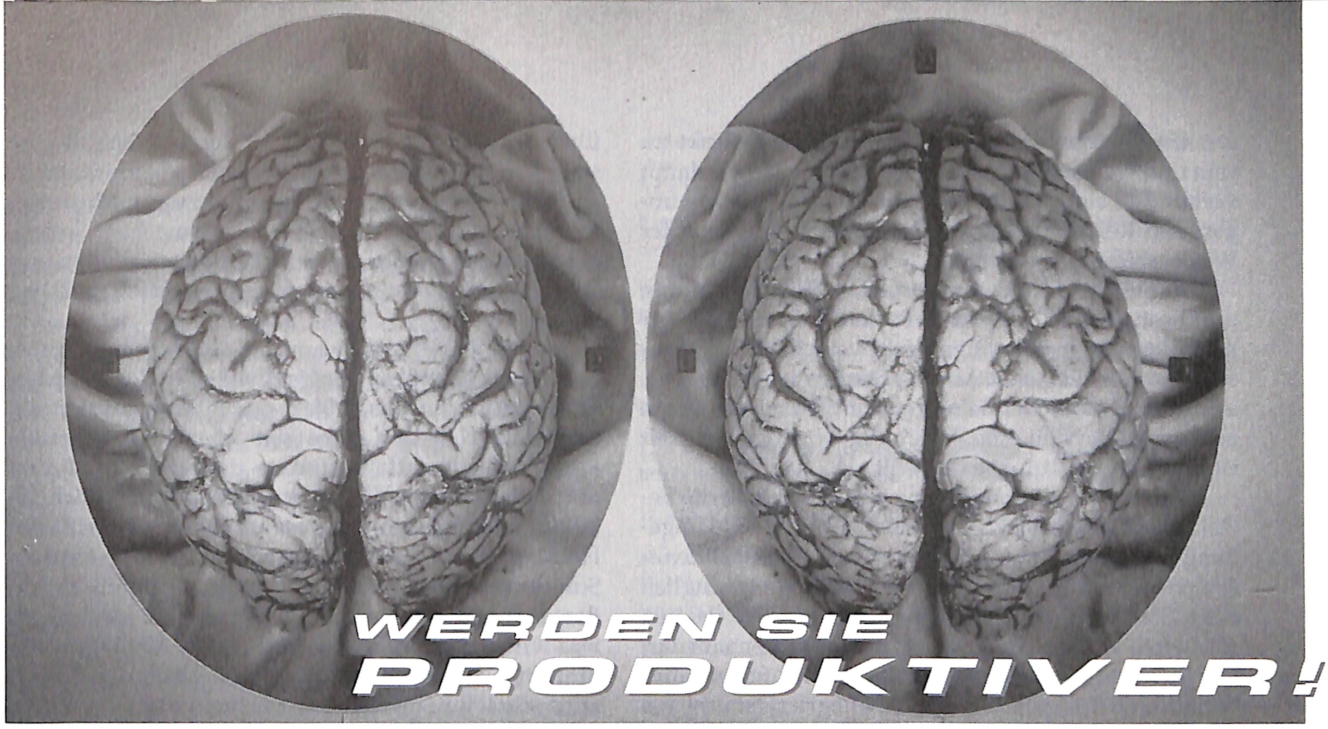
Das pluralistische Aussehen des Neoliberalismus, der nur die – verschieden ausfüllbare – Form einer allgemeinen Effizienz und den organisatorischen Rahmen, in dem die Entscheidung über die verschiedenen Bildungsvorstellungen und Bedürfnisse gesellschaftlich ausgehandelt werden können, bereitzustellen scheint, erweist sich so als ein reduktionistisches Unternehmen. Gegen die Vielzahl unterschiedlicher Metavokabulare und Beschreibungsweisen, mit ihren je eigenen Regeln und Maßstäben, soll eine universale Bewertungslogik durchgesetzt werden.

Die »freiheitlichen Organisationsformen« bilden dabei neue Formen der Subjektivierung, die ohne Verbot und Ausschluß auskommende Kontrollmechanismen zeitigen:

»Der Neoliberalismus inauguriert neue Freiheiten, indem er prinzipiell alles gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen überlässt. Man kann über alles reden – unter der entscheidenden Vorraussetzung, dass sich diese Verhandlungen allein auf dem Boden von Kosten-Nutzen-Kalkülen bewegen.(...) die neoliberalen »Freiheiten« (ermöglichen) durch diese Beschränkung auf das »Realistische« neue Formen von Kontrolle, die weder über autoritäre Repression noch über wohlfahrtsstaatliche Integration operieren.«[6]

Es ist nicht nötig, die Individuen in den von Foucault in *Überwachen und Strafen* beschriebenen verschiedenen Einschließungsmilieus der Disziplinargesellschaften wie Schule und Fabrik festzustellen und zu disziplinieren, wenn die unternehmerischen Kleinsteinheiten durch Selbstregulationstechniken funktionieren. Subjekte werden zu Akteuren auf den verschiedenen Märkten von Beruf, Freizeit und Privatbeziehungen, wo sie ihre Konsumwahl nach Gewinn ausrichten sowie sich als Produkt anbieten – Humankapital, in das es geschickt zu investieren gilt. Bill-Gates-Unternehmen kommen im Vergleich zu klassischen Fabriken mit weit weniger Reglementierung in Vorschriften und Verboten aus. Große Freiräume (flexible Arbeitszeiten), Eigenverantwortung (Teamwork, flache Hierachien – »Hi, hier ist der Bill, ich hab' da ein Problem!«), Motivation (Prämien) und Leistungsdruck (Konkurrenz) erreichen durch die ständige Forderung nach »Optimierung« des Verhältnisses zur eigenen Arbeit gerade ohne expliziten Zwang eine Maximierung des Nutzens. Durch Leistungskontrolle an jedem Punkt (»credit point system«) wird schon in der Ausbildung diese – strukturell paranoide – Subjektivierung der Selbstobjektivierung möglich gemacht.

Statt der verschiedenen Einschließungen der Individuen in durch Verpflichtungen geregelte, diskontinuierliche Zwangsapparate, die immer wieder momentane »Freisprüche« erlaubten, schafft die dividuelle Verstreuung auf unterschiedlichsten Märkten eine kontinuierliche Kontrolle, die nicht mehr zwischen Arbeit und Freizeit (fit for fun) unterscheidet und sich im unbegrenzten Aufschub fortschreibt: während das klassische Ausbildungssytem auf einen Abschluß zielte, mit dem der/die Einzelne einen bestimmten Status erreicht hatte, wird in der neoliberalen Bindung des Bildungsbegriffs an marktangepaßte Qualifizierung Lernen zur lebenslangen Aufgabe, die sich auf allen Märkten des Lebens stellt. Den Hochschulabschlüssen soll daher – im Falle fehlender Weiterbildung – von vorneherein ein Verfallsdatum eingeschrieben werden, das entsprechend der Halbwertszeit des jeweiligen Wissens festzulegen ist.[7] Vorbildfunktion haben dabei die Konzepte des telematischen Lernens, die das Studium in ein »Online-Training« – tägliche Fitnessübung für den gleichzeitig ausgeübten Job – verwandeln. Diese kontinuierliche Verschmelzung von Arbeit und Ausbildung ermöglicht so schon während der Ausbildung eine den »Fähigkeiten« entsprechende Verteilung und Eingliederung der Fachkräfte in den Arbeitsmarkt.



Hatten die Parolen der Disziplinargesellschaften einen klaren Ort und Anwendungsbereich, kennen die Losungen der »ultraschnellen Kontrollformen mit freiheitlichen Aussehen«[8] dagegen kein Ende und kein Außen, sondern durchziehen – quasi ortlos und superflexibel – alle Handlungsbereiche des Menschen mit der ständigen Aufforderung der Selbstmodulation: »Wo willst du hin? – Überallhin...Leben heißt unterwegs sein... Laß dich drauf ein.« (Hugo Boss-Werbung).

Die Weichheit und kontinuierliche Verstreuung dieser Kontrollmechanismen macht eine einfache Verweigerung unmöglich. Daher gilt es, gegen den ökonomischen Reduktionismus und die neoliberalen Selbstregulationstechniken, die irreduzible Vielheit anderer Beschreibungspraktiken und Wertmaßstäbe einzusetzen und andere Formen der Subjektivierung zu erarbeiten:

»Was das Wertsystem des Kapitalismus letztlich ungültig macht, ist sein Wesen als allgemeines Äquivalent, das alle anderen Bewertungsweisen niederwalzt, womit sie schließlich seiner Hegemonie entfremdet werden. Es wäre zweckmäßig, dieser Situation Bewertungsinstrumente wenn nicht entgegenzusetzen, dann allerwenigstens zu überlagern, die sich in den existentiellen Erschaffungen begründen, die weder als Funktion einer abstrakten Arbeitszeit noch eines durchdiskontierten kapitalistischen Profits bestimmbar sind. Neue ›Wert‹-Börsen, neue kollektive Beschlüße sind zur Entstehung aufgerufen, die auch den individuellsten, eigenartigsten und dissensuellen Unternehmungen eine Chance geben ... «[9]

Für einen (anderen) Bildungsbegriff[10]

Der Hochschulstreik im vergangenen Winter zeichnete sich durch die Fixierung auf eine enge Programmatik von Forderungskatalogen aus. Wichtiger wäre die rahmensetzende Orientierung eines wünschenswerten »Bildungs«-Begriffs, dem das Verlangen nach wirklich diversen »Wert«-Börsen bereits implementiert wäre.[11]

Vorweg der zentrale Gedanke: In Anlehnung an Michel Foucault versuchen wir »Bildung« neuzuschreiben als die Ausbildung eines »Wissensethos«, verstanden als eine spezifische, prozessual verfaßte Haltung des Selbst gegenüber sich und, zugleich, gegenüber der Pluralität der Wissen.

Der vermittels Wissensethos markierte ›Bildungs‹-Begriff ist nicht zu trennen von einer bestimmten Weise, in der das Feld *Bildung – Wissen – Subjekte – gesellschaftliche Formation* beschrieben wird: Es ist eine Beschreibung, die unterstellt, daß alle Entitäten gesellschaftlicher Wirklichkeit durch ihre Relationen bestimmt werden, in denen sie zu anderen Entitäten stehen. Nichts ist, was es ist, weil sein Wesen es so will, sondern weil es in einem komplexen gesellschaftlichen Gefüge so geworden ist – insofern wandelbar bleibt. Unter ›Entitäten‹ sind sowohl ›Dinge‹ und Akteure, aber v. a. auch Praktiken zu verstehen, da in einer relationalen Beschreibung kein Element von seinen Praktiken zu isolieren ist: Es wird kein Bild eines gesellschaftlichen Feldes entworfen, sondern ein Spiel (Diskurs) beschrieben, so daß interessant v. a. die Spielzüge sind und erst vermittels dieser die Spielfiguren.

Drei Aspekte zeichnen nun das Feld Bildung/Wissen: Wissen, Macht und Subjektivierungsweise. *Wissen* läßt sich bestimmen als »alle (die) Erkenntnisverfahren und –wirkungen, die in einem bestimmten Moment und in einem bestimmten Gebiet akzeptabel sind.«[12] Insofern Wissen so als untrennbar von den Weisen seiner Praxis verstanden wird, erweist es sich nicht als den Standards einer ewigen Wahrheit unterworfen, sondern als stets verschränkt mit Macht-Mechanismen, d. h. Verhältnissen, die in ihren Effekten Antworten liefern auf Fragen wie: Wer kann/darf/soll sprechen? Worüber? Wie? Wozu?[13] Das bedeutet, daß sich z. B. auch Kriterien und Wertmaßstäbe nur im Zusammenhang mit solchen Gefügen (Régimen des Wissens) konstituieren und wirksam werden und ihnen nicht vorgängig sind.

Schließlich fügt sich in das Geflecht der Diskursformation als ein Drittes die *Subjektivierungsweise* ein: Was es heißt, ein erkennendes Subjekt, ein ausgebilde-

tes, ein lernendes oder ein qualifiziertes Subjekt zu sein und welche Eigenschaften und Praktiken je damit verbunden sind, wird bestimmt durch die Beziehungen und Relationen, in die das Subjekt innerhalb der Wissensrégime getaucht ist.

Dieses Szenario vorausgesetzt, läßt sich Haltung nun bestimmen als » ... eine Form der Beziehung zur Aktualität; eine freiwillige Wahl verschiedener Menschen; schließlich eine Art des Denkens und Fühlens, auch eine Art des Handelns und Verhaltens, das zu ein und derselben Zeit eine Beziehung der Zugehörigkeit ist und sich als Aufgabe darstellt.«[14]

Haltung wäre demnach eine Weise, wie sich die Beziehungen des Subjekts zu seiner diskursiven Umgebung gestalten. Da das Subjekt bzw. die Subjektivierungsweisen aber nur immanent, gleichursprünglich oder korrelativ zu diesen Beziehungen zu denken sind, stellt Haltung immer auch eine Selbsttechnik dar. Das Subjekt, geworden, was es ist, nur aufgrund und vermittels des Gefüges, in das es integriert ist und aus dem es emergiert, versucht dieses Beziehungsgeflecht auf vielversprechende Weise zu modifizieren. Wegen der Struktur wechselseitiger Abhängigkeit leistet solches Umarbeiten stets zweierlei: eine Modifikation des Subjekts ebenso wie das (günstigenfalls subversive) Neuschreiben der ›Verhältnisse‹, der diskursiven Formation.

Gesetzt, daß es viele Wissen gibt (in bezeichnenderweise rein quantitativer Hinsicht auch als Wissens-›Explosion‹ bestaunt als der Morgenstern einer homogen globalisierten Welt), erlaubte eine ihnen gegen-

über operativ-konstruktive Haltung, wirklich diverse und dissensuelle Praxen und Selbstverhältnisse (z. B. andere Weisen, was es heißt, ›sich zu qualifizieren‹, ›qualifiziert zu sein‹) existieren zu machen, welche sich gerade auch durch ihre differenten Kriterien und Wertmaßstäbe (wozu lernen, sich qualifizieren?) bestimmen.

Es geht dabei nicht darum, einer vorgängig gegebenen (humanistischen) Subjektivität ihr Recht widerfahren zu lassen, das Subjekt qua Bildung zu ermächtigen, auf daß sich seine seit jeher schlummernde Persönlichkeit entfalte und es dann selbstbestimmt und autonom sein Geschick gestalte. Die tatsächlich ethische Dimension einer als »Aufgabe« begriffenen Haltung liegt vielmehr in einer Sorge um sich, die dem Subjekt erlauben würde, »die Möglichkeit auf(zu)finden, nicht länger das zu sein, zu tun oder zu denken, was wir sind, tun oder denken.«[15] Das Verhältnis der Einzelnen zu und ihre Position innerhalb der Wissen wird somit zu einem der Operatoren und Parameter, vermöge derer das eigene Selbstverhältnis gestaltet wird.

Ebensowenig wird Subjekt hier gedacht als StifterIn des Ursprungs seines Selbst- und Weltverhältnisses – tatsächlich aber spielt das Subjekt jene (Sprach-)Spiele der Subjektivität, die es allererst (unter den je spezifischen Bedingungen bestimmter Diskurse) zu einem (solchen) Subjekt machen: soviel ›Subjekt‹ muß sein, auch diskursiv verfaßten Subjekten ist eine »freiwillige Wahl« möglich![16] In diesem, strikt anti-humanistischen Sinne verstehen wir das Bemühen um Modifikation der Wissensdiskurse als das Bemühen, einem Wissensethos zu folgen. »Bildung« ließe sich so neuschreiben als der unabschließbare Prozeß der Ausbildung und Entwicklung eines solchen Wissensethos; ihr würde ein dezidiert dissensueller Zug eignen, insofern sie und ihre Effekte nicht von vornherein einem gegebenen dominanten Gefüge (z. B. *dem* Markt, *der* Moral, etc.) integriert wären.

Schließlich zur vermeintlichen Komplizenschaft von Wissensethos und dem neoliberalen ›Geist des Rucks‹: Wo liegt eigentlich der Unterschied zwischen einem Wissensethos praktizierenden Subjekt und jenem, das sich (vermittels Elite-Uni und Tele-Learning, schlagender Verbindung und *Men's Health*...) um ein möglichst anforderungskompatibles Selbstdesign bemüht? Zum einen: Wem ihr/sein Selbstverhältnis in einem starken Sinne problematisch wird, kann es nicht als bloßes Mittel zu vorgegebenen, selbst nicht verhandelbaren Zielen und Zwecken begriffen werden; im Zusammenhang einer unverkürzten Sorge um sich stehen stets auch wirklich diverse Maßstäbe und Kriterien zur Debatte und bezüglich dieser je aktuelle Präferenzen, Wünsche und Ziele: Wunschmaschinen brauchen nicht in Diensten anderer zu stehen! Zum zweiten: Wird die Rede von der Diskursformation als einem relationalen Gefüge ernstgenommen, kann Wissensethos nicht die Weise meinen, in der das monadische Einzelsubjekt seine kleine Welt regiert.[17] Sind ›die Verhältnisse‹ schlecht, hierarchisch oder ausschließend, werden die wissensethisch geleiteten Subjekte in Konfrontation mit diesen versuchen, neue Möglichkeiten zu erschließen: Wissensethos wäre daher immer auch eine Spielart jener kritischen Haltung, die

darauf zielt, »nicht dermaßen regiert zu werden.«[18]

Wissensethos würde also mehr bedeuten als einen gepflegten Ekklektizismus gegenüber den Wissensdiskursen: er wäre Teil einer anderen »Art des Denkens und Fühlens, auch eine(r anderen) Art des Handelns und Verhaltens«; gegen die Engführung von Wissens-›Explosion‹ und neoliberalem Ökonomismus, für eine Pluralisierung und Heterogenisierung der Wissensrégime! Die Praxis des Wissensethos wäre eine Fluchtlinie des Neudenkens von ›Bildung‹, eine Idee, auf die hin der Widerstand gegen die ›Reformen‹auszurichten wäre. Wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muß es auch Möglichkeitssinn geben.[19]

La Groop By2k

1 > G. Deleuze, Unterhandlungen, Ffm. 1993, S. 262 — Englisch auch unter http://www.Desk.nl/~nettime/zkp/deleuze.txt

2 > Hochschulen für das 21. Jahrhundert, Jürgen Rüttgers, Bundesministerium für Bildung und Forschung. (im Folgenden abgekürzt als HfJ), http://www.bmbf.de/dokus/hochschul.htm

3 > Interview mit H.-J. Bullinger, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24. Januar 1998

4 > M. Foucault, Mikrophysik der Macht, Berlin 1976.

5 > siehe: Bildung just in time – Online-Hochschule nach amerikanischem Muster in: c't 3/98

6 > T. Lemke, Eine Kritik der politischen Vernunft – Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Hamburg 1997, S.254-255

7 > siehe H.-J. Bullinger; s.o.

8 > G. Deleuze, Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders., Unterhandlungen, Ffm. 1993, S. 255

9 > F. Guattari, Die drei Ökologien, Wien 1994, S. 70 [Übers. modifiziert]

10 > Weitere Hinweise auf Il Groopo by2K, Wissensethos und den mit ihm korrelierten Argumentationsgestus finden sich unter: http://userpage.zedat.fu-berlin.de/~comtess/ag-bildung.html

11 > Vgl. – zu beiden Punkten – den Berliner BUG-Kongress: http://www.bug.tu-berlin.de/Reader/index.htm

12 > M. Foucault, Was ist Kritik? Berlin 1992, S. 32

13 > Zu Wissen, Macht und Subjektivierungsweise vgl.: M. Foucault: Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus/Rabinow, Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Ffm. 1987, S. 241ff.

14 > M. Foucault, Was ist Aufklärung? In: Erdmann u. a., Ethos der Moderne, Ffm. 1990, S. 42

15 > a. a. O., S. 49

16 > Vgl. M. Foucault, Der Wille zum Wissen, Ffm. 1983, S. 117; vgl. a. Deleuzes euphorischere Darstellung der Rolle der Subjektivierung bei Foucault und des Primats des Widerstands in: G. Deleuze, Foucault, Ffm. 1992, S. 124f., 131ff.

17 > »Meine kleine Welt, meine warme Stube ... soviel Rüben wie ich kriege, gebe ich auch zurück.« Die Goldenen Zitronen, economy class

18 > M. Foucault, Was ist Kritik? Berlin 1992, S. 12

PC-Terror in Campus-World

»Der Film ist aus einer linken Position heraus leicht mißzuverstehen«

Sönke Wortmann

Zeitgleich mit den studentischen Streiks an den Hochschulen und in einem Klima, das von neokonservativen Umstrukturierungsplänen auch im Bildungsbereich geprägt ist, kam der Film *Der Campus* (beruhend auf der gleichnamigen Romanvorlage des Anglistik-Profs Dietrich Schwanitz, Auflage 250.000) von Sönke Wortmann in die Kinos. Wie nicht anders zu erwarten – Bildungspolitik stand medial gerade hoch im Kurs –, wurde er in den Massenmedien mit der »Bildungsmisere« an den Hochschulen in Verbindung gebracht: In den *Tagesthemen* beispielsweise diente Material aus dem Film zur Bebilderung eines Features über den studentischen Streik.

Auch wenn der Film von seinen MacherInnen wohl eher im Genre »Neue Deutsche Komödie« verortet wird, so geht er doch über eine Neuauflage der Feuerzangenbowle hinaus. Gesellschaftliche Verhältnisse werden darin im wesentlichen über das Medium »Kritik der Political Correctness« (PC) ins Visier genommen und mit Elementen neokonservativer Hochschul- und Gesellschaftskritik kurzgeschlossen.

Alle gegen Hackmann

Die Universität auf Wortmanns Campus hat zwar relativ wenig mit der Realität zu tun, eignet sich aber um so besser als Raster, mit dem sich die Schuldigen an der »Misere der Bildung« bestimmen lassen:

Auf der einen Seite haben wir den tragischen Helden Hackmann, einen sympathischen linksliberalen Professor im besten Alter, der nicht nur ein guter Wissenschaftler ist, was man von den meisten seiner Kollegen nicht behaupten kann, sondern sich auch noch in der Lehre engagiert, um leistungswillige Studierende zu fördern. Darüber hinaus hat er sich pragmatisch mit den Problemen an der Universität arrangiert. Statt den Notstand zu verwalten, hat er sich ein gut ausgestattes, von privaten Sponsoren finanziertes Institut aufgebaut; darum soll er – tatkräftig wie er ist – als künftiger Präsident die Reform der Institution in Angriff nehmen.

Die Studierenden dagegen existieren nur als demonstrierende oder herumpöbelnde Masse, die in ihren kurzen Wortbeiträgen alles »irgendwie echt geil« oder »total faschistisch« finden. Die einzige größere Rolle spielt Babsi, eine selbstbewußte Studentin, die vom »Wissenschaftsscheiß« die Nase voll hat und stattdessen auf Selbstverwirklichung setzt, die sie beim Theaterspiel zu finden hofft. Auch sie nicht unsympathisch, aber als sie ihre Rolle beim Theater verliert, ziemlich schnell therapiebedürftig. Das paßt ja auch irgendwie, kombinieren wir, zu ihrem Selbstverwirklichungstrip. Sie steht als Vertreterin der »infantilen Kultur der Wehleidigkeit«[1] neben der »linken Meinungspolizei« für das zweite Element des PC-Pappkameraden.

Die dritte wichtige Gruppe sind die »MinderheitenvertreterInnen« (auch Frauen firmieren darunter), die im Bereich der Universitätspolitik alle Fäden in der Hand halten und die klassischen Vertreter der Unibürokratie vor ihren Karren spannen. Dies sind zum einen die Frauenbeauftragte, Typ oberlehrerinnenhafte autoritäre Emanze mit Brille und Dutt, vor der die meisten Männer kuschen, und der AusländerInnenvertreter, ein Achtundsechziger, der die Unileitung durch inszenierte Demonstrationen unter Druck setzt und sich ansonsten ein schönes Leben auf Dienstreisen und in seinem luxuriösen Büro macht.

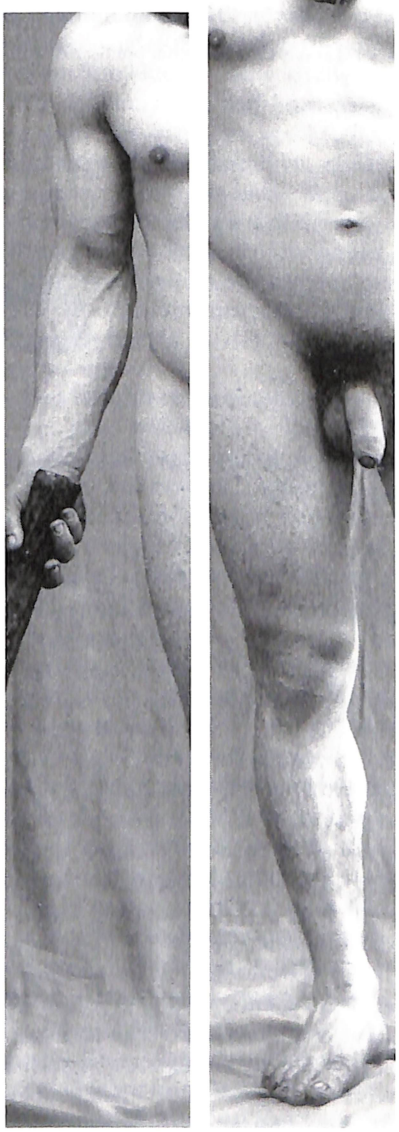
Diese Typologie bildet nun die Grundlage für Schwanitz' Kritik an der Massenuniversität, in der z.B. die Leistung der Studierenden nicht mehr stimmt: »Statt daß sie eine halbwegs homogene Truppe bildeten, bei der alle ungefähr gleichschnell marschierten, bestimmte der fußkrankeste Student die Geschwindigkeit aller«.[2] Verantwortlich für den »Verfall der Wissenschaft« sind einerseits fehlende Werte, wie die Wahrheit: »Die Universität, die es mal gab, war der Wahrheit verpflichtet. Sie war die Institution, die im großen Getöse gesellschaftlicher Interessen und Strebungen die Wahrheit darstellen sollte.« Andererseits das Eindringen »anstaltsfremder Gruppen«, wie Frauen und Ausländer – eben ein »Haufen Feministinnen und Fundamentalisten« – in den heiligen Hort der Wissenschaft. Überhaupt ist die Uni nicht mehr das, was sie mal war, sie »unterscheidet sich gar nicht mehr von der Gesellschaft. Sie ist von ihr überschwemmt worden, sie ist in ihr untergegangen.« Der Campus dient hier zugleich als Sinnbild für den Verfall der gesamten Gesellschaft, deren althergebrachte Ordnung gestört scheint: »Es gibt eine Schwachstelle im System. Eine Vermischung von Politik und Sexualmoral, die neu auf dem Markt ist (...) Der Fall in ihrem Institut, sexuelle Belästigung, feministischer Protest, Political Correctness. Das ist eine Kernfusion. Sie führt zu Krebs in der Politik und Krebs im Journalismus.«

Alles in allem läßt sich sagen, daß Schwanitz' Gestus aus einer »habituellen Mischung aus altmännerhaftem Nichtmehrmitkommen, Kastrationsangst und Provinzialität«, besteht, die er »einigermaßen erfolgreich als commonsensistische Männlichkeit inszeniert«.[3]

Amerikanisierung der Kultur – mal andersrum

Was Film und Roman ausbreiten, ist eine idealtypische Zusammenstellung der Argumente der neokonservativen Anti-PC-Fraktion aus den USA.[4] Dort hatten in den achtziger Jahren Autoren wie William Bennett, Allan Bloom, Roger Kimball und Dinesh D'Souza Front gemacht gegen das, was sie die Zerstörung kultureller Werte und den daraus resultierenden Verfall der westlichen Gesellschaft nannten.

Zunächst waren die unhaltbaren Zustände an den amerikanischen Universitäten Thema der Anti-PC-Kämpfer. Sie wendeten sich vor allem gegen die im Unterschied zu Deutschland dort viel stärker institutionalisierten Neuen Sozialen Bewegungen, gegen Konzepte wie Affirmative Action oder die Reform des Curriculums für die akademische Grundausbildung (z.B. die Berücksichtigung von Literatur ethnischer Minderheiten).



Auch wollten sie die »Wahrheit« vor den bedrohlichen Einflüssen dekonstruktivistischer, relativistischer und poststrukturalistischer Verirrungen schützen – repräsentiert vor allem durch Women's-Studies, Post-Colonial-Studies, usw., die über »die Achtundsechziger«, inzwischen ProfessorInnen, ins Bildungssystem einschleust worden seien. (Weil in Deutschland das Pendent dazu so nicht existiert, müssen im Film der Ausländer- bzw. die Frauenbeauftragte die Widersacher im Kampf des Helden für die Wahrheit mimen.) Dieses Szenario von kulturellem Verfall und Werteverlust wird von den (Neo-)Konservativen als Ausfluß eines Political Correctness-Wahns angesehen.

Den Ausdruck Political Correctness gab es bereits in den sechziger Jahren, freilich in einer anderen Bedeutung. Er floß durch die Rezeption der Mao-Rede »On The Correct Handling of Contradictions Among The People« (1966) in die Diskurse der Neuen Linken ein und war lange eine Phrase zum Zweck der ironischen Selbstkritik: »Genosse, was du da sagst is not politically correct!«

In den siebziger Jahren wird der Begriff nur innerhalb der Bürgerrechts- und Antidiskriminierungsbewegung benutzt, um interne Konflikte in der Bewegung zu bezeichnen, aber von einer breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Ende der siebziger Jahre taucht er vereinzelt in den amerikanischen Massenmedien auf, wo er noch nicht eindeutig negativ besetzt ist; es gibt zwar die Tendenz, z.B. Feministinnen das antilibidinöse Ticket zu verpassen, von einem Kampfbegriff kann zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht gesprochen werden.

Erst zwischen 1989 und 1995 ist eine sprunghafte Zunahme der Verwendung des Begriffs in den Medien zu verzeichnen, wobei der New York Times-Artikel von Richard Bernstein mit dem Titel »The Rising Hegemony of the Politically Correct« (Oktober 1990) als ein herausragendes diskursives Ereignis gelten kann, das dem bis dahin noch weitgehend uninformierten Publikum den Begriff in seiner neuen Verwendungsweise zugänglich macht. Von nun an wird PC eindeutig negativ kodiert und mit den Begriffen »Tyrannei«, »Faschismus«, »Orthodoxie« und »Fundamentalismus« verknüpft.[5]

Früher von Insidern zur ironischen Charakterisierung individueller Handlungen benutzt, referiert der Begriff heute nicht mehr auf einzelne Menschen, sondern auf das Vorhandensein einer anonymen Macht. PC wird zum Vernetzungsknoten, mit dem sich verschiedene Diskursstränge zu unterschiedlichen Themen verbinden lassen, u.a. können damit Ausgrenzungsdiskurse gebündelt werden, die dann in den Dienst von Täter-Opfer-Umkehrungen gestellt werden.

Anti-PC kann mittlerweile als ideologischer Diskurs der Neo-Konservativen gekennzeichnet werden; mit ihm ist es gelungen, den Begriff aus dem ursprünglichen Kontext zu lösen und mit völlig anderen Themen diskursiv neu zu besetzen. PC ist zum buzzword der konservativen Gesellschaftskritik geworden, mit dem allerlei Geschichten nach dem »von der Aufklärung zur Tyrannei«-Schema erzählt werden können. Einer für alle:

Für Robert Hughes, Kunstkritiker beim *Time Magazine*, ist die heutige USA ein »Abbild des späten Rom«, hier herrschen »dieselbe Korruptheit und Geschwätzigkeit der Senatoren« vor. Insgesamt ist Amerika »therapiebesessen, politikverdrossen, voller Mißtrauen gegen jegliche Art von Autorität«. Schuld sind fehlende Leistungsbereitschaft und die Politisierung der Kunst: »So schustert man hochwissenschaftliche Theorien zusammen, die ganz klar zeigen, daß Qualität (...) in ästhetischem Zusammenhang wenig mehr ist als ein patriachalisches Hirngespinst, das einzig auf die Diskriminierung von schwarzen, weiblichen und homosexuellen Künstlern abzielt, die fortan nur noch nach Rassenzugehörigkeit, Geschlecht und sexueller Orientierung beurteilt werden dürfen und nicht mehr nach ihrer künstlerischen Leistung.«[6]

Wo liegt dein Problem, Mann?

Das Problem liegt wahrscheinlich in den vielen verlorengegangenen Gewißheiten in einer ach so unübersichtlich gewordenen Welt. Und in der Tat: Nicht nur

befinden sich viele, bisher für relativ stabil gehaltene Teilbereiche der Gesellschaft im Umbruch, seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten im Osten ist zudem ein wichtiger diskursiver Bezugspunkt und damit auch ein Feindbild verschwunden, das jetzt im Inneren gesucht werden muß: »Die Aggression der (vermeintlichen) Sieger verweist nämlich auch auf die Legitimationskrise des Kapitalismus sowie auf diffuse Ängste seiner Befürworter.«[7]

Darüberhinaus hat sich auch der Kampf um Anteile auf bestimmten Kultur- und Bildungsmärkten verschärft. Viele Intellektuelle sehen ihr kulturelles Kapital, das sie ausschließlich aus der westlichen Tradition bezogen haben, durch die selbstbewußte Artikulation der Neuen Sozialen Bewegungen gefährdet. Daher das Insistieren auf die »Klassiker« der Weltliteratur, die da heißen Homer, Shakespeare, Joyce etc.

Mit der Etablierung von neuen Wissensformen, wie etwa Gender Studies, an einem Teil der Universitäten werden Privilegien in Frage gestellt, die über Jahrhunderte als natürliche definiert und entsprechend diskursiv verankert waren.

»Damit geraten normative Setzungen, wie Kultur, Wahrheit und Objektivität, die bisher ausschließlich der Definitionsmacht der alten Eliten überlassen waren, nun unter Legitimationszwang.«[8]

Unter diesen Bedingungen kann die Anti-PC-Politik als Reaktion auf die Infragestellung der Vormachtposition einer bestimmten Schicht von Intellektuellen bzw. der alten Eliten angesehen werden, die nun zum »Gegenangriff« blasen. Mit dem Begriff lassen sich nämlich nicht nur bestehende Ungleichheit rechtfertigen, sondern auch Erfolge der Neuen Sozialen Bewegungen wieder rückgängig machen.

Dies funktioniert etwa gegen feministische Forderungen wie folgt: Zunächst wird Gleichheit als immer schon gegeben unterstellt. Dieser bürgerlichen Rechtsfiktion wird dann der angebliche Partikularismus von Feministinnen gegenübergestellt. Sie seien es, die mit ihrer Forderung nach Gleichstellung nicht nur die Freiheit (der Wahl) einschränkten, sondern die Menschen auch ungleich behandelten. Die als normal geltenden Strukturen, die Ungleichheit sichern (also das, was gewöhnlich Freiheit genannt wird), werden in dieser Konstruktion als natürlich und schlechthin nicht hinterfragbar fixiert.

Von menschenverachtenden Denkverboten und positiven nationalen Gemeinsamkeiten

Der Begriff PC tauchte in den bundesdeutschen Medien Anfang der neunziger Jahre zunächst nur im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Diskussion auf, wahrscheinlich auch weil sich viele der dort verwendeten Bezüge so in Deutschland nicht finden. Im Herbst 1993, also zu einem Zeitpunkt, als Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte an der Tagesordnung waren, das Asylrecht faktisch abgeschafft und eine Verschärfung des § 218 durchgesetzt wurde, übertrug dann Dieter E. Zimmer in einem *Zeit*-Artikel PC auf bundesdeutsche Verhältnisse. PC sei auch in der Bundesrepublik »ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung«. Sie beruhe auf einigen unreflektierten Denkprämissen, deren Diskussion sie tabuisiere. Wer als nachdenklicher Mensch diese Denkverbote (etwa zu den Themen »Euthanasie« oder »Nation«) mißachte, werde von der »umbarmherzig dichotomischen PC« als »menschenverachtend«, »rechts« oder »faschistisch« stigmatisiert und gejagt.[9] Nach Zimmers Elaborat gab es eine Flut weiterer Artikel mit ähnlichem Tenor in den Printmedien.

Neu ist dabei vor allem die spezifisch bundesdeutsche Übertragung des Begriffs auf das Feld des Nation-Diskurses. Nach der Wiedererlangung der vollständigen polititischen Souveränität 1989 hatte die Bundesrepublik aus rechter Sicht folgendes Problem: Das Fehlen einer ebenso vollständigen »nationalen Identität«, die u.a. durch die ständige Thematisierung des Nationalsozialismus durch »die Linke« erheblich beschädigt sei.[10] So heißt es in der *Jungen Freiheit*: »PC nimmt in Deutschland die Funktion einer negativen Ersatz-Identität ein in Ermangelung öffentlich zugelassener positiver nationaler Gemeinsamkeiten, wie sie jedes andere Volk kennt.« (JF 16/96) In Deutschland müsse gar von einer »historischen Korrektheit (HK)«[11] gesprochen werden, die uns den Weg in die Zukunft verbaue.

Schon in den 70er Jahren wurde von konservativer Seite (etwa von Biedenkopf) der »Kampf um die Wiedergewinnung der sprachlichen Vorherrschaft und der politischen Moral«[12] auf die Tagesordnung gesetzt; es ging gegen den von '68 und der Frauenbewegung angestoßenen »Sprachwandel« (»Emanzipation«, »Demokratisierung«, »Selbstverwirklichung«). Der konservative Soziologe Helmut Schelsky sprach damals von einer »neuen Klasse« von Linksintellektuellen, die eine »Priesterherrschaft« über die Gesellschaft ausübten, während »andere die Arbeit tun«[13]. Dieser Topos der vermeintlichen linken kulturellen Hegemonie hat – in veränderter Gestalt – bis heute Geltung: Von ganz rechts außen bis hin zum konservativen Lager wird in unterschiedlicher Weise demonstrativ unter »Denkverboten und Tabus« gelitten.

Mit dem PC-Begriff wird nun eine Bündelung der verschiedenen neokonservativen Kultur- und Gesellschaftskritiken möglich: Neben der Aufwertung der Nation, mit der nicht nur der veränderten außenpolitischen Lage Rechnung getragen wird, dient er beim Um- bzw. Rückbau des »sozialdemokratischen Staates« zur Unterscheidung der normalen und notwendi-

gen von den überflüssigen Institutionen, Übereinkünften, Gesetzen et cetera.[14]

Die Anti-PC-Strategie ist deshalb so erfolgreich, weil sie scheinbar keinem politischen Lager zuzuordnen ist. Sie inszeniert sich selbst immer als bloß formale: Kritisiert werden vorgeblich nur Haltungen (verknöchert, verbohrt, dogmatisch) und Umgangsformen (Veranstaltungen stören, »Verbote aussprechen«). Die formale wird jedoch mit einer inhaltlichen Kritik kurzgeschlossen, wobei »die Kritik der Methode die Auseinandersetzung mit den Inhalten ersetzt, das kritische Urteil aber für beides, für Inhalt und Methode gilt.«[15] So gesehen ist diese Diskurs-Technik nicht einer bestimmten politischen Ideologie zugehörig, sondern kann theoretisch von jeder gebraucht werden.

So beispielsweise von AutorInnen aus dem *Titanic*/Neue Frankfurter Schule-Umfeld, deren »Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache« sich gegen »pflaumweich sozialdemokratische Streitkultursurrogate«[16] richtet, oder von liberalen FeuilletonistInnen, die vor allem die Freiheit (von was auch immer) gefährdet sehen.

Die Kritik von links ist allerdings auch inhaltlich begründet. Was sie als politisch korrekt angreift, ist oftmals Resultat einer Institutionalisierung und Verdinglichung von Positionen der Frauenbewegung oder der Nach-68er insgesamt – fleischgeworden im Gutmenschen. Etwa wenn die sozialdemokratische Rede vom »ausländischen *Mit*bürger« oder das Ausrichten multi-kultureller Stadtteilfeste für »mehr Toleranz« sich als »Anti-Rassismus« verkaufen. Wirklich verteidigen lassen sich solche Borniertheiten eigentlich nicht. Gegenüber rechten Kritikern beispielsweise des Multikulturalismus-Konzepts erweist sich die distanzierte Haltung als strategischer Nachteil.
Ein handfestes Beispiel ist die Verwendung (und Umkehrung) der Kritik an der Phrase »Mein Freund ist Ausländer« (Wörterbuch des Gutmenschen) durch die Anti-PC-Demagogen Behrens/von Rimscha[17]. Die Kritik nämlich, daß Anti-Rassismus nicht von Sym- oder Antipathie abhängig gemacht werden dürfe, wird hier dazu benutzt die rassistische Rede von »Asylmißbrauch« und »Ausländerkriminalität« zu rechtfertigen.

Die rechte Anti-PC-Position profitiert nun davon, daß sie sich über die Formkritik – Tabubruch und das Vorgehen gegen (angeblich) versteinerte Verhältnisse werden mit 68 konnotiert – eine Art progressives Ticket aneignen und Diskurspartikel aus linken Positionen in ihre Argumentation einbauen kann. So kann sie aus den Fragmenten Tabubruch (links), Freiheit (liberal) und Common Sense (alle) einen eigenen Diskurs formieren, der nach verschiedenen Seiten anschlußfähig ist.

Galten konservative Positionen für gewöhnlich als muffig und angestaubt, wird mit PC alles anders. Endlich kann selbst die reaktionärste Scheiße als modern und rebellisch präsentiert werden. Daß dies in »Campus«-World nicht gelingt, hat wohl vor allem damit zu tun, daß billiger Klamauk und typisch deutscher Schenkelklopf-Humor dann doch nicht so ganz zum angestrebten modernen Ambiente passen. Da wundert es nicht, daß der Film ein Flop war.

Stephan Adolphs/Serhat Karakayalı

1 > Robert Hughes: Political Correctness. Oder die Kunst, sich selbst das Denken zu verbieten. München 1995.

2 > Dieses und die folgenden Zitate sind der Romanvorlage entnommen, von der der Film kaum abweicht. Dietrich Schwanitz: Der Campus. Ffm. 1995, S. 309, 374, 284, 323. Diese Aussagen stammen natürlich von Romanfiguren und, so könnte man einwenden, nicht vom Autor. Die Beschreibung jener Figuren, die die Zielscheibe der Angriffe abgeben, entsprechen jedoch exakt den Stereotypen, welche die Aussagen kolportieren. Im übrigen: Entweder alle laufen so schnell wie der langsamste, also »gleichschnell« oder jeder läuft in seiner Geschwindigkeit.

3 > Diedrich Diederichsen: Politische Korrekturen, Köln 1996, S. 122

4 > Erkennbar schon daran, daß der Roman eng an David Mamets Theaterstück »Oleanna« angelehnt ist, in dem es ebenfalls um die Konstellation Professor/Studentin geht. Insgesamt ist die in Schwanitz' Werk thematisierte Auseinandersetzung eher als USA-Import anzusehen. (Vgl. ebd., S. 83)

5 > Vgl. Brigitta Huhnke: »PC – Das neue Mantra der Remaskulinisierung«. In: »Wissen, Macht, Politik«. Hg. von Gabriele Cleve u.a., Münster, 1997.

6 > Hughes a.a.O., S. 14ff.

7 > Huhnke a.a.O, S. 317

8 > ebd., S. 332

9 > Vgl. Karsta Frank: »PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik. In: *Das Argument* 213, 1996, S. 25-38

10 > Auch die Debatte um Verbrechen bzw. »Widerstand« in der Wehrmacht ist in diesem Kontext zu verorten. Vgl. die Beiträge in diesem Heft.

11 > Michael Behrens/Robert von Rimscha: »Politische Korrektheit« in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie. Bonn 1995, S.21

12 > Martin Wengler nach Huhnke: »›pc‹ – Das neue Mantra der Neokonservativen«. In: Andreas Disselnkötter u.a. (Hg.) Evidenzen im Fluß, Duisburg 1997, S. 266

13 > Helmut Schelsky: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Wiesbaden 1975.

14 > Zur Koppelung neokonservativer und neoliberaler Elemente im Bildungsdiskurs vgl. den Artikel von Thomas Höhne in diesem Heft.

15 > Frank a.a.O., S. 31

16 > Gerhard Henschel in: Klaus Bittermann/Henschel (Hg.): Das Wörterbuch des Gutmenschen. Berlin 1994. Die Kritik richtet sich auch, nur zum Teil treffsicher, gegen Linksradikale und Feministinnen. Vor allem gegen letztere wird häufig eine bestimmte Vorstellung von »freier Sexualität« aufgebaut, mit der allen, die das Sexuelle politisieren, pauschal Prüderie und Verklemmtheit vorgeworfen werden kann.

17 > a.a.O., S. 132f

find the gap

Trinh T. Minh-ha und der Sprung in die Lücken

Postkoloniale Kritik, Literatur und Filmtheorie – zwischen diesen Feldern bewegt sich Trinh T. Minh-ha. Ihre kritischen Revisionen gelten vor allem Fragen der Repräsentation, kultureller Identitäten und gesellschaftlicher Autorität. Die Feministische Philosophinnengruppe am Fachbereich Philosophie hatte mit Unterstützung des Zentrums für Frauenstudien Trinh T. Minh-ha vom 30. November bis zum 2. Dezember 1997 nach Frankfurt eingeladen. Im Rahmen des Kolloquiums wurden auch eine Reihe ihrer Filme gezeigt, u.a. »Surname Viet Given Name Nam«, auf den sich der folgende Beitrag bezieht. ***(Red.)***

»Ich bin nicht nur Hier und Jetzt, in die Dingheit eingeschlossen. Ich bin für anderswo und für anderes. Ich fordere, daß man mein negierendes Tun berücksichtige (...). In jedem Augenblick muß ich mich daran erinnern, daß der wahre »Sprung« darin besteht, die Erfindung in die Existenz einzuführen. «

Frantz Fanon

Stimmen, Schrift, Detailaufnahmen. Figuren, die Figuren spielen. Ineinander verwobene, aufeinander verweisende und gerade dadurch doch voneinander getrennte Filmelemente. Bilder des Films wirken ausgefranst, weggeglitscht. Sie werden fragmentarisch überlagert durch andere, durch Stimmengewirr und Schweigen. Ton und Bild verhalten sich gegenläufig; sie drängen sich nicht auf, sondern wollen von der BetrachterIn weitergesponnen werden.

Die Kamera sucht ihr Objekt, gleitet über Gegenstände, Landschaften, Formen, bis sie es gefunden hat, in der Großaufnahme eines sprechenden Mundes, erzählenden Händen, Farben ... sucht weiter und findet ... sucht ... findet ...

Trinh T. Minh-has Filme irritieren. Sie stiften Unruhe und lassen einen nervös auf dem Kinosessel herumrutschen. So wenig scheint verständlich, vieles ungewohnt.

»Surname Viet Given Name Nam« – so heißt der Titel eines Films, den Trinh T. Minh-ha 1989 inszenierte. Er wirkt zunächst wie ein Dokumentarfilm: Interviewt werden traditionelle Vietnamesinnen im sozialistischen Nordvietnam. Sie tragen entsprechende Kleidung. Auf dem Boden sitzend erzählen sie über ihre Arbeit, über Beziehungen, Unterdrückungserfahrungen. In einem zweiten Teil entpuppen sich die Interviewten als moderne, in Kalifornien lebende Frauen. Sie berichten jetzt über ihr Leben in den achtziger Jahren, als in den USA lebende Frauen, als Flüchtlinge, als Verheiratete. Die zuvor getragene Kleidung wird nun als Ver-Kleidung bedeutet. Es wurde geschauspielert. Was damit anfangen?

Bilder von etwas wurden gezeigt: von Vietnamesinnen, von us-amerikanischer Lebensweise, vom Vietnamkrieg, von Flüchtlingen ... nie aber treffen die Bilder das, was wirklich ist.

Sowohl filmisch als auch in ihren Schriften diskutiert Trinh Fragen der Repräsentation, der Identitätskonstruktionen, der Grenzen der Vermittelbarkeit sowie einer widerständigen Ästhetik. Diese spezifische Form der Auseinandersetzung muß mit ihrem inhaltlichen Fokus zusammengedacht werden. Sie setzt an einer postkolonialen Perspektive an und entfaltet aus dieser Situation heraus ihre Kritik.

Splitter postkolonialer Theorie

Trinh wird verortet im Feld von »postcolonial studies«. Was sich dahinter verbirgt, läßt sich aber nicht griffig definieren. Es sind vor allem Blicke auf die Welt, die asymmetrische und ungleichmäßige Kräfteverhältnisse kultureller Repräsentation fokussieren. Ihren Ausgangspunkt finden sie im Kontext und Erbe des Kolonialismus. Interveniert wird in jene Diskurse, die der Ausbeutung und der Ausgegrenztheit von kulturellen Erzählungen bestimmter Gruppierungen den Anstrich von Normalität zu verleihen suchen. Das qualitativ Neue besteht in erster Linie darin, daß Ko-

lonisation und Entkolonialisierung als Prozesse verstanden werden, die nicht nur die Kolonialisierten (materiell und kulturell) geprägt haben, sondern – wenn auch in anderer Form – die Kolonialisierenden selbst. *›Vielleicht sollte ich nochmal klarer formulieren, was ich hier meine (...) daß das Marginale jetzt nicht mehr außerhalb vom Zentrum gedacht wird, sondern beides gleichzeitig (...) besser vielleicht so: Die Kolonialisierung ereignete sich keineswegs nur außerhalb der imperialen Machtzentren, sondern diese waren stets von ihr durch-*

zogen? Also:‹ Anders ausgedrückt: Die Kolonialisierung ereignete sich keineswegs nur außerhalb der imperialen Machtzentren, sondern diese waren stets von ihr durchzogen. Die Pointe dieses Gedankengangs liegt in dem Schluß, daß der Kolonialisierungsprozeß unbeabsichtigte Nebenfolgen zeitigte, die in der Gesellschaft der KolonisatorInnen potentiell die Möglichkeit einer antikolonialen politischen Praxis bereit stellte. *›Könnte hier die Sans Papier Bewegung als ein Beispiel passend sein?‹* Postkoloniale Perspektiven verweigern sich daher Versuchen, das Verhältnis von »Erster« und »Dritter« Welt als binäre Opposition zu denken. Sie verdeutlichen auch, daß es zu einfach ist, sich gesellschaftliche Widersprüche und Ungleichheiten ausschließlich um die Achse Lohnarbeit-Kapital gebündelt zu denken. Vielmehr sind die Grenzlinien wesentlich vielfältiger und komplexer. Postkoloniale Ansätze sind vor diesem Hintergrund eine Kampfansage an alle totalisierenden Gesellschaftserklärungen.

Gemeinsam ist allen postkolonialen Überlegungen die Annahme, daß politische und kollektive Subjekte keine natürlichen Gegebenheiten sind, sondern diskursiv konstruiert. Sie werden erzählt und in der Rede gehalten, die immer schon von historischspezifischen Machtkonstellationen durchsetzt ist. Kultur wird dabei verstanden als Ort des sozialen Kampfes zwischen *›oder: um?‹* Repräsentationspraxen von Gesellschaft, Subjekt, Geschichte etc ... Narrative Muster, Formen und Inhalte von Erzählungen sind dabei zentraler Bestandteil. Wesentlicher Dreh- und Angelpunkt postkolonialer Theorie ist deshalb die Absicht, die Erzählweisen zu verändern – »to change the narratives«; einerseits die narrativen Strukturen zu modifizieren, andererseits radikal andere und neue Geschichten zu erzählen. Die Gretchenfrage postkolonialer Theorie kreist daher darum, ob es überhaupt möglich ist, andere Geschichten zu erzählen und damit soziale Machtverhältnisse zu verändern. *›Mir ist dabei nicht ganz klar, wie das Verhältnis von Erzählung und sozialer Praxis gedacht wird. Geschichten erzählen als soziale Praxis selbst oder zunächst jeweils getrennt voneinander, aber mit Rück- bzw. Wechselwirkung. Frau Bronfen z.B. vertritt wahrscheinlich eher letzteres, Herr Bhabha ersteres?‹* Daß eine Bejahung dieser Frage denkbar scheint, liegt vor allem im radikalen Bruch postkolonialer Theorie mit westlichen Vorstellungen einer linearen, kohärenten Geschichtsschreibung begründet. Querstehend zu diesen westlichen Erzählungen wurden hier insbesondere drei Annahmen stark gemacht:

(1) Das Subjekt wird als in sich gespalten gedacht, als sprechendes und gesprochenes. Das gespaltene Verhältnis verweist auf eine Lücke bzw. einen Nicht-Ort des Subjekts und eine Zeitlichkeit, in der das Ausgesagte nie das Aussagende einholen kann. Das Ich, das spricht, ist von daher nie identisch mit dem Ich, das gesprochen wird. Jedes Subjekt ist damit sich selbst immer schon voraus und erfaßt sich als Subjekt permanent nur rückblickend.

(2) Die Gegenwart wird nicht positiv verstanden im Sinne einer vollen Präsenz. Sie wird hingegen begriffen als Differenz zwischen Vergangenheit und Zukunft. Daher zeichnet sie ein unterbrochender, zerrissener Charakter aus. Die Repräsentation der Geschichte als geradlinig und bruchlos wird deshalb als nachträgliche Einklammerung interpretiert. Allerdings, so die Idee, lassen sich nicht alle Spuren dieser Einschreibung in die zeitlichen Lücken und Löcher verwischen.

(3) Auch die Sprache selbst ist in sich gespalten. Die Inhaltsseite des Zeichens (Signifikat) wird nie getroffen von dem sprachlichen Ausdruck (Signifikant); seine Bedeutung gewinnt ein Begriff innerhalb eines weitläufigen, machtdurchzogenen Netzes an Signifikanten; die Verknüpfungen des Netzes sind aber nicht unaufknotbar festgezurrt.

Wichtig scheint für die folgenden Überlegungen dabei vor allem zu sein, daß auf den drei unterschiedlichen Ebenen – Subjekt, Zeitbegriff, Sprache – »Lücken« zu finden sind, die auf eine Ambivalenz zurückgehen, die in den Begriffen selbst angelegt sind. Konstitutiv für Prozesse der Subjektkonstitution sowie der Bedeutungsproduktion sind dabei immer auch spezifische Ausschlußmechanismen: Das, was scheinbar nur benannt wird, ist immer schon und überhaupt erst über bestimmte Ausschlüsse hervorge-

bracht. Die Benennung und Hervorbringung eines Subjekts vollzieht sich über Einschreibungen und Markierungen, die gleichzeitig andere verwirft.

Ausgehend von dem Gedanken, daß es Klüfte, Spalten und Differenzen innerhalb zeitlicher, räumlicher und sozialer Dimensionen gibt, setzt sich »Hybridität« (Bhabha) in den 80er Jahren innerhalb postkolonialer Konzepte durch und wird zu einem Schlüsselbegriff: Indem nämlich das Ausgeschlossene (»Minderheiten«) seine Stimme in eben dem Diskurs zum Tönen bringt, der es ausgegrenzt hat, kann sich ein dritter Ort öffnen (der der Lücke und des Bruchs), der es ermöglicht, den hegemonialen Diskurs subversiv zu verändern und damit gleichzeitig soziale Praktiken (Bsp: HipHop). Hybrid ist alles, was sich die – dem kolonialen Diskurs immanenten – Widersprüche und Ambivalenzen zu eigen macht, um sich über das Bestehende hinwegzusetzen.

Dabei ist relevant, daß Hybridisierung als eine Strategie des kolonialen Diskurses selbst gedeutet wird und nicht etwa außerhalb oder jenseits eines diskursiven Machtfeldes verortet wird: »Wenn wir das Resultat kolonialer Macht in der *Produktion* von Hybridisierung sehen und nicht in der hegemonialen Herrschaft kolonialer Autorität oder der stummen Verdrängung indigener Traditionen, findet ein wichtiger Perspektivwechsel statt. Er offenbart die Ambivalenz am Ursprung traditioneller Diskurse über Autorität und ermöglicht eine Form der Subversion, die in dieser Unsicherheit gründet und die diskursiven Zustände der Herrschaft in den Nährboden der Intervention verwandelt« (Bhabha zit. nach Mackenthun 1996: 376).

»Speaking nearby«

»Ich hingegen denke, daß jeder Film, den einer macht, eine Flasche ist, die man ins Meer wirft«

Trinh T. Minh-ha

Trinh versucht, Fragmente postkolonialer Kritik mit dem Medium Film (und Literatur) zu verbinden. Sie setzt sowohl die Mittel als auch die gewählten Objekte derart in Beziehung, daß ihre Methode als solche und die Inszenierung selbst transparent werden. Motiviert sind ihre Filme durch die Absicht, sich einer westlichen Repräsentationskultur zu widersetzen, die auf einem dualistischen, asymmetrischen Verhältnis von Subjekt und Objekt aufbaut. Sie will die SprecherIn nicht *über etwas* reden lassen, sondern *zu etwas*; denn *über etwas* sprechen hieße, über den Gegenstand als Objekt verfügen zu können, ihn zu vereinnahmen; hieße auch, »wahre« Aussagen über das »Andere« zu treffen, um darüber die herrschende Position der Definitionsmacht zu sichern.

»Wahrheit ist das Instrument der Herrschaft, die ich über die Bereiche des Unbekannten ausübe, während ich sie im Gehege des Bekannten sammle« (Trinh 1995: 5). Im Film verweise jedes Element auf ein anderes in seiner Umwelt und gleichzeitig führe es ein »Eigenleben«. Sobald man ein Wort, einen Ton oder ein Bild als Gedankeninstrument verwende, sei es genau dieses »Eigenleben«, das durch die Einfassung verloren ginge, da es letztlich nicht ausdrückbar sei. *›Hä? Was heißt denn da Eigenleben? Schleichen sich hier doch ontologische Versatzstücke ein? Gibt es doch etwas »Eigentliches« hinter dem Ausgedrückten?‹* Es sei insofern eine Herausforderung und Provokation, nicht über, sondern in der Nähe von etwas zu sprechen. Ein Sprechen, das sich indirekt artikuliert, »sich selbst reflektiert und einem Subjekt sehr nahe kommen kann, ohne es jedoch zu beanspruchen oder sich seiner zu bemächtigen. Kurzum, ein Sprechen, das, sobald es abgeschlossen ist, lediglich Momente eines Übergangs aufweist, die wiederum weitere mögliche Momente eines Übergangs erschaffen« (Trinh 1995: 68). Trinh löst das »speaking nearby« weniger durch das, was im Film gesagt wird, als vielmehr durch die angewandte Methode ein. Die Art und Weise des Sprechens verändere die Aussage selbst. Visuell wird dies umgesetzt durch die Verzerrung und Überlagerung von Formen und Bildern, verbal durch den Einsatz poetischen Sprechens, ebenso wie durch das Sprechenlassen vie-

ler Stimmen zugleich. Ein weiteres wichtiges Mittel ist die Art, wie Trinh die Kamera einsetzt: Sie läßt die Kamera suchen, so daß für die Zuschauerin transparent wird, es wird hier inszeniert; hinter der Kamera steht eine Person, die Bilder und Objekte auswählt. Das Medium und seine Grenzen werden immer mitgedacht. Trinh kritisiert z.B. am klassischen Dokumentarfilm, daß er Au-thentizität behaupte, so tue, als ob er die wirkliche Wirklichkeit treffen könnte, dabei könnten eben nur annähernd Aussagen über Phänomene, Beziehungen, Gegenstände gemacht werden.

Prinzipiell geht sie davon aus, ... *›Nein, jetzt leg ich sie fest, so soll das nicht klingen, das wäre paradox vor dem Hintergrund ihrer Theorie, also:‹* Sie geht davon aus, daß selbst da, wo das »speaking« nearby in die Schablonen des Direkten hineinzufallen droht, das Indirekte präsent bleibt und sich so einer direkten Lesart verweigert.

Trinh versteht ihr filmisches Instrumentarium nicht als eine klar umrissene Methodik. Vielmehr handelt es sich eher um einen Hinweis auf eine Methode, die versucht, bestimmte Fragen unter verschiedenen Aspekten und in unterschiedlichen Zusammenhängen zu diskutieren. Für sie bedeutet diese spezifische Form der Auseinandersetzung mehr als nur das Inszenieren von verbalen und filmischen Kunstkniffen. sie ist »das Ganze eine Lebenseinstellung, ein Weg, um sich selbst in Relation zur Welt zu setzen« (68).

Die Frage der Identität

»Ich bin nicht ich werde du und ich selbst«
Trinh T. Minh-ha

Trinh versteht das Ich nicht als eine absolute und homogene Entität, sondern in sich verdoppelt, verdreifacht, vervierfacht... als in sich selbst unendliche Schichten. Das Ich ist nicht nur different von anderen, sondern auch in sich selbst komplex und gespalten. »Eine kritische Differenz zu mir selbst heißt, daß Ich nicht ich bin, im ich eingeschlossenen und ausgeschlossen. Ich/ ich kann Ich sein oder ich, du und ich selbst sind beide miteinbezogen. Wir (mit einem großen W) schließt/ schliessen mich manchmal ein, manchmal aus. Du und Ich sind nah, wir sind verflochten« (31). Das Verhältnis zu »Anderem«, der Zwischenbereich und die Verbindungslinien bestimmen, was Identität ausmachen kann. Exemplarisch führt sie hier asiatisch-amerikanische Identitätsweisen an[1]. Wesentlich seien dabei die Fäden in und zwischen (in/ between) »asiatisch« und »amerikanisch«: »Die Herausforderung der Bindestrich-Realität liegt im Bindestrich selbst« (1996:154). Identitäten seien immer hybride, d.h. notwendig so zu deuten, daß unterschiedliche Erfahrungs- und Seinsweisen gleichzeitig gedacht werden können. Das »Ich« erhält eher den Charakter einer Situation, ohne damit ins Beliebige oder Abstrakte zu verfallen. Dadurch, daß das Subjekt nicht von einem substantiellen Kern aus gedacht wird, widersetzt sie sich nachdrücklich essentialistischen Subjektkonzeptionen. Ihr Subjektverständnis erlaubt es Trinh, von Identität als »Ort neuerlichen Abreisens« (re-departing) zu sprechen: Die Totalität von Identität ist permanent aufgeschoben, die Gesamtheit der »Ichs« ist ins Unendliche verlagert. Es geht in jedem Augenblick um ein Abreisen, Fortgehen, einen erneuten Aufbruch, Umstieg; Bewegung wird zum zentralen Moment des Subjekts.

In dem Film »Surname Viet Given Name Nam« sind beispielsweise die gespielten Figuren als solche erkennbar. Zunächst findet man sich in einer Szene vor, in der eine traditionelle Vietnamesin über ihr Leben spricht. Man denkt sich ein in die Worte einer Frau, einer Frau vom Lande, einer Vietnamesin, einer Verheirateten. Später ist dieselbe Person eine moderne Frau in den USA, die die traditionelle lediglich gespielt hat. Sie wird gezeigt im Kreise ihrer FreundInnen in der Kneipe, in ihrem Alltag. Es wird plötzlich klar: Es wurde eben geschauspielert, das war ja gar nicht »echt«. Und es drängt sich dann die Frage auf: Ist denn nun wenigstens die moderne Frau authentisch oder wird hier wieder »nur« inszeniert? Die Frage der Identität könnte bis in die »Unendlichkeit« fortgesetzt werden. Irgendwann verkehrt sie sich ins Absurde oder eher nach innen: Was heißt denn eigentlich Identität? Wie wird sie vermittelt? Wozu wird sie eingesetzt?

Die Frage der Politik

»Es (gibt) keine sprechende Person, die unpolitisch ist«
Trinh T. Minh-ha

›Das klingt unausgesprochen so, als wollte ich jetzt eine Reihe aufmachen: Die Frage der Identität, die Frage der politischen Praxis...hm, aber irgendwie geht´s auch um Kultur, wobei es ja auch gerade hier keinen Sinn macht, Politik und Kultur als sich gegenüberstehend zu denken; sie in eins aufgehen zu lassen, kann aber auch Probleme mit sich bringen, oder?‹

Trinhs Theorie hybrider Kulturen geht weit über Konzepte kultureller Vielfalt (Multikulti) hinaus, erlauben diese doch weiterhin, Kultur als Objekt abschließbaren Wissens und Verstehens zu begreifen, d.h. Kulturen als homogene Einheiten zu verdinglichen. »Wenn Multikulturalismus und kulturelle Vielfalt (...) zugelassen werden, taucht nicht ganz unerwartet die Gefahr auf, kontrolliert und integriert zu werden. Autorisierte Marginalität bedeutet, daß die

Soziologie
Politikwissenschaft
Architektur/Stadtentwicklung
Philosophie
Wirtschaftswissenschaften
Geschichte
Campus Verlag · Frankfurt/New York
Fordern Sie unser ausführliches Gesamtverzeichnis an:
Campus Verlag · Heerstr. 149 · 60488 Ffm

Produktion der »Differenz« überwacht werden kann, das heißt sie kann auskuriert, neutralisiert und depolitisiert werden« (157) Trinh gebraucht hingegen eine Denkweise, die die Ränder von Kulturen als produziert und durchlöchert erscheinen läßt. Grundsätzlich lehnt sie aber den Rückgriff auf konstruierte Kollektividentitäten nicht ab, seien sie doch als strategisches Mittel in sozialen Kämpfen häufig sinnvoll. Die Frage, wann sich jemand (etwa in Begriffen der Ethnizität, des Alters, der Klassenzugehörigkeit, des Geschlechts oder der Sexualität) »markieren« und wann sich jemand solchen Markierungen entschieden verweigern sollte, bleibt nach Trinh weiterhin an spezifische Orte, Zusammenhänge, Bedingungen sowie an die Geschichte des Subjekts in einer bestimmten Situation gebunden.

Allerdings wollen sowohl Trinhs Filme als auch ihre Schriften dazu auffordern, präsentierte Antworten erneut in Bruchstücke und Fragen zu zerlegen. Ihre Absicht ist es, etablierte Modelle und starre Machtkonstellationen auseinanderzunehmen. Hinterfragen, Skepsis und Zweifel werden bei ihr zur permanenten Aufgabe und Herausforderung. Die Geschichten und Erzählungen sollen gestört, ver-stört werden. Trinh regt dazu an, eben diese Erzählungen, z.B. von Subjekt, Kultur und Wissen, dadurch zu verändern, indem man sie erneut erzählt, aber in die Neuerzählung eine Differenz einfügt; wieder zu benennen, um zu ent-nennen; indem man die Lücken nutzt, die in der Wiederholung von Erzählungen potentiell virulent werden und in diese hineinspringt, um Diskurse zu verschieben. »Verschieben ist eine Art des Überlebens. Es ist eine unmögliche, wahrhafte Geschichte des Lebens zwischen den Wahrheitsregimen. Die Verantwortung, die dieses buntgescheckte Dazwischen-Leben impliziert, ist eine höchst kreative: die Verschiebende bewegt sich fort, indem sie immerzu Differenzen in die Wiederholung einführt. Indem sie immer wieder all das hinterfragt, was als selbstverständlich gegeben gilt, indem sie sich selbst und die anderen an die Unveränderbarkeit der Veränderung selbst erinnert«(12).

Filmisch versucht Trinh, Lücken zu provozieren, indem sie die filmischen Elemente so in Beziehung setzt, daß Intervalle entstehen. Das Intervall zwischen Tönen, zwischen Ton und Bild, zwischen Bild und Bedeutung. Sie produziert und arbeitet mit einer Praxis der Distanz. Möglicherweise mit der Überraschung und der Irritation, denn die routinisierte Richtung des Denkens und der Wahrnehmung wird gebrochen. Es kann »anders« weitergedacht, gesponnen werden und gleichzeitig wird die gewöhnliche, übliche Denkweise in Frage gestellt. Man tritt zu »sich« in Distanz und guckt, wie man geguckt hat. Neue Räume werden geöffnet, die die Möglichkeit einer Verschiebung, eines Verstörens – wenn auch nur minimal – schaffen könnten.

...was tun, denn?
Don´t mind the gap...

›Und das ganze Konzept auf seine eigenen Lücken hin noch einmal überdenken?‹

mc subway

1 > In Nordamerika ist es gängige Praxis, ImmigrantInnen und ethnische Minderheiten durch ihre Herkunft zu kennzeichnen, wie z.B. African-Americans, Asian-Americans. Die damit Stigmatisierten werden auch zusammenfassend »hyphenated Americans« (Bindestrich-AmerikanerInnen) genannt.

Literatur:

Bhabha, Homi K. 1996: Postkoloniale Kritik. Vom Überleben der Kultur. In: *Das Argument* 215/96, S. 345-359

Trinh T. Minh-ha 1996: Über zulässige Grenzen. Die Politik der Differenz. In: Fuchs, Brigitte/ Habinger, Gabriele (Hrsg.): Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien, S.148-160

Dies. 1995: Texte, Filme, Gespräche. München

Mackenthun, Gesa 1996: »E Pluribus Unum?« Die Position der USA im postkolonialen Diskurs. In: *Das Argument* 215/96, S. 373-379

Filmographie:

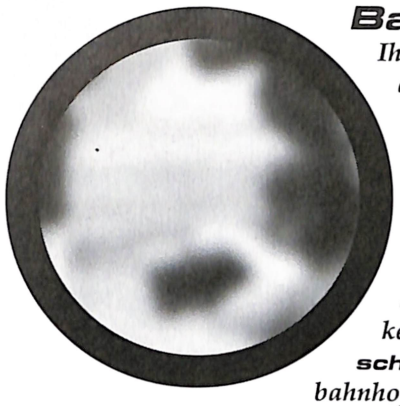
»Reassemblage«, Senegal, 1982, 40 min, 16 mm

»Naked Spaces – Living is Round«, Westafrika, 1985, 135 min, 16 mm

»Surname Viet Given Name Nam«, 1989, 108 min, 16mm

»Shoot for the Contents«, China, 1991, 101 min, 16 mm

»A Tale of Love«, USA, 1995, 108 min, 35 mm



Bahnhöfe und Innenstadt: *»Möchtet Ihr hereinkommen in meine kleine Welt? Dann die Schuhe ausziehen, wie ich es verlang´.« (Die Goldenen Zitronen)*

Im hibiskus wurde thematisiert, wie sich in den Innenstädten Konflikte um die Zurichtung öffenlicher Räume auf Konsum, Privatisierung, verschärfte Sicherheitspolitik und Ausgrenzung, auch im Rahmen kommunaler Standortpolitik, verdichten. Mit nachfolgendem Schwerpunkt führen wir die Debatte weiter, indem die Thematik auf bestimmte städtische Räume fokussiert wird: Die Artikel zum Frankfurter Hauptbahnhof ***bahn exclusiv: ausschluß inklusive*** *und zur Umnutzung des ehemaligen Güterbahnhofs »****Spaß muß sein****« zeigen auf, wie durch die Etablierung von Konsum- und Unterhaltungszentren, Raumplanung bzw. -kontrolle städtische Räume symbolisch »besetzt« werden. Es wird ein neuer Typus urbanen Lebens konzipiert, für den sozialer Ausschluß konstitutiv ist. Eine entscheidende Akteurin ist dabei die Bahn AG, die sowohl gravierend in die Stadtentwicklung eingreift, als auch aktiv an einer Neustrukturierung des nationalen Raums beteiligt ist.*

Wir unterstützen mit diesem Schwerpunkt die zweite überregionale Innenstadtaktion gegen Sicherheitswahn, Privatisierung und Ausgrenzung, die sich dieses Jahr vor allem gegen die Umgestaltungsprozesse an und in den Bahnhöfen richtet. In ***Bahnattack*** *wird diese Zuspitzung begründet und die diesjährige Kampagne vorgestellt.* *(Read.action.)*

bahn exclusiv: ausschluß inklusive

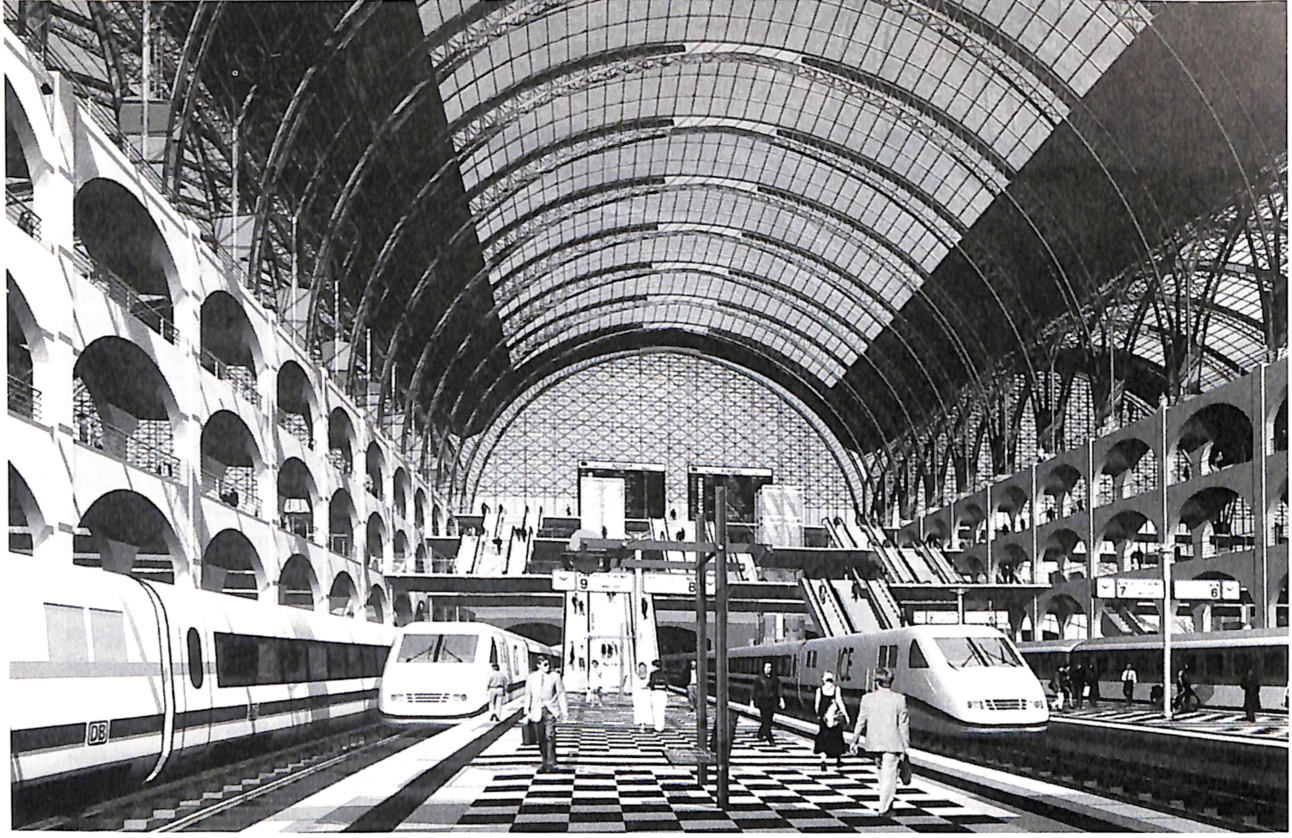
Über die Hierarchisierungs- und Ausgrenzungspolitik der Bahn AG und die Umgestaltung des Frankfurter Hauptbahnhofs

Bahn und Bahnhöfe vor zwanzig Jahren: Werbeslogans wie »Alles schläft, einer fährt« oder »Alle reden vom Wetter. Wir nicht.«; speckige Bahnhofsrestaurants und Erotik-Kinos in den Hauptbahnhöfen; große Begeisterung für die Modelleisenbahn im Glaskasten, die für 20 Pfennig ihre Runden drehte; ein einheitliches Preissystem; und war's kein D-Zug, der von Ort zu Ort schneckte, war's ein E-Zug; selbst in der Provinz muffige Eisenbahner hinterm Fahrkartenschalter; und die stete Sorge um den monotonen Alltag des Schrankenwärters: Wer mag schon alle fünf Minuten eine Kurbel drehen?

Die Modelleisenbahn am Frankfurter Bahnhof fährt noch; ansonsten hat sich die Bahn im letzten Jahrzehnt gravierend verändert. Nun endlich, als privatwirtschaftlich organisierte Bahn AG, sei man wieder in der Lage, *»gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen«*[1]. Daß dies die Etablierung sozialräumlicher Hierarchien bedeutet – darum soll es im folgenden gehen.

Bahn als AG

Präsentiert sich die Bahn AG heute, klingt das so: *»Die Deutsche Bahn AG ist auf dem Weg, sich zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu entwickeln. Unmittelbar damit verbunden ist die Positionierung der Deutschen Bahn als Marke mit hohem Identifikationspotential. (...) Die Aufgaben hierbei sind vielfältig, denn die `Bahn´muß eine Marke mit klaren Konturen werden, um sich im internationalen `Wettbewerb der Identitiäten´auch in Zukunft ausreichend profilieren zu können. (...) Am Anfang dieses Prozesses steht die Konzentration auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kunden, die Entwicklung einer neuen Unter-*



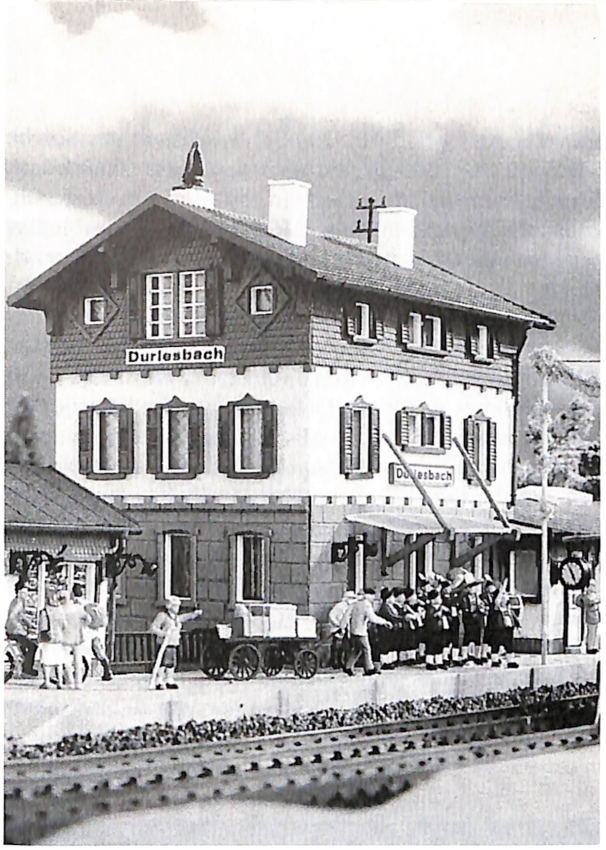
nehmensidentität – sowohl nach außen in Form eines übergreifenden Corporate Design als auch nach innen im Bewußtsein unserer Mitarbeiter.«[2] 1992 wurde die staatliche Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der allgemein durchgesetzte Privatisierungswille erfaßte auch den Transportbereich und markierte das Ende einer dem Markt relativ entzogenen, durch Beamtenstruktur geprägten Dienstleistungsbehörde, wie sie für das fordistische »Modell Deutschland« typisch war. Die Bahn AG ist zu einem gewichtigen Akteur sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene geworden: Einerseits greift sie massiv in Stadtentwicklungen ein, andererseits strukturiert sie durch veränderte Verkehrspolitik den nationalen Raum neu.

Die nun privatwirtschaftlich ausgerichtete Bahn AG wurde durch politische Entscheidungen zu einem enorm kapitalkräftigen »Developer« aufgebaut: Neben den der alten DB gehörenden Grundstücken wurden der AG auch bundeseigene Areale übereignet; von den Altschulden des traditionellen Staatsbetriebs allerdings wurde sie befreit – diese parken entgegen den Bestimmungen des Eisenbahnneuordnungsgesetzes bis heute bei der BEV (Bundeseisenbahnvermögen) und werden aller Voraussicht nach vom allgemeinen Steueraufkommen getilgt. Derart beschenkt betreibt die Bahn AG massiv den Verkauf und die Verwertung von Grundstücken und Immobilien als neuen zentralen Geschäftsbereich.

Bahn und nationaler Raum

Nun könnte man sich diesbezüglich über »miese Vetternwirtschaft« aufregen. Zu fragen ist aber, welche Planungsperspektiven hinter solchen Weichenstellungen bestehen. Es wäre sicher verkürzt, die Abkehr von der staatlichen Bahn nur als kostensenkende Modernisierung eines schwerfälligen Apparats zu sehen; trotz der immer wieder beklagten Behördenstruktur war auch die DB in der Lage, binnen 20 Jahren die Hälfte der Belegschaft wegzurationalisieren. Vielmehr verknüpft sich mit der Schaffung der Bahn AG eine verkehrspolitische Neukonzeption des nationalen Raums. In der Phase der Nachkriegszeit bis in die siebziger Jahre hinein orientierte sich Politik in Deutschland an einem Leitbild, das das nationale Territorium als Ganzes als entscheidende geographische Einheit ansah. Der gesamte nationalstaatliche Raum und prinzipiell alle Leute im Land wurden als funktionabel für die Verwertung und die internationale Konkurrenzfähigkeit Deutschlands angesehen. Ausgehend von der Ideologie stetigen ökonomischen Wachstums galten (infra-)strukturelle Ungleichheiten zwischen den Regionen als beseitigbar. Für die Bundesbahn hieß das, daß sie einem allgemeinen Versorgungsauftrag nachzukommen hatte, möglichst jede Region war an das Streckennetz anzuschließen.

Solche Konzeptionen sind tendenziell über Bord geworfen, Wirtschafts- und Verkehrspolitik konzentrieren sich auf die strategischen Fixpunkte der postfordistischen ökonomischen Geographie, also jene Zentren, die den Anforderungen eines international konkurrenzfähigen Standorts entsprechen. Das Streckennetz wird unter dem Kriterium der Rentabilität verschärft durchforstet und reduziert. Die Bahn AG steht für die Ausrichtung des Schienenverkehrs am Fern- und Schnellverkehr. Der bahnintern neugeschaffene »Geschäftsbereich Nahverkehr« ist eifrig dabei, Schienenstrecken des Regional- und Nahverkehrs an Länder und Gemeinden zu verkaufen, zu vermieten, zu verpachten oder, werfen sie nicht den erwünschten Gewinn ab, stillzulegen. Die Deutsche Bahn privilegiert die Verbindung zwischen wenigen Metropolen und »Wachstumsinseln« durch Hochgeschwindigkeitstrassen. Die Landschaften entlang oder gar abseits dieser Korridore werden nicht als sozialer, ökonomisch einzubindender Raum, sondern



als möglichst rasch zu überbrückende Fläche wahrgenommen.

Die Highspeed-Korridore zwischen wenigen Zentralen des ökonomischen Raums bedienen in erster Linie die Transportbedürfnisse einer flexibilisierten Ökonomie: diese zeichnet sich durch gesteigerte Mobilität des internationalen Kapitals aus. Nicht unabhängig vom Raum, sind international operierende Konzerne und Unternehmen flexibler geworden, sich jeweils dort anzusiedeln, wo optimale (infrastrukturelle) Bedingungen gegeben scheinen. Gleichzeitig weisen immer mehr Unternehmen eine stark zergliederte Organisation auf, d.h. daß bestimmte Einheiten eines Unternehmens – Planung, Forschung, Produktion, etc. – je nach örtlichen Standortbedingungen an räumlich voneinander entfernten Stätten plaziert werden. In Frankfurt sind beispielsweise oft nur die Entscheidungsebenen großer Konzerne angesiedelt. Hochgeschwindigkeitszüge sind nötig, um Manager und andere gehobene Dienstleisterinnen in möglichst kurzer Zeit durch einen derart dezentralisierten ökonomischen Raum zu bewegen. Angesichts der zunehmenden Verflüssigung eines proportionalen Verhältnisses zwischen räumlicher und zeitlicher Distanz können auch Wohn- und Arbeitsort in gesteigertem Maße auseinandertreten; auf daß der Dienstleister täglich zwischen Heidelberg und Frankfurt pendeln kann!

Mittlerweile weit davon entfernt, sich an der Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung zu orientieren, bildet die Schienenpolitik der Bahn AG durch die einseitige Ausrichtung auf das Hochgeschwindigkeitsnetz eine stärker hierarchisierte, nach Marktfähigkeit geordnete Raumstruktur aus.[3]

Frankfurt und Bahnhof 21

Angesichts dessen rivalisieren Städte und Regionen verschärft um die Anbindung an die internationalen Verkehrswege. In Frankfurt hat der Hauptbahnhof herausragende infrastrukturelle Bedeutung: einerseits durch den enorm hohen Anteil von PendlerInnen in der städtischen Ökonomie, andererseits durch die stark überregional, bzw. international ausgerichtete Wirtschaftsstruktur (z.B. als Messestadt). Im Zuge des konsequenten Ausbau Frankfurts zur internationalen Dienstleistungsmetropole hat sich die Bedeutung eines flotten »Umschlagplatzes von Menschen, Informationen und Wissen« zusätzlich erhöht.

In Frankfurt wird derzeit, wie in einigen anderen Großstädten auch, um die Durchsetzung des gigantischen Projekts *Bahnhof 21* gestritten. Dabei ist vorgesehen, die Stadt in Ost-West-Richtung zu untertunneln und den bisherigen Kopfbahnhof in einen Durchgangsbahnhof zu verwandeln. Der Bahnhofsinnenbereich soll architektonisch völlig neu konstruiert werden. Unter einer gewaltigen Glasdachkonstruktion halten die Züge in 22 Meter Tiefe. Die Attraktivität von *Frankfurt 21* liegt für die Bahn AG zentral darin, daß weiträumig Gleisflächen im Innenstadtbereich ihre Funktion verlieren. Ein riesiges Areal ließe sich in profitabel zu vermarktende Grundstücke umwandeln.[4] Müßig sich darüber zu wundern, daß mit der Errichtung eines ganz neuen Stadtviertels auf dem Gelände von *Frankfurt 21* der weitere Ausbau des Dienstleistungsbereichs anvisiert ist; Leerstand hin oder her sind neue Bürotürme geplant, hinzu kommen exklusive Konsummöglichkeiten und – man ist ja global – ein Central Park.[5] Aber zurück aus der Zukunft.

Unabhängig davon, ob *Frankfurt 21* realisiert werden wird, wird der Hauptbahnhof seit einigen Jahren in einen »Bahnhof der Zukunft« umgestaltet. Was die Bahn AG hierunter versteht, machte die 1992 durchgeführte Aktion »BAVIS« (»Bahnhof als Visitenkarte«) unmißverständlich klar. Unter den Schlagworten »hell – sicher – sauber« vertrieb eine Allianz aus Bundesgrenzschutz, Polizei, städtischem Ordnungsamt und privat angeheuerten Sicherheitsdiensten alle als unerwünscht deklarierten Personen aus dem Bahnhofsgelände. Neu installierte Eisengitter an den Treppen

CAFÉ CK KLEMM
FRÜHSTÜCKSCAFÉ
ESPRESSO - BAR
LATTE MACCHIATO
['LATTE MAK'KJA:TO]
Kiesstraße 41
Frankfurt - Bockenheim
Mo. - Fr.: 8 bis 20 Uhr
Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

hinunter zur B-Ebene markieren die Weigerung, Obdachlosen einen Unterschlupf zu belassen. Eine »Sicherheitskanzel« in der B-Ebene, enorme Präsenz von Sicherheitsdienstlern und die kontinuierliche Verschärfungen des Hausrechts sind Elemente des bis heute andauernden Programms, marginalisierten Gruppen den Bahnhof als Treffpunkt, Aufenthalts- und Geschäftsort streitig zu machen.

Nun machen die Leute, die als »Belästigende« ausgegrenzt werden, nichts anderes als Dosenbier trinken, nach Kleingeld fragen, auf einen Freier warten oder etwas zum Verkauf anbieten. Im sattsam bekannten »Innere-Sicherheit-Diskurs« sind aus solchen Handlungen längst »Störungen«, »abweichendes Verhalten« oder »Gefahren« und aus Individuen »gefährliche Gruppen« gemacht worden. Zeigten Armutsphänomene einst eine »soziale Krise« an, die integrative Maßnahmen legitimierte, so sind sie inzwischen in Ärgernisse für die Mehrheitsgesellschaft umgedeutet worden, so daß man sich der »Verursacher«, notfalls gewaltsam, entledigt. Die Bahn schließt an solche ideologische Zuschreibungen an und inszeniert, immer unter Berufung auf ein »subjektiv gestörtes Sicherheitsempfinden« des Normalbürgers, publicitywirksam einen Kampf gegen solchermaßen Stigmatisierte.

Gleichzeitig werkelt sie an der Konstruktion der Feindbilder kräftig mit. Wirft frau einen Blick in den Ausstellungskatalog »Renaissance der Bahnhöfe«, findet sie einen geballten Delegitimierungsdiskurs, der die Schuldigen für den »Abstieg« der Bahnhöfe – von »ehemals pulsierenden Herzen der Städte« zu »wahren Pestbeulen« – unmißverständlich identifiziert: »Soziale Außenseiter«, die »Drogenszene« und das »Rotlichtmilieu« hätten ein »Arme-Leute-Image« produziert. Eingeordnet wird dies als »Kulturverfall«; soziale Deklassierung – ein »Qualitätsverlust«.

Die Entwicklungen an den Bahnhöfen lassen sich als Entwurf eines neuen Typus städtischen und öffentlichen Lebens deuten, für den hoher Moral- bzw. Kon-

Zweite Innenstadtaktion gegen Ausgren

»Aufbruch im Bahnhof - Die Weichen sind gestellt?!«[1]

Im Juni letzten Jahres fanden in zahlreichen Städten Aktionswochen gegen Vertreibungs- und Ausgrenzungspraktiken in den Innenstädten statt, die von einem überregionalen Zusammenschluß von KünstlerInnengruppen, Wohnungsloseninitiativen, antirassistischen Gruppen bis zu Stadt(teil)zusammenhängen getragen wurden. Die Proteste richteten sich gegen die sich verschärfende Kontrolle und Klassifizierung von Orten und Räumen und die zugehörige repressive Politik. Diese wird bis heute durch die Definierung von (Un-)Sicherheit in Städten und durch (rassistische) Zuschreibungen von Kriminalität zu Personengruppen legitimiert. Die enge Zusammenarbeit von Kommunen und privaten Interessensgruppen zeigt sich in der Etablierung von Runden Tischen und Präventionsräten oder dem zunehmenden Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum. Die »Bearbeitung von Störung oder Gefahr« reicht von unmittelbarer Repression (Abschiebung, Knast, u.v.m.) über die Ausweitung der Definition von Gefahr in städtischen Verordnungen bis zu Gesprächskreisen, die an der Erstellung von »Leitlinien zur Gestaltung des Zusammenlebens im öffentlichen Raum«[2] arbeiten.

Wieso gerade Bahnhöfe?

Mit der diesjährigen Fokussierung auf das Thema Bahnhof soll das Konzept eines inhaltlich breiten Protests gegen die Kontroll- und Disziplinierungsstrategien in den Städten keineswegs aus dem Blick geraten; zumal über die Durchsetzung einer verstärkten Initiative des Bundes für frühes Eingreifen gegen sogenannte »Alltagskriminalität« in Städten (»Aktion Sicherheitsnetz«) auch an anderen Orten der Stadt eine neue Qualität von Überwachungs- und Kontollpraktiken zu erwarten ist. Die Planung eines stärkeren Zugriffsrechts des BGS in Städten verweist nachdrücklich auf eine verbindlichere Form der Zusammenarbeit.

Das Zusammenwirken von Gefahrenkonstruktion, privater Kundenorientierung und räumlicher Klassifizierung ist in den Bahnhöfen weit fortgeschritten. Bahnhöfe sind typisch und einzigartig zugleich, da sich an ihnen die Bündelung von Regeln und Praktiken konkret nachzeichnen läßt, die bei durch andere Rahmenbedingungen gekennzeichneten Orten lediglich projektiert werden können. Drei Beispiele sollen das veranschaulichen:

(1) Die Durchsetzung von Hausrecht in einem quasi-öffentlichen Raum wie dem Bahnhofsgebäude ist an anderen Orten wie z. B. der Zeil nicht denkbar, solange die dortigen Eigentumsverhältnisse bestehen bleiben.

(2) Mit der Kooperation von Sicherheitsdiensten und Bundesgrenzschutz im Bahnhofsgelände läßt sich die Durchdringung von privaten und öffentlichen – hier staatlichen – Teilen innerhalb eines Sicherheitskonzepts aufzeigen.

(3) Die räumliche Umgestaltung der Bahnhöfe, orientiert am Konzept eines modernen Dienstleistungsunternehmens mit entsprechenden Konsumangeboten, geht einher mit der architektonischen Zurichtung des Gebäudes in (symbolisch) klassifizierte Zonen.

Die Politik der Bahn AG hat in Teilen »Vorbildcharakter« für andere Interessengruppen und zeigt eine Perspektive auf, mit welchen

formitätsstandard, Raumkontrolle, Profitorientierung und sozialer Ausschluß konstitutiv sind. Die Profitabilität des »Unternehmens Bahn« soll dabei durch die sich gegenseitig unterstützenden Repräsentationsmodelle Bahnhof und Bahnfahren gesichert werden. Hinter dem anfänglich zitierten Identifikationsgerede steht die Vorstellung, daß, wer Zug fährt, auch in den neuen »Kathedralen des Wohlbefindens« Bahnhof konsumiert, und wer sich am neuen Bahnhof begeistert, zukünftig häufiger das Auto stehen läßt. Während einerseits für die Attraktivität des Reisens mit dem Zug geworben wird, wird andererseits an der Konstruktion eines »Erlebnisraums« Bahnhof, der »zum verweilen einlädt«, gebastelt; schluß mit dem funktionalen Bahnhof, an dem man halt mit dem Zug ankommt und allenfalls Sonntags mal Brötchen kauft. Der aufgepeppte Bahnhof soll zum repräsentationsträchtigen städtischen Ort werden und insofern geradezu als »Stadtentwicklungskatalysator« wirken: Bahnhofsglamour als Signal des bereitwilligen Aufbruchs der Städte in die Ära der Konkurrenz zwischen Städten und Regionen.

Nur soll nicht jede(r) in den Bahnhöfen verweilen. Die neue Bahnhofspolitik basiert auf der rigorosen Trennung in Kunde und Nicht-Kunde. Durch die verstärkte Zurichtung auf Warenkonsum und (gehobene) Dienstleistungsfunktion wird der Bahnhof konzeptionell von einem einst öffentlichen Raum in einen reinen Kundenraum umgewertet. Legitimerweise hält sich hier nur noch auf, wer zahlungskräftig genug ist, Zug zu fahren oder die vorgesehenen Waren oder Dienstleistungen zu kaufen. Zynischerweise wird die Bahnpolitik als »Reclaim the Station-Programm« der Mittel- und Oberschicht verhandelt. Wo nur noch »niedriges Sozialmillieu« war, soll wieder »Öffentlichkeit« werden – explizit: »attraktive Öffentlichkeit«.

Dieses Konzept kollidiert allerdings mit dem Umstand, daß Transport nach wie vor als »öffentliche Dienstleistung« festgeschrieben ist, Bahnhöfe – trotz aller Unternehmensprivatisierung – also keine Privat-

weiter auf Seite 34

Bahnattack

zung, Sicherheitswahn und Privatisierung

Szenarien in Zukunft auch andernorts zu rechnen sein wird.

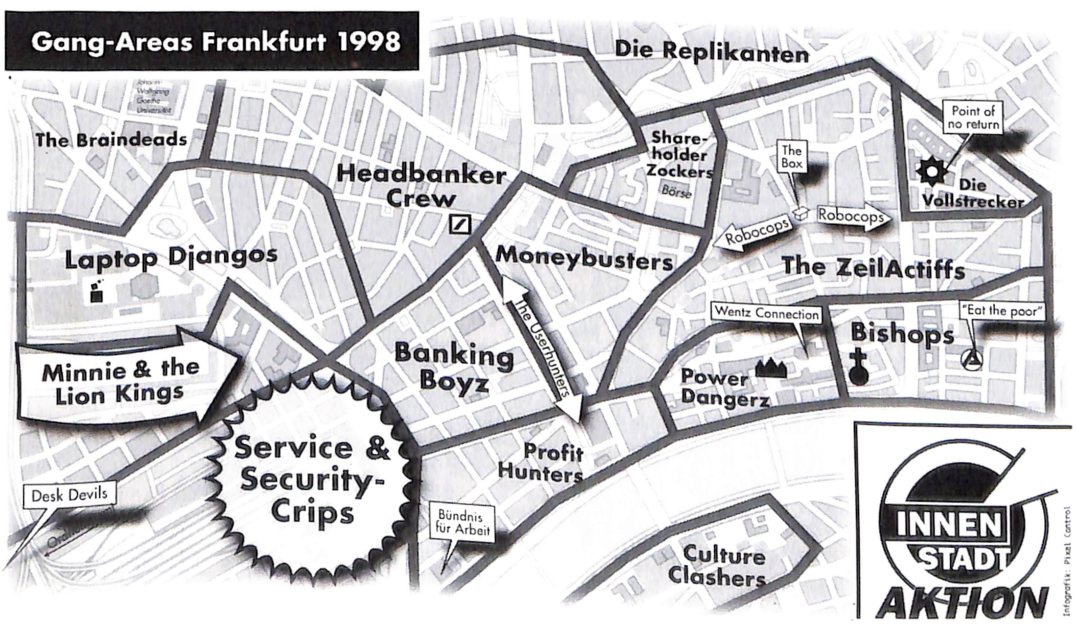
Mit der überregionalen Kampagne, die in Form einer rollenden Stafette von Stadt zu Stadt verlaufen und Spielräume für die Thematisierung regionaler Spezifika offen lassen soll, wird auf die übergreifende Relevanz der »Problematik Bahnhof« verwiesen. In jeder Stadt, die sich beteiligt, werden ein bis zwei Tage »gestaltet«, an denen (nicht nur) zum Thema Bahnhof Aktionen stattfinden werden. Insbesondere die Skandalisierung bzw. das Brechen von Normalitätsstandards werden dabei Inhalte von Aktionen sein. Wie im letzten Jahr wird dies Anfang Juni sein, die genauen Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben.

kontrollraum.doc:
Zu einer Info-Film-Tanz-Veranstaltung laden am 5. Mai 1998 um 20 Uhr die Redaktion *diskus* und die *Innenstadt AG* ins Parkhaus in der Junghofstraße ein.

Kontakt:
Innenstadt AG
c/o Uni-Buch, Jügelstraße 1,
60325 Frankfurt
www.frankfurt.org/innercity
innercity@LINK-F.rhein-main.de

1 > *Takt – Die Nahverkehrszeitung der Deutschen Bahn AG* 6/98

2 > *FAZ* vom 4. 3. 1998



räume sind.[6] Ausgrenzung findet am Bahnhof demnach unter anderen Bedingungen als beispielsweise in Kaufhäusern statt. Unter der ideologischen Leitformel »3-S-System« (Service, Sauberkeit, Sicherheit) werden die Offensiven in Sachen »Kundenpolitik« gebündelt:

Sauberkeit

Es läßt sich heutzutage kaum vermeiden, mit den neuen Ordnungs-und Sauberkeitsvorstellungen der Bahn AG konfrontiert zu werden – seien es Werbespots über die Moral von »Was Sie zu Hause nicht tun, ...«, seien es die Botschaften auf Plakaten, die die auf den Boden geworfene Kippe zur Unsittlichkeit erheben. Die Bahn AG hat sich zu einem gesellschaftlichen Moralapostel allerersten Ranges aufgeschwungen. In einer schmutzigen Welt werden die Bahnhöfe als neue Archipele der Wohlanständigkeit präsentiert; ja die Bahn, die tut was. Noch entscheidender ist der Subtext, der auf der erfolgreich festgezurrten symbolischen Verkettung von Schmutz mit Verwahrlosung und Kriminalität basiert: wenn der Fußboden schon frei von Zigaretten ist, dann ist mit Obdachlosen, Junkies oder Ganoven sicher nicht zu rechnen, so die anvisierte Assoziation.

Sicherheit

Zur Durchsetzung der normativen Vorstellungen wird der Bahnhof mit einem immer dichteren Kontroll- und Überwachungsnetz ausgerüstet. Wesentlicher Teil des 3S-Systems ist die Installierung von stationären Videoüberwachungszentralen. Bis Ende '99 sollen solche 3S-Zentralen in 40 Bahnhöfen eingerichtet sein. In Frankfurt werden von dort aus mit High-Tech-Kameras nicht nur sämtliche Winkel des Hauptbahnhofs, sondern auch andere städtische Bahnhöhe und S-Bahnsteige kontrolliert. Direkte Standleitungen verbinden die Monitorzentrale der neu geschaffene BahnSchutz GmbH (BSG) mit den Büros des Bundesgrenzschutz und des LKA/BKA, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Ordnungsinstanzen, neben allem Kompetenzgerangel und juristischen Grauzonen, zu optimieren. Seit' an Seit' mit der Bahn nutzt auch der staatliche Kontroll- und Zugriffapparat den Bahnhof verstärkt, um seiner rassistischen Routine nachzugehen.[7] Ein umfassender Kontrollapparat mit jederzeit mobilisierbaren Eingreiftrupps, zur Hatz auf die üblichen Verdächtigen, ist realisiert.

Soweit die »klassische« Aufgabe von Überwachung: sichtbar machen, Zugriff ermöglichen, abschrecken. Im Bahnhofskonzept wird die *sehende* Kamera in ihrer Funktion jedoch ergänzt durch die Kamera, die *repräsentiert*.

In Kaufhäusern – sozusagen als klassische Variante – stellt die Überwachung prinzipiell alle KundInnen unter den Generalverdacht, ihre Konsumwünsche nicht über den Umweg Geld befriedigen zu wollen; die Botschaft der Kamera lautet: Wagen Sie es nicht, Sie werden überwacht! Im Gegensatz dazu wirken die Kameras im Bahnhof an der Trennung in »erwünschte und unerwünschte« Personen mit. Ersteren wird mitgeteilt: Schätzen Sie sich glücklich, Sie werden überwacht! Überwachung als Drohung für die einen, als Versprechen für die anderen. Offensiv präsentiert die Bahn den Kontrollapparat als akzeptierten und gewünschten Kundenservice. Werbeplakate teilen mit, daß »24 Stunden alles im Blick« ist. Auf der Videoleinwand im Hauptbahnhof werden mit Kriegs- und Polizeimetaphern gespickte Werbefilme gezeigt, in denen

von der Monitorzentrale aus Putztrupps ins Gefecht geschickt und Eingreiftrupps in den Kampf gegen Graffiti-Sprayer und Dealer gejagt werden. Eine Allianz zwischen Überwachern und bereitwilligen Überwachten scheint hier ebenso wie an anderen gesellschaftlichen Orten weitgehend hergestellt. Überwachung verkauft sich mittlerweile prima als Serviceleistung: Sicherheitspolitik wird zur Marketingstrategie.

Die Zahl der Platzverweise und Ortsverbote, die am Bahnhof ausgesprochen und teilweise handgreiflich durchgesetzt werden, ist vor einigen Jahren explodiert und seitdem konstant hoch.[8] Trotz aller Schikanen ist die Reichweite solcher Maßnahmen begrenzt. Stricher erzählen, daß sie durchaus ihren Umgang mit den Vertreibungsaktionen gefunden haben: Fliegt man durch die Südseite raus, kommt man durch die Nordseite wieder rein. Viel gravierender wirkt sich für sie die Videoüberwachung aus, angesichts derer Freier ihre Geschäfte lieber anderswo aushandeln. Raumkontrolle und -gestaltung werden von der Bahn AG als effektive Mittel des sozialen Ausschlusses eingesetzt. In Frankfurt wird versucht, den gesamten Bahnhofsinnenraum so durchzustylen, daß als unerwünscht definierte Nutzungsweisen erschwert bzw. verunmöglicht werden. Der Zugang zu den öffentlichen Toiletten wurde mit Drehkreuzen versehen, die nur passieren darf, wer 50 Pfennig zahlt. Geplant ist, die Schließfachanlage so umzubauen, daß es keine uneinsehbaren Gänge und Ecken mehr gibt. Pommes-Büdchen und das traditionelle Bahnhofsrestaurant sind verschwunden, gesteigerte Mietpreise treiben die Preise bei den Einzelhändlern in die Höhe, gehobener Bistro-Chic ist Minimum. Ausschluß funktioniert hier schon übers nötige Kleingeld.

Die Ausgrenzungsbemühungen der Bahn lassen sich (noch) nicht bruchlos realisieren. Auch heute noch wird man mal nach 'ner Mark gefragt und die ganz typischen BahnCard-Kunden sind diejenigen, die sich bei Fußballspielen um zehn Uhr abends vor der Videoleinwand einfinden, dann auch nicht. Das muß für die Bahn nicht mal ein Widerspruch sein, solange die gewünschten KundInnen sich wohlumsorgt fühlen.

Service

Hoch im Kurs steht das Prinzip »Kundennähe«. Neben baulichen und technischen Maßnahmen – schicke Kartenschalter, »ServicePoints«, »Klangteppich« etc. – und neuen Anbietern wie Autovermietungen wird dazu vor allen Dingen ein ganzes Heer an Bediensteten aufgefahren. 2/3 der Angestellten arbeiten mittlerweile im Bereich Reinigung – Sicherheit – individuelle Kundenbetreuung. Die BSGlerInnen sollen in ihrer Allgegenwart als »beschützender Kundendienst« fungieren. Gescheut wird sich auch nicht vor dem Gepäckträger in Uniform, womit im modernen Dienstleistungsgewand an Glanz und Gloria bürgerlicher Zeiten angeknüpft werden soll; ja, schuftende Bedienstete werden gern gesehen. Der neu eröffnete »Markt im Bahnhof« bedient ganz im Stil von »Erlebnisgastronomie« die multikulturellen Feinschmeckerphantasien der Mittelschicht. Und immer wieder Service, Service, Service; in der »Connection Bar« wird der Cocktail durch kostenlose Computerspielplätze ergänzt.

Räumliche Hierarchisierung

Die »kulturellen Aufwertungen« zielen vorrangig auf die Kaufkraft der Mittelschichten. Die Bahn schafft aber auch innerhalb der Gruppe der KundInnen hierarchische Abstufungen und weist klassifizierte Räume zu. Neben dem Versuch, in unmittelbarer Bahnhofsnähe aufgewertete Stadtquartiere zu schaffen – wofür die Stadtpolitik bezüglich des Bahnhofsviertels ein Beispiel ist, die Pläne zu *Frankfurt 21* ein anderes –, werden im Bahnhof für die neuen Dienstleisterinnen und Geschäftler Laptop-Arbeitsplätze, Konferenzräume und exklusive Konsummöglichkeiten bereitgestellt. Diese Örtlichkeiten befinden sich fernab des Massenverkehrs. Ähnlich dem Flughafen-Konzept, wo VIP-Räume und Economy-Class-Angebote den physischen Kontakt unterschiedlicher KundInnen-Klassen minimieren, werden auch auch in den Bahnhöfen soziale Klassen räumlich separiert versorgt. Offenkundig wird dies an der DB-Lounge: relativ unzugänglich gelegen darf diese ohnehin nur betreten, wer sich als Bahnkunde ausweisen kann; für die nächste Stufe, die FirstClassLounge, benötigt man, sollte man nicht bereit sein 10.– DM Eintritt zu zahlen, schon ein 1.-Klasse-Ticket; hier läßt sich, endlich exklusiv, in abgeschiedener Lage in Ruheräumen ausspannen und herrlich übers Geschäft plaudern.

Feldforschung hat ergeben: eine Tasse Espresso kostet in der B-Ebene 2.70 DM, im Erdgeschoß 3.25 DM und in der DB-Lounge im 1.Stock 3.80 DM. Zunehmend gliedert sich der Bahnhofsraum in sozial-räumlich hierarchisierte Zonen: in der B-Ebene, zu Zeiten ihrer Eröffnung als der Typus öffentlicher Orte gefeiert, konsumieren eher sozial deklassierte Schichten. Abgesehen von den Videokameras wurde hier – im Gegensatz zum übrigen Bahnhof – kaum mehr investiert; auf der Gleisebene zeigen sich die Mittelschichten begeistert vom Gefühl, allumfassend umsorgt und gesichert zu werden; im ersten Stock konferieren A-Klasse-KundInnen in exklusiven Räumen.

Renaissance der Bahnhöfe – das bedeutet auch die Renaissance räumlich (re-)produzierter Klassenverhältnisse.

Christian Sälzer

1 > Ex-Bahn AG-Vorsitzender Dürr; alle nicht näher gekennzeichneten Zitate sind dem Katalog »Renaissance der Bahnhöfe«, Berlin 1997, entnommen.

2 > aus »Die Marke Bahnhof«, DB, Ffm., S. 3

3 > Hierarchisierung auch auf anderer Ebene: Durch ausdifferenzierte Zug- und Preisangebote ist die Geschwindigkeit des Reisens in Proportion zur Dicke des Geldbeutels gesetzt. Wer es sich leisten kann, huscht flugs mit dem ICE durchs ganze Land, während weniger Zahlungskräftige mit Billigangeboten (z.B. Wochenend-Ticket) von Ort zu Ort trödeln können.

4 > Siehe auch den Artikel »Spaß muß sein«;

5 > Für nähere kritische Information zu Frankfurt 21 siehe Bernhard Albert: Bahnhof 21, http://www.frankfurt.org/inis/WobiG.html

6 > Für die Hausverbotspolitik bedeutet das beispielsweise, daß auch die »Verwiesenen« prinzipiell das Recht haben, den Bahnhofsraum zu passieren, um zu einem Zug zu gelangen.

7 > Presseinformation der »Ständigen Konferenz« der Innenminister der Länder vom 2. 2. 1998: »Die illegale Zuwanderung und der illegale Aufenthalt von Ausländern müssen schon wegen des damit vielfach verbundenen Imports von Kriminalität, aber auch wegen der begrenzten Aufnahmekapazität Deutschlands und zur Erhaltung des sozialen Friedens mit allem Nachdruck unterbunden werden. (...) Der Bundesinnenminister strebt im Rahmen einer Gesetzesnovellierung an, die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes zur Vornahme solcher Kontrollen (»verdachts- und ereignisunabhängige Identitätskontrollen«) über den Grenzbereich hinaus auf Flughäfen, Bahnhöfe, Bahnanlagen und (...) auf Züge auszudehnen...«

8 > Allein im Berliner Bahnhof Zoo lag im letzten Winter die Zahl bei knapp 200 Verweisen pro Tag.

»Spaß muß sein«

Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof

»Das Urban Entertainment Center (UEC) wird auf einer Fläche am Hauptgüterbahnhof entstehen. In Absprache und Abstimmung mit der Stadt Frankfurt hat die Stella AG ein Konzept zur Bebauung eines 40.000 Quadratmeter großen Areals erarbeitet. Als Standort vorgesehen ist das Areal im östlichen Bereich des Hauptgüterbahnhofs, das durch die EisenbahnImmobilien Management GmbH (EIM) – einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG – vermarktet wird.« (aus der Presseerklärung der Stadt Frankfurt vom 26.11.97)

Großartiges erwartet uns im Frankfurt des 21. Jahrhunderts. Vergnügen, Spektakel, Schnickschnack – im geplanten Urban Entertainment Center wird das komplette Programm geboten. Walt Disney raus aus den Kinderzimmern, hinein ins zukünftig pralle Leben der Innercity.

Der innerstädtische Güterbahnhof hat seine Funktion als Verlade- und Transportstation im Zuge stadtökonomischer Umstrukturierung und Deindustrialisierung eingebüßt. Der ehemalige Bezugsrahmen hat seine Geltung verloren, einer neuer noch keine festen Umrisse gewonnen. Die Funktion des derzeit brachliegenden Geländes soll nun neu definiert werden.

Daß es sich bei diesem Projekt nicht nur um eine Ergänzung des Frankfurter Kulturangebots handelt, sondern UECs für die Durchsetzung neuer städtischer Modelle stehen, damit beschäftigt sich der folgende Beitrag. Anhand der Konzeption des UEC am Frankfurter Güterbahnhof läßt sich verdeutlichen, wie En-

gagement und Zielvorstellungen unterschiedlicher Akteurinnen – hier Bahn AG, Stadtpolitik, Stella AG – konstitutiv ineinandergreifen. Dabei wird sich zeigen, daß sich die Umgestaltung des Güterbahnhofsgeländes in einen Unterhaltungskomplex nicht nur anhand klassischer ökonomischer Aspekte verstehen lässt, sondern auch als Terrain »symbolischer Ökonomie« anzusehen ist: Raum- und Symbolproduktion werden eingesetzt, die durch die Konstruktion von Identifikationen und Identitäten den Erfolg des Unternehmens sichern. Kultur, Fun, Event sind Symbole, mit denen UECs arbeiten.

Die Stadt

»Mit einem innerstädtischen Erlebniszentrum mit Musicaltheater positioniert sich Frankfurt in einem strategisch wichtigen Entwicklungsbereich«

Petra Roth

Frankfurt wurde in den letzten Jahrzehnten zur internationalen Dienstleistungsmetropole ausgebaut. Mit der verstärkten Ausrichtung an einer Headquarter Economy, von Banken, Versicherungen und multinationalen Konzernen, wuchsen sozialräumliche Widersprüche zwischen der traditionellen fordistischen Mittelschicht einerseits und der neuen Klasse städtischer Professioneller andererseits. In der Ära Walter Wallmanns schien es zu gelingen, stadtpolitisch einen Kompromiß zwischen diesen verschiedenen städtischen Fraktionen herzustellen. In der baulichen Umwelt sichtbar ist dieser Kompromiss besonders in den Großprojekten dieser Zeit: der Römerberg-Bebauung, dem Wiederaufbau der Alten Oper und der Errichtung der Museumslandschaft. Diese Projekte bedienten sowohl das kleinbürgerlich-provinzielle Milieu als auch die neue städtische Dienstleistungsklasse.

Diese Rolle der *gemeinwohlorientierten Stadt*, während der Wallmann-Zeit noch teilweise konservativ gewendet aus dem Fordismus übernommen, ist inzwischen dem Modell *Unternehmen Stadt* gewichen. So versucht sich die *Frankfurt GmbH* im Standort-Wettbewerb der europäischen Metropolen um Investitionen und Niederlassungen und als Wohnort städtischer Professioneller zu »positionieren«.

Hierfür nutzt die Stadt vielfältige Möglichkeiten, in die bauliche Umwelt einzugreifen. Sie tritt jedoch nicht mehr, wie unter Wallmann, als Bauherrin oder Auftraggeberin auf, sondern zieht sich auf Ermöglichung und Lenkung der Investitionen zurück. Dies jedoch mit klarem Ziel: die Stellung zu sichern, die die Finanz- und Dienstleistungsmetropole Frankfurt in der internationalen Ökonomie einnimmt.

So widmet die Stadt Industrieflächen in solche für Büroraum um. Mittels Planungsrecht schuf sie die Möglichkeit, die Produktionsstätten der Adlerwerke im Gallus in einen postmodernen Bürokomplex umzuwandeln, in dem sich Marketingagenturen und weitere Dienstleisterinnen der Headquarter Economy niedergelassen haben. Die Stadt setzt ihre eigenen Bebauungspläne außer Kraft, damit im Bahnhofsviertel die Hochhäuser der Dresdner Bank und der Phillip-Holzmann-AG entstehen können. Sie bringt Grundstücke in Public-Private-Partnerships – wie etwa bei der »Entwicklung« des Westhafen-Areals – ein, um dort Wohnungen für gehobene Ansprüche mit Yachthafen vor der Haustür zu bauen.

Auf dem Güterbahnhofsgelände hat die Stadt per Planungsrecht den der Messe zugewandten Teil als Messe-Erweiterungsgebiet ausgewiesen, eine Quasi-Subventionierung zum »Erhalt und der weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Messe Frankfurt GmbH«[1].

Neben der räumlichen Ausdehnung der Headquarter Economy und dem Ausbau von Wohnraum für die dort Beschäftigten versucht die Stadt zunehmend, die symbolische Ökonomie zu managen, wie sich bei der Umgestaltung des Güterbahnhof-Areals zeigt. Es wird verstärkt auf Freizeit- und Unterhaltungsindustrie als profitträchtige Branchen gesetzt: Im der City zugewandten Teil soll das Urban Entertainment Center der Pflock sein, der den neuen Claim der City 2 absteckt.

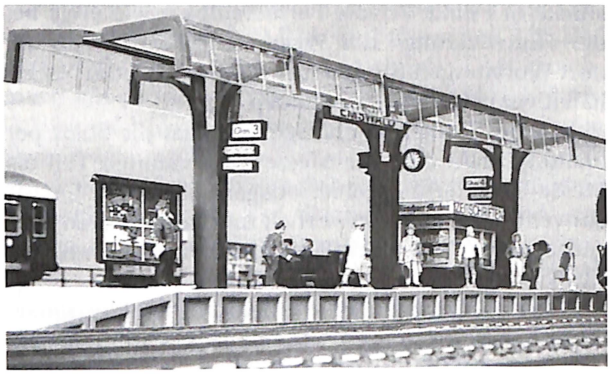
Die Bahn AG

»Gerade in Deutschland bildet die Eisenbahn den Motor der Stadtentwicklung«

Heinz Dürr

Das Güterbahnhof-Areal galt schon in den Achtzigern, nachdem die (damalige) Bundesbahn die Auslagerung des Güterbahnhofs ›auf die grüne Wiese‹ nach Raunheim bekannt gegeben hatte, als Nukleus einer zukünftigen ›City 2‹. Ein enormes innenstadt-, messe-, bahnhofs- und autobahnnahes Gelände wartete auf Erschließung. Auf der Architekturbiennale in Venedig 1996 präsentierte das von der Bahn AG beauftragte Architektenbüro Gerken, Marg und Partner (GMP) neben den Projekten Bahnhof 21[2] Pläne für die Bebauung des Güterbahnhof-Areals mit Büro- und Wohnraum für den ›gehobenen Bedarf‹, deren Aktualisierung sich derzeit mit dem neuen Projekt des UEC vollzieht.

In dieser Ausstellung unter dem Titel ›Renaissance der Bahnhöfe‹ stellte sich die Bahn AG auch als größte Besitzerin von innenstadtnahen Liegenschaften vor. Insgesamt 2.700 Grundstücke im Wert von 13,4 Mrd. DM sollen von der Bahntochter EIM bundesweit ›entwickelt‹ und vermarktet werden. Damit ist die Bahn AG als Anbieterin zentrale Akteurin bei der überlokalen Regulierung des Grundstücksmarkts der Großstädte. Auf der Nachfrageseite stehen Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne, für die Anlagen in Grund und Boden neben Aktien, Unternehmensbeteiligungen etc. Teil ihrer Gesamtanlagen geworden sind. Durch diesen Charakter als Kapitalanlagen sind innenstadtnahe Grundstücke und Immobilien »unmittelbar der Herrschaft des Tauschwertes unterworfen« (Lefèbvre 1977:52). Dies bedeutet, daß auf diesen Grundstücken entstehende (Wohn-, Geschäfts-, Büro-) Bauten in erster Linie als »gebaute Renditeerwartungen« (Krätke 1995) anzusehen sind und keinen Bezug zur lokalen Bedarfslage aufweisen. Auf dem Güterbahnhofsgelände ist neben dem UEC und der Messeerweiterung der Bau weiterer Bürohochhäuser (trotz eines Leerstandes von ca. 800.000 qm Büro-



fläche) und Luxuswohnungen absehbar. Damit wird von der City 2 eine Sogwirkung auf das benachbarte Gallus ausgehen: die dortigen Mietpreise werden steigen, Wohnungen werden luxussaniert werden, Leute mit wenig oder ohne Einkommen strukturell verdrängt.

Sei Dein Star - UECs und »symbolische Ökonomie«

»We develop dreams. We build realities.«
Marbensa Group

Für die Entwicklung des UEC wurde die Stella AG, international operierender Gigant in den Bereichen Freizeit, Unterhaltung und Erlebnis, beauftragt. Kernelemente des geplanten UEC sind ein Musical-Theater mit ca. 2.000 Plätzen und ein moderner Kino-Komplex, daneben soll die Angebotspalette Gastronomie, Hotellerie, Shopping, Wellness usw. enthalten. Die konkrete Zusammenstellung einzelner Marktelemente unter dem gemeinsamen Dach eines UEC steht für die generelle Stoßrichtung der Vermarktungsstrategie: »Die Grundphilosophie von Urban Entertainment Center besteht in der Übertragung des Shopping-Center-Gedankens auf den unterhaltungsorientierten Freizeitbereich«[3]. Freizeit-, Handels- und Dienstleistungsnutzungen werden kombiniert und sollen in Form eines kulturellen Erlebnis- und Einkaufszentrums eine einheitliche Gesamtkonzeption darstellen. Sie genießen im Gegensatz zu in der Stadt verstreuten Geschäften und Dienstleistungsunternehmen Wettbewerbsvorteile, da sie eine vielfältige und durchmischte Angebotsstruktur aufweisen: Das kleine Schwarze kann noch eben passend zum Musicalbesuch erworben werden, und wem das zu teuer ist, der kann ein paar Runden in der Spielothek flippern und sich anschließend nebenan einen Hamburger einfahren. UECs basieren auf Angeboten mit Erlebnis-Funktion. Als sogenannte »Ankermieter« gelten insbesondere Multiplex-Kinos, Musicaltheater, Großdiskotheken, überdachte Vergnügungsparks (Indoor-Funparks) oder Familiy-Entertainment-Center, wodurch Anreize für solche Investorinnen geschaffen werden, die für eine ergänzende Angebotsstruktur sorgen sollen. Die Macherinnen von UECs setzen zudem auf die weitere Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten – der Rubel soll möglichst rund um die Uhr rollen. Grundsätzlich sollen UECs ein Profil aufweisen, das standardisiert und damit austauschbar ist, zugleich aber Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit – etwa durch ein »Oberthema«[4] – suggeriert.

Bezüglich ihrer Zielgruppenpolitik fährt das UEC-Konzept eine »Catch-them-all«-Strategie – das »all« umfaßt zumindest all diejenigen mit gefülltem Portemonnaie. Ein breites Spektrum von Kundinnengruppen soll abgedeckt werden: Neben Exklusivläden und Feinschmeckerinnenrestaurants finden sich Buchläden, Spielotheken und Currywurst-Stände. Die Angebotspalette wird preislich gestaffelt, wie im Musical-Theater selbst, wo sowohl Logen- und Parkettplätze als auch Sperrsitze vermietet werden. Manche zahlen mehr, manche weniger. Wichtig ist, daß sie überhaupt zahlen.

Der Einsatz identitätsstiftender Inszenierungen ist ein wesentliches Moment bei der Herstellung von Akzeptabilitätsbedingungen für das Konzept UEC. Vergnügungsversprechungen aller Art sollen eine positive Bezugnahme einzelner und damit die Mobilisierung breiter Zustimmung gewährleisten. Für die einen wird es Bestandteil unternehmerischen Lebensstils, der die Geschäftbeziehungen unterhaltend unterstützt, die anderen erleben es als Kitzel des Neuen und der Aufregung, der den Alltag eben Alltag sein läßt. Die meisten haben auf jeden Fall ihren Spaß; und wir Frankfurterinnen endlich auch unser Musical.[5]

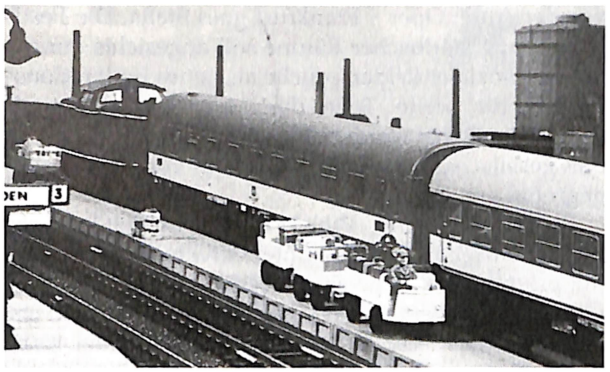
Neben dem Eventcharakter zielen UECs auf die Inszenierung eines »geschützten«, homogenen Raums. Eine heile Welt ohne schlechtes Wetter, Armut und ohne jede Mißliebigkeiten wird inszeniert. Rosa-rot, glatt und sauber – in UECs gleitet man von Fun zu Fun. In einem derart perfekt durchgestylten Arrangement läßt es sich sorgenfrei genießen; von wegen die guten alten Tage; es ist die Zukunft, in der alles in Ordnung sein wird.

Qualitativ neu ist am Modell UEC aber nicht unbedingt die komplexe Vernetzung von Freizeit-, Handels- und Dienstleistungsangeboten unter Berücksichtigung unterschiedlicher Kundinneninteressen. Neu sind vielmehr die eingesetzten Mittel der Unterneh-

Hessen
soll
wärmer
und
weiblicher
werden!

GRÖSSENWAHN
FRANKFURT

Täglich bis eins oder zwei



menspolitik und deren Effekte. In der inszenierten »clean&funny-world« sind nämlich nicht »alle« erwünscht; und alle Erwünschten wiederum sollen nicht alles machen dürfen. In UECs wird sozial-räumlich eine drei-Klassen-Ordnung etabliert; hierarchisch gegliederte und jeweils in sich homogene Cluster werden ausgebildet. Die gezielte Plazierung von Luxusgeschäften, Boutiquen, Schönheitssalons etc. setzt einen spezifischen Habitus und Lebensstil voraus, um diese Läden überhaupt zu betreten, d.h. Eintrittsschwellen werden errichtet. Die sogenannte »symbolische Ökonomie« wird hier in ihrer Wirkmächtigkeit sichtbar: Sie ist in Anlehnung an Zukin (1995) zu verstehen als eine kulturelle Herrschaftstechnik, die über die diskursive Besetzung sozialer Räume operiert. Das »Sie müssen leider draussen bleiben« wird dabei nicht unmittelbar ausgesprochen, sondern über bestimmte Bilder, Zeichen und architektonischer Finessen ausgedrückt. Bei erfolgreichem Einsatz wirkt die symbolische Codierung gesellschaftlicher Räume als Regulationsmodus, der sich in den Alltagspraktiken sozialer Akteurinnen als akzeptierte Handlungsanweisung niederschlägt. Der geforderte Verhaltenskodex in UECs soll von den Kundinnen wie selbstverständlich umgesetzt werden.

Die räumliche Hierarchisierung erfolgt dabei nicht unmittelbar und geschlossen. Vielmehr wird eine Atmosphäre des Nebeneinanders gesellschaftlich unterschiedlich positionierter Kundinnengruppen produziert, die Subalternen das Aufstiegsversprechen als einlösbar erscheinen läßt. Gezielt eingesetzte Architektur und Ästhetik und die Konstruktion bestimmter Lebensstile machen das direkte Aussprechen von Verboten überflüssig. Ein Blick in die Schaufenster von Delikatessenläden und exklusiven Boutiquen läßt eben alle teilhaben am Wohlstand der Eliten. Man ist nahe dran, an den Kaviarschnittchen und den gefüllten Weinbergschnecken; und dabei ist doch immer schon klar, daß Abstände Abstände bleiben. Vom elaborierten Sprachcode der Kellnerin im Feinschmeckerinnenlokal abgeschreckt, bevorzugt die Mittelschicht dann doch die bürgerliche Stube und trinkt Henninger Pils: Eigentlich wollte man eh´ »nur mal gucken«, man weiß schließlich um die eigene Rolle der Nur-Beobachterin. Wer angemessenes Verhalten vermissen läßt, wird »sicherheitshalber« an die Regeln erinnert. Private Sicherheitsdienste sind konstitutiver Bestandteil von UECs, da sie die vorgeschriebene Raumorganisation – allein durch ihre Anwesenheit – garantieren und bei den Kundinnen in Erinnerung halten sollen.

Alle, die so gar nicht in die schöne neue Welt ausgelassenen Konsums passen und das Bild ungetrübten Wohlstands beeinträchtigen könnten, sollen überhaupt keinen Platz in UECs finden. Als Obdachlose oder Junkies Stigmatisierte oder diejenigen, die die strikten Regeln des Hausrechts in Frage stellen und »unkontrollierte« Situationen schaffen könnten, wird der Zutritt verwehrt. Sie werden teilweise einer rigiden Vertreibungs- und Kriminalisierungspolitik[6] ausgesetzt, wie sie sowohl auf dem DB Areal als auch in der Frankfurter Innenstadt bereits gängige Praxis ist. Punktuelle gewaltsame Vertreibungsaktionen sichern einerseits die perfekte Inszenierung und rufen andererseits die herrschenden Normalitätsstandards in Erinnerung.[7]

Festivalisierung der Stadt

»Das Spektakel ist nicht ein Ganzes von Bildern, sondern ein durch Bilder vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen«

Guy Debord

UECs zeichnen sich demnach durch eine spezifische symbolische Ökonomie aus: Sie verwenden Identitätskonstruktionen, die mit dem Label Erlebnis und Spek-

weiter auf Seite 40

Ich glaub's nicht

Darmstadt

Sie nennen sich Sicherheitspartner und werden bald in Darmstadt zum gewohnten Straßenbild gehören. Fünf junge Leute sollen als Präventionsteam im Auftrag des Ordnungsamtes durch die Innenstadt radeln und für mehr Sicherheit sorgen. Das ist bislang einmalig in Deutschland.

Sehen Sie, mir kann man viel erzählen, aber das nicht: *einmalig in D.* Nee, schon weil jeder halbwegs taffe Kreisstadtbürgermeister aus Ordnung + Prävention einen *Sicherheitspartner* gebiert, aber jeder. Glauben Sie nicht? Könnte auch *Sicherheitsservice- und Frühwarntruppe* heraus kommen ? Möglich. – Aber nie, hören Sie, nie, wird der Hinweis fehlen auf *die rapide gewachsene Drogens.* und deren *Beschaffungsk.*, auf *immer häufiger und unverschämter*, nie! Sicher doch, ethnisch zuordnebar.

Da fehlt was? Stimmt, jeder *Ordnungsamtsleiter* weiß, wie heutzutage zwei Fliegen geschlagen werden. Mit *einer Klappe*! *Geben* und *erhöhen*. Den *arbeitslosen jungen Menschen* geben wir statt Sozialhilfe *eine Chance* und mit der ganzen *Aktion* erhöhen wir die *Dingsda der Bürger*. Die subjektive? Nein, diesmal nur die Dingsda. Der Rest ist ein *Pilotprojekt, vorerst befristet, keine polizeilichen Aufgaben*, aber *eng mit*, und *einheitliche Anzüge*.

Jetzt frage ich Sie nochmal: Was fällt Ihnen ein, wenn Sie *Sicherheit, arbeitslose junge M.* und *sinnvolle Aufgabe* hören? Na, bitte, Sie sind einmalig.* ***txt***

*Mit freundlicher Unterstützung der *Frankfurter Rundschau* vom 31. Januar 1998

takel gekoppelt sind. Unterhaltung wird zum unternehmerischen Zauberwort, da es positiv in die unterschiedlichen Bedingungen von Lebenspraktiken integrierbar ist. Das Konzept UEC orientiert sich zwar am Yuppie-Modell und setzt dieses damit als »Standard«. Gleichzeitig ist es allerdings offen für gesellschaftlich anders positionierte Kundinnengruppen.

Durch sozial-räumliche Bauweise hindurch wirkt symbolische Ökonomie als Platzanweiserin gesellschaftlicher Positionen; Stadt- und Raumplanung sind niemals neutral, sondern regulieren durch Form und Gestalt gesellschaftliche Verhältnisse. Die räumliche Ausgestaltung der UECs geht einher mit der Repräsentation bestimmter Lebensstile und stellt symbolisch die entsprechenden Identitätsvorlagen bereit. Ungleiche soziale Verhältnisse werden dadurch bestätigt und reproduziert. Neu innerhalb des UEC-Konzepts ist die Produktion räumlicher Segmente, die in sich durch die Herstellung von Schwellen mit Ausschlusseffekten homogenisiert sind. Sie werden hierarchisch geordnet und klassifiziert, Wege und Bewegungen »gesteuert«, Normalitäten sowie Abweichendes bestimmt. Die Schuster werden als solche definiert, definieren sich selbst und bleiben dann jeweils bei ihren Leisten. Die Macht des Zeichens strukturiert wesentlich gesellschaftliche Verhältnisse.

In UECs werden (zumindest) drei Gruppierungen distinktiv bestimmt: Besonders gewünschte Kundinnen (Eliten, gehobene Dienstleistungsschicht), gewünschte Kundinnen (Mittelstand, Fußvolk) und Nicht-Kundinnen (gesellschaftlich Ausgegrenzte). Das Verhältnis Kundin und Nicht-Kundin wird zudem gleichgesetzt mit Normalität und Devianz. Wer in den Städten der neunziger Jahre kein Geld hat, ist potentiell kriminell.

Finale

Die Planungen am Güterbahnhof sind kein Einzelphänomen. Snowboarden und Beachvolleyball auf der Konstablerwache, fünf neue Kinocenter bis zum Jahre 2000, ein mittelalterlicher Trödelmarkt auf der Zeil, jedes Sommerwochenende ein anderer Yuppie-Event vor der Alten Oper – Frankfurt goes Stella. Die Festivalisierung städtischer Räume soll angesichts zunehmender sozialer Widersprüche als neues Integrationsmodell für weite Teile der Mehrheitsgesellschaft fungieren. Dabei werden Räume sozial so konzipiert, daß gesellschaftlich Deklassierte von vornherein ausgegrenzt sein werden.

Spezifisch am UEC-Projekt ist, daß am Reißbrett ein innerstädtisches Quartier unter direkten Einflußnahme privatwirtschaftlicher Interessen entworfen wird, in dem ausschließlich Unterhaltungsindustrie und gehobene Dienstleistungsfunktionen vorgesehen sind. Zur Sicherung des Warenabsatzes sollen homogenisierte, hierarchisch geordnete Kleinstadt-Idyllen ohne Schmutz und Elend inszeniert werden, die durch hohe Konformitätsnorm gekennzeichnet sind. Inwieweit ein derartiges Szenario durchsetzungsfähig und verallgemeinerbar ist, bleibt abzuwarten. Elemente davon, wie Techniken der Raumorganisation und sozialer Grenzziehungen, ebenso wie darin vermittelte Bilder eines (städtischen) Lebensstils, könnten allerdings Vorbildcharakter für die ganze postfordistische Stadt haben.

WobiG

1 > Aus der Absichtserklärung der Stadt Frankfurt am Main, der Stella AG und der Eisenbahnimmobilien Management GmbH vom 26.11.97

2 > siehe Artikel »bahn exclusiv: ausschluß inklusive«

3 > Dieses und alle weiteren Zitaten in diesem Abschnitt sind entnommen aus: *Immobilien Manager* 6/97

4 > Auf dem ehemaligen Werft-Gelände der Weser AG in Bremen ist beispielsweise ein Space-Park geplant, mit Space Camp, Special-Space Kino und Space-Shuttle.

5 > Der Erlebnisrausch wird selbst Teil des Personalmanagmentkonzepts. Im CentrO Oberhausen wurden Verkäuferinnen in Entertainerinnen-Kurse geschickt. Die Angestellten werden somit in die Inszenierungen integriert (am Tablett oder auf der Bühne – jeder ist ein Entertainer). Gleichzeitig sollen derartige »Qualifikationen« die Identifikation der Angestellten mit dem Unternehmen erhöhen, sei das Arbeitsverhältnis auch noch so prekär. Die »Entertainment-Taktik« läßt sich auch als Versuch deuten, Hierarchisierungen innerhalb der Unternehmensstruktur zu de-thematisieren.

6 > Daß insbesondere Migrantinnen kriminalisiert werden, verdeutlicht, daß nicht nur die Achse Lohn – Kapital, sondern auch rassistische Elemente bei Exklusionsmechanismen von Bedeutung sind.

7 > Der Artikel »bahn exclusiv: ausschluß inklusive« in diesem Heft diskutiert den Zusammenhang von Sicherheitsdiensten und Vermarktung.

Literatur:

Stefan Krätke (1995): Stadt, Raum, Ökonomie. Basel/Boston/ Berlin

Henri Lefèbvre (1977): Die Produktion des städtischen Raums. In: Arch+ 34

Peter Lieser/ Roger Keil (1988): Zitadelle und Ghetto: Modell Weltstadt. Aus dem Buch: Das Neue Frankfurt. Ffm.

Sharon Zukin (1995): The Cultures of the City. Cambridge/ Oxford

Bücher übers Internet?

www.freiheitsplatz.de

Buch laden am Freiheits platz

Inhaber: Dieter Dausien

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel. (0 61 81) 2 81 80
Fax (0 61 81) 25 79 25

e-Mail: buchladen@freiheitsplatz.de

Internet: http://www.freiheitsplatz.de

kein mensch ist illegal!

Nach der faktischen Abschaffung des Asylgesetzes im Sommer 1993 war aus staatlicher Perspektive das Wesentliche zur Abschottung der deutschen Grenzen getan. Seitdem haben sich die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in der Bundesrepublik nach und nach immer weiter verschlechtert. So droht Flüchtlingen, die aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können – also nur »geduldet« sind – mittlerweile der Entzug von Sozialhilfe und der damit verbundenen Krankenversicherung.

Da die Aussichten, hier als legaler Flüchtling anerkannt zu werden, zunehmend gegen Null tendieren, werden immer mehr Menschen in die Illegalität gedrängt; sei es, weil sie die »falschen« Fluchtgründe und Herkunftsländer haben oder die falschen Fluchtwege (über »sichere Drittstaaten«) wählten.

Die bundesweite Kampagne »kein mensch ist illegal« wird in den kommenden Monaten solche staatlich-institutionellen Formen rassistischer Ausgrenzung thematisieren und bekämpfen. Aus dem breiten Bündnis stellen wir mit den beiden folgenden Beiträgen zwei Gruppen vor, die »Initiative gegen Abschiebung« aus Frankfurt/M. und die internationale KünstlerInnengruppe [cross the border].

(Red.)

» ... Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.

Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.«

aus dem Aufruf *kein mensch ist illegal*

Die Initiative *kein mensch ist illegal* stellte sich auf der Dokumenta X im Sommer 1997 der Öffentlichkeit vor. Getragen wird sie von einem breiten Spektrum antirassistisch arbeitender Gruppen – von autonomen bis zu gewerkschaftlichen und kirchlichen UnterstützerInnen, von MigrantInnengruppen und Projekten aus der Kunst- und Kulturszene. Den in der *Frankfurter Rundschau* und in der *taz*-Beilage im Dezember 1997 erschienenen Aufruf der Initiative haben bis heute ca. 300 Organisationen und mehr als 2000 Einzelpersonen unterzeichnet.

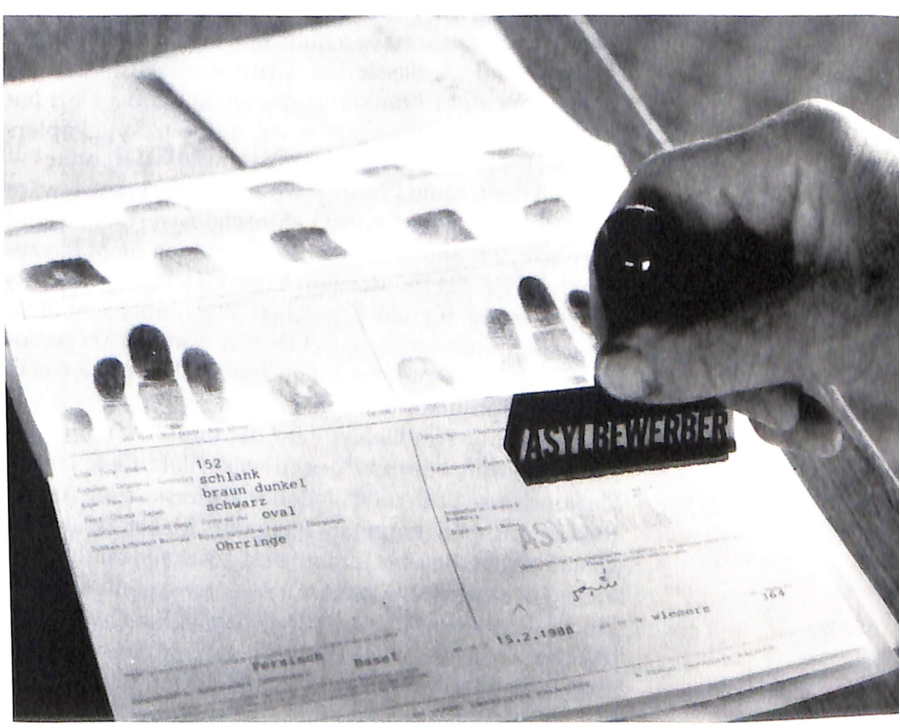
Mit der Initiative soll ein Gegengewicht geschaffen werden zu Rassismus und populistischer Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge in Medien und Politik. Auch vor dem Hintergrund des Bundestagswahlkampfes, in dem mit den Parolen »Mehr Innere Sicherheit« und »Arbeit für Deutsche« auf Stimmenfang gegangen wird, will die Initiative breitere Bündnisse gegen Rassismus etablieren, die Ursachen und Gründe für Flucht und Migration aufzeigen und in den Diskurs um »Illegalität« eingreifen. Doch auch über die Wahl im September hinaus soll der antirassistischen Arbeit der einzelnen Gruppen inhaltlich und politisch mehr Gewicht verliehen werden.

Ein zentraler Punkt des Aufrufs ist die Aufforderung zu konkreter Unterstützung Illegalisierter.

»Illegal« zu sein, ist keine dem Mensch anhaftende Eigenschaft, sondern wird mittels staalicher Praktiken produziert: durch Abschottung von Grenzen und systematische Verschärfung von Einreise- und Aufenthaltsbedingungen. So ist es mittlerweile nahezu unmöglich, auf legalem Wege nach Europa und insbesondere in die BRD zu kommen. Grenzen trennen nicht nur Territorien. Illegalisierung schafft Grenzen in allen Alltagssituationen, überall dort »wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden«.

Legalisierung?

Innerhalb des *kein mensch ist illegal*-Bündnisses gibt es Bestrebungen, bereits jetzt vom Staat die Aufhebung des Illegalen-Status für alle »ohne Papiere« zu fordern: Eine solche Legalisierung wäre in der Form denkbar, daß alle, die sich in einem bestimmten Zeitraum offiziell melden, unabhängig von Aufenthaltsdauer und



Herkunftsbedingungen Papiere und Aufenthaltsrechte bekommen. Natürlich greift die Legalisierungsforderung als realistische Teillösung nicht die systematische Produktion von Illegalität an, würde aber hier und jetzt die Situation der Illegalisierten verbessern.

Ein Blick auf die Bewegung der Sans Papiers zeigt, daß eine Legalisierungsforderung auch Gefahren birgt: Dort kämpfen seit etwa eineinhalb Jahren Illegalisierte unerbittlich für ihre Aufenthaltsrechte. Nach einer »Legalisierungsofferte« der Regierung erhielten von 150.000 Sans Papiers, die einen Legalisierungsantrag gestellt hatten, nur 60.000 eine »carte de sejours« für ein einjähriges Aufenthaltsrecht, 30.000 wurden bisher abgelehnt. Mit dem Datenmaterial der Legalisierungsanträge steht nun aber den staatlichen Behörden ein gefährliches Instrument zur reibungsloseren Abschiebung der abgelehnten BewerberInnen zur Verfügung.

Die konkrete Konsequenz aus der Kritik an globalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen ist die radikale Forderung nach offenen Grenzen (und der Aufhebung der Nationalstaaten). Diese Forderung ist jedoch wegen der Breite des Bündnisses nicht konsensfähig und deshalb als Parole für die Initiative nicht geeignet.

Die Entrechtung Illegalisierter schafft einen Markt extrem ausbeutbarer Arbeitskräfte, Dumping-Löhne drücken auf den legalen Markt. Der Konkurrenzkampf verschiedener Anbieter der Ware Arbeitskraft wird genutzt, um den Abbau sozialer Standards weiter voranzutreiben. Um dieser Konkurrenz entgegenzuwirken, wird in der Initiative diskutiert, inwieweit ein breiter Zusammenschluß mit anderen marginalisierten und deklassierten Gruppen realisierbar ist. Auch hier steht Frankreich gedanklich Pate: Dort hat sich die Arbeitslosenbewegung mit den Sans Papiers solidarisiert. Einen Zusammenschluß »der ohne« – ohne Arbeit, ohne Wohnsitz, ohne Papiere, etc. – wäre sicherlich auch in der BRD wünschenswert, doch sind hier zur Zeit ähnlich starke Bewegungen nicht auszumachen. Ob die bundesdeutschen Gewerkschaften als Partnerinnen für einen solchen Zusammenschluß in Frage kommen, wird u.a davon abhängen, ob nationalchauvinistische Positionen innerhalb der Gewerkschaften dominant werden.

Im Rhein-Main-Gebiet wird die Initiative vor allem vom »Aktionsbündnis gegen Abschiebung«, einem Zusammenschluß verschiedener antirassistisch arbeitender Gruppen, getragen. Es fanden bisher zwei Veranstaltungsreihen im Januar und März '98 statt. Themenschwerpunkte waren hier u.a. Frauen auf der Flucht, Illegalisierung und die Lebenssituation Illegalisierter (z.B. im Hinblick auf Gesundheitsversorgung), Fluchthilfe und eine für Sommer '98 geplante MigrantInnenkarawane.

Illegalität und Gesundheit

Wichtig ist, daß Illegalisierte an der Gesetzeslage vorbei Zugang zur »Regelversorgung« bekommen und nicht mit einer »Hinterhofmedizin« sonderversorgt werden. Die UnterstützerInnengruppe *Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.* etwa, bietet heute, nach einer anderthalbjährigen Aufbauphase, die Möglichkeit, für die Betroffenen medizinische Versorgung durch niedergelassene ÄrztInnen verschiedener Fachrichtungen und auch Klinikaufenthalte zu organisieren.

Da, wo Unterstützungsprojekte originär sozialstaatliche Aufgaben übernehmen, stellt sich die Frage, inwieweit eine Vereinnahmung durch den Staat stattfindet, inwieweit also gesetzlich produzierte Lücken gefüllt und dadurch staatliche Institutionen entlastet werden. Aber auch die Inpflichtnahme anderer offizieller Stellen wie z.B. der Gesundheitsämter, würde Gefahr laufen, die ungleiche medizinische Versorgung festzuschreiben. Nach den bisherigen Erfahrungen aus Bochum und ähnlichen Projekten vermindert der öffentliche und politisch offensive Umgang mit dieser konkreten Unterstützungsarbeit die Möglichkeit der staatlichen Vereinnahmung und stellt auch einen gewissen Schutz für die Arbeit dar.

Frauen, Flucht und Migration

Flucht kann aus verschiedenen Gründen für Frauen etwas komplett anderes bedeuten als für Männer. Zwar machen Frauen einen großen Teil der weltweit sich auf der Flucht befindenden Menschen aus, doch ist es nur einem geringen Teil der Frauen möglich, in die BRD zu gelangen. Die Gründe dafür liegen zum einen häufig in den kulturellen und familiären Lebensbedingungen der Frauen in ihren Herkunftsländern – so stehen die für die Flucht notwendigen Ressourcen (Geld, Bildung, etc.) eher den männlichen Familienmitgliedern zur Verfügung – zum anderen in den »Zielländern«, die frauenspezifische Fluchtgründe nicht anerkennen und den Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht verweigern.

Die Flucht- und Migrationsgründe für Frauen sind vielfältig: Frauen fliehen um ihrer Kinder willen, aus Verantwortung für das ökonomische Überleben ihrer Familien, vor Verfolgung aufgrund von Verstößen oder Widerstand gegen frauenfeindliche Traditionen, wegen Verwandtschaft oder Ehe mit verfolgten Personen etc. Auch die Bedingungen auf der Flucht selbst stellen sich für Frauen anders dar als für Männer. Oftmals haben sie ihre Kinder dabei, werden dadurch unbeweglicher und sind stärker gefährdet, entdeckt zu werden und sind sexuellen Übergriffen von Soldaten, Sicherheitskräften und vermeintlichen Helfern ausgeliefert.

Doch ist es nach den Erfahrungen der *agisra* (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexistische und rassistische Ausbeutung) nicht immer eine Flucht im klassischen Sinne, die Frauen nach Europa bringt. Frauen werden auch zur Migration überredet, indem ihnen z.B. neue Chancen und große Verdienstmöglichkeiten zur Unterstützung ihrer Familien vorge-

täuscht werden. Hier angekommen, befinden sie sich oft in der Zwangslage, das Geld für die »Vermittlung« und für das Leben unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Privathaushalten, Prostitution oder anderen Arbeitsbereichen ohne Rechte und Schutz aufbringen zu müssen.

Fluchthilfe und Hetze gegen »Schlepper«

Die Kriminalisierung von Fluchthilfe tritt besonders plastisch bei den ostdeutschen Prozessen gegen TaxifahrerInnen zutage. Diese werden vom Bundesgrenzschutz (BGS) aufgefordert, in Grenznähe »ausländisch« aussehende Fahrgäste über einen Funkcode beim BGS zu melden. Bei Unterlassung drohen ihnen Anzeigen wegen »Schleuserei«, die in einigen Fällen schon zu Haftstrafen geführt haben, weitere Verfahren stehen aus. Die Kriminalisierung und Einschüchterung der TaxifahrerInnen scheint zu fruchten: In vielen grenznahen Städten ist es nicht-deutsch aussehenden Menschen bereits nicht mehr möglich, Taxi zu fahren.

Auch die Bevölkerung wird zur »Mithilfe« aufgerufen, offensichtlich erfolgreich. Denn laut Statistik des BGS, der in Grenznähe sogenannte Bürgertelefone für »Hinweise« eingerichtet hat, finden 60–80 % der »Aufgriffe« durch Denunziation statt.

In der Rede von »Schleppern« und »Schleusern« wird die Hilfe bei der Einreise in die »Festung Europa« mit dem Diskurs um Organisierte Kriminalität verwoben. Flüchtlinge selbst tauchen im Bild der »Schlepperei« nur als Objekte auf. Fluchtgründe oder Motivationen für Migration spielen dabei keine Rolle. Das Bild der »skrupellosen Schlepperbanden« liefert die Möglichkeit, mit der Hetze gegen diese »organisiert-kriminellen Täter« dort Fluchthilfe zu diffamieren, wo die »Bedrohung durch illegal Eingereiste« noch im Widerspruch zur medialen Darstellung von Hungernden oder Bürgerkriegsflüchtlingen steht.

Während Fluchthilfe aus humanitären Beweggründen zwar ebenfalls kriminalisiert, jedoch weniger öffentlich diskreditiert wird, stellt die Rede vom »Geschäft mit dem Elend« eine Falle: Kommerzielle Fluchthilfe scheint auch in der »moralisch sauberen« Linken tabuisiert zu sein. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Notlage Fliehender zum Teil auch rücksichtslos ausgenutzt wird. Doch gilt es zu betonen, daß die ökonomischen Gesetze dieses Schwarzmarktes von dem Grad der Grenzsicherung, also von der Notwendigkeit der Hilfe zur Einreise abhängen.

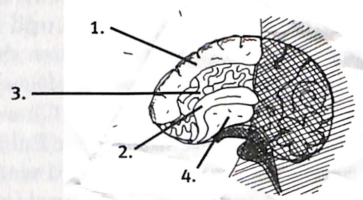
Für einen heißen antirassistischen Sommer!

Neben den Veranstaltungen und Aktivitäten, die unter dem Logo *kein mensch ist illegal* in den verschiedenen Städten stattfinden, sind für den Sommer bundesweite Aktionen geplant. Zu überregionalen Höhepunkten dieses »heißen antirassistischen Sommers« gehören die beiden Grenzcamps im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck: für die Zeit vom 3. – 7. Juli 1998 ist ein Frauen/Lesben-Camp geplant, zwischen dem 26. Juli und 2. August soll ein gemischtes Camp stattfinden. Ziel der Camps ist es, mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen und mit phantasievollen Interventionen den Ablauf der Grenzsicherung zu stören und die deutschen GrenzlandbewohnerInnen in ihrem rassistischen Konsens zu irritieren. Daneben soll ein Kulturprogramm mit Parties (z.B. Radical Rave aus Berlin) und Konzerten auch BesucherInnen aus den polnischen und tschechischen Grenzgebieten anziehen.

Karawane

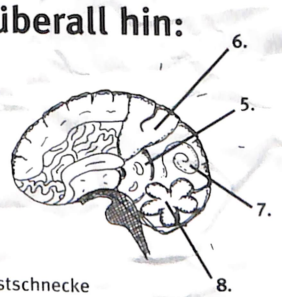
Parallel zur *kein mensch ist illegal*-Kampagne, die vor allem im UnterstützerInnenspektrum verankert ist, haben auch MigrantInnen und Flüchtlinge ein Bündnis gegründet, das für August/September 1998 eine Karawane durch die Bundesrepublik plant. Damit soll eine Verbindung geschaffen werden zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen, AntirassistInnen und Menschenrechtsgruppen. Die Karawane soll auf die Entrechtung von Flüchtlingen und MigrantInnen aufmerksam machen und den verschiedenen Gruppierungen innerhalb dieses Spektrums die Möglichkeit bieten, ihre Probleme öffentlich zu machen und aus der Anonymität herauszutreten.

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:



5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska
internationalistisch - feministisch - links - anders.
Probeheft bestellen: alaska, Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34
Heft 219: Provinz, Diaspora und Emigration
Heft 220: Globalisierung und (Re-)Maskulinisierung

Zu Fuß, mit dem Fahrrad und für größere Strecken auch mit dem Bus sollen in vierzig Tagen etwa dreißig Städte besucht werden, letzte Station wird Köln sein, voraussichtlich am 20. September 1998. Der Zeitraum wurde bewußt gewählt, um der befürchteten rassistischen Hetze im Bundeswahlkampf etwas entgegenzusetzen.

Die Karawane soll von den lokal arbeitenden Gruppen mit Veranstaltungen und Aktionen öffentlichkeitswirksam empfangen werden. Drei Stationen sind für die Zeit vom 6. bis 12. September auch im Rhein-Main-Gebiet geplant, es steht aber noch nicht fest, wie der »Empfang« der Karawane gestaltet werden soll.

Initiative gegen Abschiebung (IgA), Frankfurt am Main

Adressen & Termine

kein mensch ist illegal
c/o Forschungsstelle Flucht und Migration e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: (01 72) 891 08 25
Fax: (05 61) 71 34 58 (c/o BARI), e-mail: grenze@ibu.de

Die als Informations- und Diskussionsforum erscheinenden Rundbriefe von *kein mensch ist illegal* sind für 20,– über die AG3F (Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel./Fax: (061 81) 18 48 92, e-mail: AG3F@OLN.comlink.apc.org) abonnierbar.

Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.
Internationaler Menschenrechtsverein, Kornstr, 51, 28201 Bremen, 0421-557 70 93, Email: mail@humanrights.de .
Nächstes Karawane-Treffen für die Organisation von Aktionen im Rhein-Main-Gebiet: 22. 4. 98, 22 Uhr, Internationales Bürgerhaus, Lange Straße 29, Ffm.

[cross the border]

So hatte es sich Berlinale-Direktor Ulrich Gregor bestimmt nicht vorgestellt. Mit dem Slogan »Kein Mensch ist illegal«, Transparenten und Sprechchören versuchten knapp hundert Menschen die Preisverleihung der diesjährigen Berliner Filmfestspiele für ihren Protest zu nutzen. Sie hatten keine Chance: die Kameras der TV-Stationen drehten ab, die Polizei verbot den Megaphoneinsatz und anschließend war in den Medien kein Sterbenswörtchen zu vernehmen von einer Aktion, die gegen die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes gedacht war.

»Mehr Politik!« hatte Gregor den deutschen Filmemachern noch drei Tage zuvor zugerufen. Zu läppisch wirkten die Lichterketten-Spots der Komödianten-Riege um Doris Dörrie angesichts der aktuellen französischen Spiel- und Dokumentarfilmproduktion. Diese steht im Moment im Bann des Appell der 66 Cineasten, die vor genau einem Jahr mit ihrer Weigerung, das neue französische Ausländerrecht zu akzeptieren, über hunderttausend Menschen auf die Straße getrieben haben und damit sicher nicht unmaßgeblich zum Regierungswechsel beitrugen.

Kunst und Politik?

Und in Deutschland? Daß für weite Teile des Establishment die Koketterie mit dem rebellischen Pathos von »68« zum »kulturellen Kapital« gehört, ist nun wirklich nichts neues. Und eigentlich auch egal, denn aktuelle Fragen sind im Moment eher: Gibt es nach dem Showdown auf der *documenta X* nun einen Boom der Polit-Kunst oder zieht sich zumindest die Kunstkritik nach jahrelanger Erörterung von »Identitätspolitik« und »Interdisziplinarität« zyklisch ins Unpolitische zurück, wie es Isabelle Graw im Jahresrückblick von Spex prognostizierte? Zwingt die Übersättigung des Kunstmarktes mit Theorie und Symposien zu einer Renaissance des Pinselstriches oder sind es ausgerechnet die neuen Technologien, welche eine praktische Kritik der Systeme »Kunst« und »Politik«, produktive Konflikte und Verknüpfungen zwischen künftigen sozialen Bewegungen und einem neuen Typus von Künstlern und Intellektuellen ermöglichen?

Szenen wie die in Berlin sind in Frankreich seit zwei Jahren fester Programmpunkt jedes größeren kulturellen Ereignisses von Cannes bis Avignon. Am 20. März 1996 hatten dreihundert Schwarzafrikaner in Paris die Kirche Saint-Ambroise besetzt, um sich ihrer drohenden Abschiebung zu widersetzen. In wenigen Monaten weitete sich die Aktion landesweit aus zur Massenbewegung der »sans papiers«: Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere treten aus dem Schatten der Illegalität und fordern ihre Rechte ein. Ihr einziger Schutz vor dem staatlichen Repressionsapparat ist eine möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit.
Noch in der guten alten Tradition französischer Intellektueller stellten sich Filmemacher und Schauspielerinnen vor die rechtlosen Rebellen: sie boten ihre Vermittlungstätigkeit an, organisierten Demonstrationen, drehten Filme, formulierten Appelle. Allein: unter den UnterzeichnerInnen und Aktiven befanden sich nur ein paar der üblichen Verdächtigen, ansonsten aber eine Vielzahl von jungen FilmemacherInnen, die wenn überhaupt, dann keineswegs durch politisches Engagement aufgefallen waren.

»Einen Voltaire verhaftet man nicht« soll de Gaulle einmal über das Engagement Sartres im Algerienkrieg

fallen gelassen haben. Heute gibt es keinen Sartre, und auch keine Intellektuellen mehr, die in Gefahr stehen, verhaftet werden zu können. Das Modell »Engagement« hat offensichtlich ausgedient. Seit den frühen 80er Jahren haben sich die »Unberührbaren«, die seit Zolas »j'accuse« fast hundert Jahre lang ihren guten Namen in die Waagschale warfen, um der Sache der Unterdrückten Gehör zu verleihen, derart an die Macht angedient, daß sie ihren Ruf endgültig verspielt haben. Wenn heute KünstlerInnen und Intellektuelle politisch intervenieren, wird man die großen Namen vergeblich suchen und vor allem das »Im-Namen-Anderer-Sprechen«. Der Name ist unerheblich geworden, denn das Engagement ist durch eine neue Form abgelöst worden, die immer weiter um sich greift: den Aktivismus.

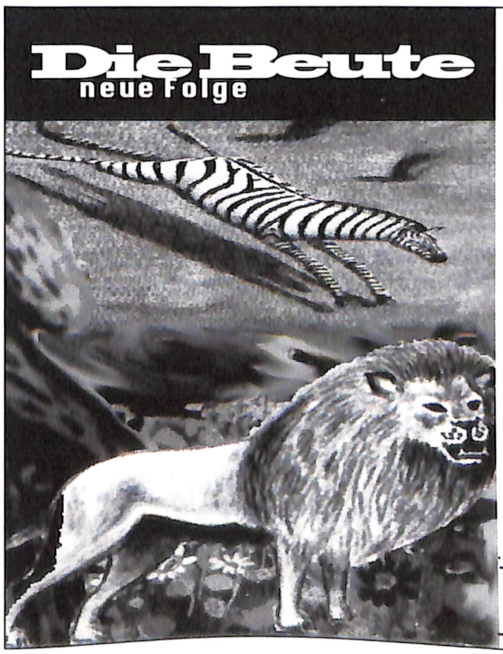
Aktivismus!

Für den Aktivismus spielt das Echo in der Öffentlichkeit eine untergeordnete Rolle, für den Aktivismus gilt: »Schluß mit der funktionalen Dialektik von Engagement und Verrat!« Viel spannender ist, direkt an den Schnittstellen zwischen sozialer Realität und den Choreographien medialer Vermittlung einzugreifen, eigenhändig taktische Manipulationen vorzunehmen, die unvorhersehbare Ergebnisse zeitigen. Der Aktivismus reflektiert und ästhetisiert soziale Prozesse, vom klassischen Protest bis moderner Kommunikationsguerilla. Wenn es kein »Gut« und »Böse« mehr gibt, dann gibt es auch kein »gut« und »schlecht« mehr. Was zählt, ist formale, stilistische, ästhetische Mannigfaltigkeit, und diese wird umso größer je selbstbewußter, eine neue Generation von KünstlerInnen und AktivistInnen mit dem Inhalt umgeht, der in den Zeiten von Internet meistens auch besser »content« genannt wird.

Im »Hybrid Workspace« auf der letztjährigen *documenta*, einem relativ wenig beachteten Projekt in der Orangerie, trafen sich hundert Tage lang die Vorreiter des »Aktivismus«: »We want Bandwith« riefen die Amsterdamer Netz-Pioniere von »de waag«, die kurz zuvor die Internet-Aktivitäten gegen den Euro-Gipfel koordiniert hatten. Von »Cyberfeminism« bis zum »Tactical Media Manifesto« präsentierte sich eine Techno-Avantgarde, die bei Politik nicht die Nase rümpft und denen aktuelle soziale Auseinandersetzungen die künstlerische Basis bedeuten. Christoph Schlingensief schließlich nutzte den »Hybrid Workspace« für seinen Aufruf, Helmut Kohl zu töten. Was er wirklich meinte, ließ sich einige Wochen später bei seiner Theateraktion »7 Tage Notruf für Deutschland« nicht mehr ignorieren: Interventionen im öffentlichen Raum, welche die Abgeschmacktheit des Engagements zynisch reflektieren, gleichzeitig aber die Straße als ursprüngliches Terrain für die unverstellte Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit zurückfordern.

Als Tribut an die Bewegung der »sans papiers« konzipierte die internationale Gruppe *[cross the border]* ihren Beitrag zu Anfang des Hybrid Workspace: zehn Tage lang wurde die Orangerie in eine Schnittstelle zu den aktuellen Auseinandersetzungen in Paris umgebaut. »Copy and Paste« hieß die Devise, unter der geladene Vertreter von Flüchtlingsorganisationen und antirassistischen Gruppen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und autonomen Spektrum gemeinsam den Appell »kein mensch ist illegal« verabschiedeten. Die Kampagne orientiert sich an ihrem französischen Vorbild: Künstler werden selbst aktiv, gestalten Web-Projekte und Installationen, machen Radio, produzieren Filme und Ausstellungen. Sie gehen auf die Straße – nicht um gesehen zu werden, sondern um zu intervenieren. Sie gehen in Museen und auf Festivals, nicht um ausgestellt zu werden, sondern um die Wirklichkeit hereinbrechen zu lassen. Und die Wirklichkeit ist geprägt von immer neuen und immer stärker befestigten Grenzen, in einer Welt, in der zwar Geld und Kapital frei herumvagabundieren dürfen, nicht aber die meisten Menschen.

Florian Schneider



Politik + Kunst ❶: Subversion des Kulturmanagements?
Die Beute neue Folge Nr ❶ ca. 220 Seiten, 28,-DM, ISBN: 3-89408-816-8
Mit Sascha Anderson, Mercedes Bunz, Barbara Ching, Diedrich Diederichsen, Andreas Fanizadeh, Michael Fanizadeh, Paul Gilroy, Hans Kittel, Sascha Kösch, Eva Meier, Katharina Meyer, Jost Müller, Tobias Nagl, Annalee Newitz, Roberto Ohrt, Bert Papenfuß, Jürgen Schneider, Thomas Seibert, Dirk Teschner, Gayle Wald, Alexandra Weltz, Raymund Williams, Christopher Wool u.a.

Die westeuropäische Fachzeitschrift für Politik und Verbrechen. Ab sofort halbjährlich im gut sortierten Buch- und ausgewählten Plattenhandel.

Ihr werdet alle sterben
Die CD zur Beute zusammengestellt von DJ Melanie und Schorsch Kamerun.
Ihr werdet alle sterben. RT Best. Nr. 707.0176.2

Der Partykracher für Linksradikale mit teilweise fast unveröffentlichten Tracks von Jimi Tenor, DJ Hell, Mäuse, The Workshop, Aphex Twin, Tocotronic, Justus Köhnke, Red Krayola, Stereo Total, Dackelblut, Zimt, Les Robespierres, Chris Korda, Palminger, Fox Force Five, Kendi Tenk/Schoka.
Ab Mai im Handel.

Info Hotline: ID Verlag Tel.: 030-694 77 03 Fax.: 030-694 77 08 Beute Diskussion, Record Release Party und Konzert mit Kamerun Band am 29.5 in Hamburg, Schauspielhaus, Kantine; am 23.5. in Berlin, MS Sansouci, Oberbaumbrücke.

»Wir sind die neue A-Klasse«

Interview mit Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ)

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) wurde 1982 hauptsächlich als Beratungseinrichtung für SozialhilfebezieherInnen und Arbeitslose gegründet. Mit dem »Archiv von unten«, in welchem Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren und Presseveröffentlichungen zum Themenbereich Arbeitslosigkeit und Armut dokumentiert werden, sowie dem Engagement in den »Bundesarbeitsgruppen gegen Arbeitslosigkeit und Armut« (BAG) hat es sich längst auch zu einem politischen Zentrum entwickelt. So finden die Planungstreffen für die monatlichen Aktionstage in Frankfurt im FALZ statt. Seine zentrale Forderung ist die nach »Existenzgeld« für ein »menschenwürdiges Leben«.

Die beiden anderen großen Organisationen in diesem Rahmen sind zum einen die »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen« und zum anderen seit 1990 der hauptsächlich in den neuen Bundesländern existierende »Arbeitslosenverband«, der eher einer privaten Arbeitsvermittlung entspricht.

(Red.)

diskus: Arbeitslosigkeit gilt ja seit Anfang der 80er als gesellschaftspolitischer Skandal, die Situation von Arbeitslosen verschlechtert sich seitdem zunehmend. Warum kam es gerade jetzt im Februar zu den Protesten in der BRD?

Harald Rein: Es gibt Strukturen und es gibt Proteste seit es Arbeitslosigkeit gibt, nur im kleineren Maßstab und sie wurden bisher ignoriert. Erst jetzt, im Februar diesen Jahres, gab es eine gewisse Medienwirksamkeit, seitdem steht der Arbeitslosenprotest relativ hoch im Kurs. Die Hauptgründe sind sicherlich die Aktivitäten der Arbeitslosen in Frankreich. Die Proteste dort fanden zu einem Zeitpunkt statt, als es bereits die neue sozialistische Regierung gab und die meisten gar nicht damit gerechnet hatten, daß es zu solchen Protesten kommt. Diese Ereignisse haben bei den aktiven Arbeitslosen in Deutschland ein Bauchgrummeln, verursacht und man hat gedacht, das müßte doch eigentlich hier auch möglich sein. Dann gab es synergetische Effekte. Weil die französischen Aktionen medial präsent waren, gab es zunehmend Aufmerksamkeit für die Arbeitslosenproteste hier. Daher sind die relativ geglückten, radikalen, phantasievollen Aktionen der Arbeitslosen die wichtigste Ursache für die Präsenz von Nachrichten über Frankreich in den hiesigen Medien. Neben diesen Faktoren war aber auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitsförderungsrechts ab dem 1. 1. 1998 mit vielfältigen Verschlechterungen und Schikanen gegen Erwerbslose eine wichtige Mobilisierungsgrundlage.

diskus: Haben diese Aktionen Anfang des Jahres zu einer Politisierung Eurer Aktivitäten jenseits der Beratungstätigkeit geführt ?

Harald Rein: Eine Verschiebung hat nicht stattgefunden, denn trotz sozialarbeiterischer Teilbereiche ist das FALZ immer bemüht gewesen, sich nicht als pädagogische Einrichtung zu verstehen. Wir sind nie der Meinung gewesen, daß man Arbeitslose betreuen müßte, weil es ihnen schlecht geht oder weil sie unter ihrer Arbeitslosigkeit leiden. Vielmehr sollte die Beratung den Arbeitslosen zu ihrem Recht verhelfen, sie unterstützen und darin bestärken, sich gegen ganz bestimmte Dinge zu wehren. Unsere Position zu sozialpolitischen Fragen hat schon häufig zu Problemen geführt, insbesondere mit der Stadt Frankfurt, weil das FALZ Arbeitslosen z.B. rät, sich zusammenzuschließen und gegen den Zwang zu wehren, für ein bis zwei Mark pro Stunde gemeinnützige Arbeit zu verrichten.

Das hat unter anderem zur Folge, daß Jahr für Jahr die Gelder für das FALZ gekürzt werden. Eine Planungssicherheit für längere Zeiträume wird damit verunmöglicht.

diskus: Nun wird den Protesten in Deutschland seitens der Medien und von vielen gesellschaftlichen Gruppen ja einige Sympathie entgegengebracht. Dabei spielen die »phantasievollen Aktionen« häufig eine zentrale Rolle. Die Aktionsformen haben aber oft etwas sehr zahnloses – wie beurteilst Du die Aktionsformen der deutschen Arbeitsloseninitiativen?

Harald Rein: Auch die Arbeitslosen sind geprägt von den gesellschaftlichen Formen, in denen Konflikte hier ausgetragen werden, deshalb werden natürlich hauptsächlich Aktionen durchgeführt, in denen »Arbeitsplätzchen« verteilt werden oder »Kohlsuppe« gekocht wird; das sind Formen in denen versucht wird, das Problem spielerisch in die Öffentlichkeit zu tragen. Nun ist es nicht falsch, phantasievolle Aktionen durchzuführen. Nur ist es noch nicht gelungen, diesen Aktionen ihren bittstellerischen Gestus zu nehmen und eine andere Richtung zu geben, sie in weitaus radikalere Kampfformen zu überführen. Also etwa damit anzufangen, steinharte Plätzchen zu backen und damit die Zentrale eines Unternehmerverbandes zu beschmeißen oder die Kohlsuppe in die Deutsche Bank zu kippen.

Bisher haben in nur ganz wenigen Regionen Arbeitslose zu sowohl phantasievollen als auch radikaleren Formen des Widerstandes gegriffen. Das ist aber

der Punkt, an dem sich entscheidet, inwieweit und ob der Staat sich mit den Protesten auseinandersetzt. Bisher sind die Proteste ja weitgehend ignoriert worden.

diskus: Wie bereits erwähnt, hat sich die soziale Situation von Arbeitslosen ja seit fast zwei Jahrzehnten kontinuierlich verschlechtert. Welche konkreten Verschlechterungen haben denn jetzt zu den Protesten geführt?

Harald Rein: Zunächst ist das Arbeitsförderungsgesetz zu nennen, dessen Hauptfunktion darin besteht, die Arbeitslosen zu zwingen, jede Arbeit anzunehmen. Es gibt keinen Berufsschutz mehr, d.h., es spielt keine Rolle, ob ich Hilfsarbeiter oder Professor bin: Ab dem siebten Monat meiner Arbeitslosigkeit muß ich jede Tätigkeit annehmen, die mir mindestens so viel bringt wie mein Arbeitslosengeld oder meine Arbeitslosenhilfe. Sämtliche Maßnahmen im Arbeitsförderungsrecht sind so angelegt, daß wer einmal in dieser Maschinerie drinsteckt, Stück für Stück die soziale Stufenleiter nach unten gedrückt wird und früher oder später im Armutsbereich landet. So kann innerhalb kürzester Zeit ein Facharbeiter als Pförtner vermittelt werden. Mit seinem sinkenden Einkommen reduziert sich bei erneuter Arbeitslosigkeit eben auch der Anspruch auf Arbeitslosengeld.

diskus: Kann man das als Anzeichen dafür sehen, daß der Staat in Form der Sozialgesetzgebung auf eine Neuordnung der Arbeitsgesellschaft reagiert, in der von Vollbeschäftigung nicht einmal mehr als Ideal ausgegangen wird?

Harald Rein: Klar ist zunächst einmal, daß die Verursacher von Arbeitslosigkeit die Unternehmen sind, die z.B. ihre Profite mit immer weniger Arbeitskräften realisieren. Der Staat ist insofern nicht ganz die richtige Adresse. In diesem Gesellschaftssystem kann er die Unternehmen eben nicht zwingen, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Von Anfang der achtziger bis zu Beginn der neunziger Jahre bestand die staatliche Arbeitsmarktpolitik im wesentlichen in der Stärkung des sog. zweiten Arbeitsmarktes über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und in der Förderung von beruflicher Fortbildung und Umschulungen. All diese Programme sind massiv heruntergefahren worden. Umschulungen und Fortbildungen gibt es kaum noch und die ABM existieren zwar noch, werden aber auch stark reduziert. Oder aber sie haben sich im Kern verschlechtert: Neue ABM-Anträge werden nur noch mit einer Tarifsenkung um 20 % genehmigt. Die staatliche Strategie hat also nichts mit der Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen zu tun.

diskus: Was sind die Gründe dafür? Geht es ums Geld-Sparen, um reine Schikane oder gibt es die Option, mit der Absenkung der Lohnniveaus langfristig den unteren Dienstleistungssektor mit billigen Arbeitskräften zu bedienen?

Harald Rein: Es steckt die Auffassung dahinter, daß man die Arbeitslosen mehr kontrollieren und schikanieren müßte, z.B. durch die dreimonatige Meldepflicht oder durch regelmäßiges Vorlegen von Bewerbungen, um sogenanntes Eigenbemühen nachzuweisen. Dahinter steckt der Vorwurf: Ihr habt euch bislang zu wenig um einen neuen Arbeitsplatz bemüht und seid selbst schuld an eurer Arbeitslosigkeit. Im Grunde genommen geht es um ein »in Bewegung halten« der Arbeitslosen. Das ist in erster Linie Schikane.

Es handelt sich aber auch um eine Strategie. Grundlage dafür ist die Annahme, daß es ein Potential an Arbeitsplätzen besonders im Billiglohnbereich gibt und daß dieses Potential nur deshalb nicht ausgeschöpft worden ist, weil sich noch nicht genügend Menschen finden lassen, die für so wenig Geld eine so beschissene Arbeit machen. Um die Strategie zu realisieren, muß es ein Zwangsinstrumentarium geben, mit dem die Arbeitslosen in diese Billigjobs gedrängt werden können. Das ist der Hintergrund oder einer der Hintergründe, vor dem dieses Gesetz entstanden ist.

In diesem Zusammenhang wird häufig auf das Beispiel USA verwiesen, die es geschafft hätten, mit Billigjobs im Dienstleistungssektor die Arbeitslosigkeit zu senken. Was dabei jedoch häufig unter den Tisch fällt, ist, daß die Zahl der Arbeitslosen zwar statistisch abnimmt, nicht aber die Armut. Tatsächlich sieht es nämlich so aus, daß viele Menschen gezwungen sind, mehrere Jobs anzunehmen und trotzdem mit dem so verdienten Geld kaum auskommen. Armut durch Arbeit also.

diskus: Angesichts dieser Entwicklung scheint die Forderung nach Arbeit zu kurz gegriffen. Die französischen Arbeitslosen scheinen sich dagegen mit ihrer Forderung nach mehr Geld keinen arbeitsmarktpolitischen Illusionen hinzugeben. Gibt es Übereinstimmungen mit den inhaltlichen Forderungen der französischen Arbeitslosenproteste und mit welcher politischen Perspektive verbinden sich diese?

Harald Rein: Was das FALZ inhaltlich voll unterstützen kann, ist, daß die französischen Arbeitslosen eben nicht gerufen haben: »Wir wollen Arbeit, koste es, was es wolle«, sondern als zentrale Forderung aufstellten: »Wir wollen mehr Geld – wir kommen mit dem, was wir haben, nicht aus«. Eine Forderung, die wir hier im Frankfurter Raum auch vertreten.

Weil aber die Arbeitslosenszene in Deutschland sehr heterogen ist – es gibt auch Initiativen, die in erster Linie Arbeit fordern – erschien es uns sinnvoll, einen Forderungskatalog aufzustellen, den alle mittragen können. An erster Stelle steht dabei die Forderung nach der Zurücknahme des neuen Arbeitsförderungsgesetzes (SGB III). Das wird bundesweit von nahezu allen Gruppen in den Vordergrund gestellt. Umstrittener dagegen ist die Forderung nach einer sofortigen Anhebung von Arbeitslosengeld und -hilfe. Dies wird vor allem von solchen Gruppen unterstützt, denen es um eine materielle Verbesserung für Arbeitslose geht. Um die notwendige Verbindung zu den Noch-Beschäftigten zu verdeutlichen fordern viele Initiativen zum dritten eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Die vierte Forderung ist diejenige nach Existenzgeld, eine schon früh von Arbeitsloseninitiativen entwickelte Perspektive, die vor allem von unabhängigen Initiativen getragen wird. Bei der Idee des Existenzgeldes geht es weniger um einen bestimmten Geldbetrag, als vielmehr um eine Reaktion auf die grundlegende Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft. Es ist davon auszugehen, daß Vollbeschäftigung nie mehr erreicht werden wird; dennoch gibt es genügend gesellschaftlichen Reichtum, den es aber anders zu verteilen gilt. Mit diesem Reichtum müssen diejenigen unterstützt werden, die unter den gegebenen Bedingungen nicht arbeiten können oder wollen.

diskus: Kann man innerhalb der Arbeitslosenbewegung von einem Konflikt zwischen diesen beiden Positionen: Recht auf Arbeit und Recht auf Existenzgeld sprechen?

Harald Rein: Diese inhaltliche Auseinandersetzung prägte die erste Zeit der bundesweiten Zusammenarbeit von Arbeitsloseninitiativen. Mittlerweile spielt das »Recht auf Arbeit« allerdings keine große Rolle mehr. Nicht weil die einen die anderen überzeugt hätten, sondern weil die objektiven Verhältnisse diese Forderung zunehmend unrealistisch erschienen ließ. Vielmehr gibt es heute die Einschätzung, daß ein for-

Neulich fragte mich ein Trotzkist, ob ich, der Herr Student, einen Arbeitslosen kennen würde. Naja. Über zu wenig Arbeit klagt in meinem Bekanntenkreis niemand, über zu wenig Geld schon eher. Typische Arbeitsverhältnisse à vierzig Stunden die Woche können aber die wenigsten vorweisen, selbst unter den Exmatrikulierten. Und von Staats wegen als arbeitlos anerkannt ist schließlich nur eine, und die hat nie Zeit für mich.

Entsprechend kam auch kaum jemand meiner Bekannten auf die Idee, sich am jüngsten Protest der Arbeitslosen zu beteiligen oder ihn gar als Kampf um die eigenen Angelegenheiten aufzufassen. Mag der eine oder die andere auf französische Verhältnisse, Barrikaden und Randale spekuliert haben oder gar auf den großen Schulterschluß zwischen Arbeitslosen und Unistreik, so belehrte sie der erste Protesttag Anfang Februar eines Besseren. Vor lauter Lob für so viel Eigeninitiative und Kreativität konnten sich die Arbeitslosen ebensowenig retten wie vor ein paar Monaten noch die Studis. Schließlich sei die Arbeitslosigkeit ein großes Problem. Einen Monat später dann überdeckte der Anfang vom Ende des Kanzlers den zweiten Protesttag.

Von französischen Verhältnissen also keine Spur, geschweige denn von einer großen Koalition von Arbeitslosen und Studierenden oder einer Fortsetzung des Unistreiks auf höherem Niveau. Was haben Studierende auch schon mit Arbeitslosen zu schaffen? Daß ihnen auch Arbeitslosigkeit droht? Vor dreißig Jahren soll es noch so gewesen sein, daß Studierende sich auf ihr späteres Arbeitsleben vorbereiteten, während Arbeitslose an selbigem zwischenzeitlich nicht teilnehmen konnten. Heute jobben für gewöhnlich die ersteren, um ihr Studium finanzieren zu können, und qualifizieren sich so für andere Jobs, während für die zweiteren die Ausnahme zur Regel wird. Angst vor Arbeitslosigkeit müssen die angehenden Akademikerinnen eher selten haben. Zwar wird es immer unwahrscheinlicher, eine dem Abschluß thematisch und finanziell einigermaßen adäquate Stelle zu finden. Doch die Gewöhnung an das Jobben während des Studiums erleichtert das Arrangement mit dem Ungewollten. Mit etwas Glück läßt sich der ungeliebte Broterwerb auf zwanzig, dreißig Stunden reduzieren, um den Singlehaushalt zu bewältigen und zugleich noch das postuniversitäre Leben mit Dissertation, Kind oder gesellschaftlichem Engagement zu versüßen, wobei freilich Geld und die mangelnde Flexibilität des deutschen Managements die harten Grenzen darstellen. Ob jenseits vom Geld die Perspektive von 40 Jahren à 45 Wochen à 38,5 Stunden überhaupt reizvoll ist, bezweifeln zumindest die lebhafteren unter den Studierenden. Die Avantgarde dieser globalen Flexibilität ist übrigens eher bei den Geisteswissenschaftlerinnen zu finden, die schon bei der Immatrikulation kaum davon ausgehen konnten, jemals Stellenanzeigen zu entdecken, in denen explizit Philosophinnen, Germanisten oder Soziologinnen gefragt sind.

Lebenslange Lohnarbeit respektive Vollbeschäftigung waren einst die Schlüsseltermini des bundesdeutschen Nachkriegskonsenses, Wirtschaftswachstum ging noch mit zunehmender Beschäftigung einher, sinkende Arbeitslosigkeit mit höheren Löhnen und eine höhere Nachfrage mit steigenden Wachstumsraten. Zugleich gingen die einen der Lohnarbeit nach, die anderen noch nicht oder nicht mehr, und die dritten waren für das leibliche und seelische Wohl der Lohnarbeiter zuständig. Als diese Zirkel ins Stocken gerieten, waren es nicht zuletzt die ein bis zwei Millionen Arbeitslosen, die erst Schmidt, dann Kohl ins Kanzleramt hievten, denn die Konsequenzen waren auch für all jene zu erahnen, die noch relativ sicher in Lohn und Brot standen. Angst vor der Rationalisierung des eigenen Arbeitsplatzes mußte die Mehrheit gewiß nicht haben, viel bedrohlicher wirkte aber, daß die Arbeitslosen den Preis der Arbeit drücken könnten, die Einzahlungen in die Sozialversicherungsysteme und die Staatssäckel sanken – und schließlich daß sich vieles ändern könnte.

Kohls Message dagegen konnte den Nachkriegskonsens noch einmal auch gegen diejenige Minderheit erneuern, die ihn seit '68 aufgekündigt hatte, indem er unmittelbar im makroökonomischen Zirkel einhakte: Wenn nur Wachstum Arbeit und damit Wohlstand schafft, muß

males Recht auf Arbeit keinen Einfluß auf die realen ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungen hätte. Das hat bei vielen, gerade bei den gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen zu einer Annäherung an das Existenzgeld-Konzept geführt.

diskus: Welche politischen Perspektiven siehst Du für eine Arbeitslosenbewegung?

Harald Rein: Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es in der Bundesrepublik Versuche, sich gegen die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit zu wehren. Seit 1982, dem Jahr des ersten Arbeitslosenkongresses, geschieht dies in organisierter Form. Ob wir es in Zukunft mit einer Arbeitslosenprotestbewegung zu tun haben werden, wird die nächste Zeit zeigen. Momentan gibt es Protestformen von Arbeitslosen, die die Grundlage einer Bewegung bilden könnten. Entscheidend wird aber sein, ob es bei einer Mehrheit der Arbeitslosen zu Bewußtseins- und Verhaltensänderungen – in Richtung des Aufbrechens ihres loyalen Verhältnisses zu den gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, die für ihre Erwerbslosigkeit verantwortlich sind – kommen wird.

beit, Arbeit, Arbeit!

eben alles getan werden, um die Wirtschaft wachsen zu lassen. Das tat sie auch, kräftig sogar, die Arbeitslosigkeit sank allen statistischen Tricks zum Trotz dennoch gerade mal um zehn Prozent.

Freilich standen nun wieder die keynesianischen Kritiker in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft auf der Matte und verwiesen auf die mangelnde Binnennachfrage. Das tun sie noch heute. Ironischerweise war es allerdings gerade die christdemokratische Bundesregierung, die sich in der Folgezeit ungeachtet aller Neoliberalismus- und Leistungsrhetorik eines der größten Projekte zur Steigerung der Nachfrage seit Bestehen der BRD leistete: die sofortige Vereinigung, verbunden mit großzügiger Alimentierung – damit es sich niemand doch noch anders überlegt.

Der Erfolg war bekanntermaßen bescheiden. Zwar konnte die sich abzeichnende Konjunkturerlahmung zu Beginn der Neunziger um ein, zwei Jahre hinausgezögert werden. Um die explosiv gesteigerte Nachfrage zu befriedigen, reichte es aber vollkommen aus, die vorhandenen Produktionskapazitäten im Westen auszuschöpfen, während die arbeitsintensiveren Industrien des Ostens Konkurs anmeldeten. Ein Wachstum, das organisch qua steigender Produktivität Arbeitsplätze schafft, ist nirgends in Sicht. Verspricht heute jemand, die Arbeitslosigkeit senken zu können, so kann sein Konzept lautererweise allein noch auf solche Stellen zielen, die von der Produktivitätssteigerung abgekoppelt sind, mithin auf personale Dienstleistungen aller Art, bei denen der Phantasie nur historische Grenzen gesetzt sind. Für diese Art von Joboffensive gilt freilich just die Umkehrung des alten Nachkriegsregelkreises, daß Autos keine Autos kaufen: Dienstmädchen stellen für gewöhnlich keine Haushaltshilfen ein, und schwarze Sheriffs engagieren Leibwächter eher selten. Solche Arbeitsplätze entstehen bloß dann, wenn der einen Arbeit immer billiger wird und die anderen nicht mehr wissen, wohin noch mit dem ganzen Geld. Insofern sind die Wahlversprechungen, die Arbeitslosen zu halbieren oder dreifache Arbeit in Aussicht zu stellen, durchaus wörtlich zu begreifen.

Der Unterschied zwischen den Protesten der französischen Arbeitslosen und ihren deutschen Kolleginnen, der hierzulande das ans Zoologische grenzende Wohlwollen der Öffentlichkeit garantiert, liegt also gar nicht so sehr in der mangelnden Radikalität. Was die französischen Verhältnisse von den deutschen jenseits allen Revoluzzertums unterscheidet, ist die praktische Erfahrung, daß Wachstum und Lohnarbeit entgegen aller neoliberalen und keynesianischen Doktrin nichts mehr miteinander zu tun haben. Dabei half ihnen sicherlich, daß sich alle paar Jahre eine neue Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit blamieren durfte.

Zu tun gibt es genug, Geld gibt es genug, aber potentielle Lohnarbeitsplätze à la Clinton und Blair sind nichts, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Die französische Bewegung bettelte nicht um neue Jobs als Parkplatzsucher und Poolputzer, sondern forderte mehr Geld und langfristig ein garantiertes Mindesteinkommen. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit ist keine Frage der Ökonomie, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung. Pierre Bourdieu nannte die französische Arbeitslosenbewegung ein soziologisches Wunder, da Arbeitslose bislang eher als resigniert, träge und schlecht zu organisieren galten. Solange arbeitslos ohne Arbeit statt ohne Lohnarbeit heißt, mag die Bezeichnung Wunder passend sein. Der rationale Kern des französischen Wunders liegt dagegen im Abschied vom Fetisch Lohnarbeit – und sei's erst einmal in der reformistischen Variante der europaweiten 25-Stunden-Woche. Bezeichnenderweise sind im französichen Arbeitslosenverband *Agir contre le chômage!*, der die Proteste organisierte, gerade mal 40 % der Mitglieder offiziell arbeitslos, der Rest setzt sich eher aus Aktiven zusammen, die schon in diversen sozialen Bewegungen engagiert waren, wie die FAZ leicht pikiert meldete. Doch bis meine postachtundsechzig bewegten Bekannten, die immer über zuviel Arbeit jammern, das Engagement der Arbeitslosen als Arbeit begreifen, an der man sich ganz egoistisch selbst beteiligen kann, muß wohl erst einmal der neue Kanzler am Problem der Arbeitslosigkeit scheitern.

Frieder Dittmar

Zum Tod von Richard Glazar

Wie kann man der Shoah gedenken? Der Tod und das Überleben im Regime der Vernichtungslager waren keineswegs so einheitlich, wie in den Vorstellungen, die wir uns häufig davon machen. So entsprach die Geschichte Richard Glazars, einem der wenigen Überlebenden von Treblinka, wohl kaum den Erwartungen der herkömmlichen Sicht auf die Vernichtung. Die Sperrigkeit seiner Erfahrung steht quer zu allem vereinfachenden Bescheidwissen. ***(Red.)***

Richard Glazar, einer der wenigen Überlebenden des Vernichtungslagers Treblinka, hat sich am 20. Dezember vergangenen Jahres aus dem Fenster des jüdischen Seniorenheims in Prag gestürzt.

Seine Frau starb wenige Wochen zuvor. Möglicherweise hat er ihren Tod nicht verkraftet. Ellen Presser, die Leiterin des Kulturzentrums der Israelitischen Kultusgemeinde in München stellte in ihrem Nachruf[1] – überschrieben ist er mit »Der letzte Zeuge« – diesen naheliegenden Zusammenhang her.

Die in jüngster Zeit vermehrt angestellte Überlegung, was es für das Gedenken der Shoah bedeutet, wenn die letzten Zeugen der Konzentrations- und Vernichtungslager erst aus Altersgründen gestorben sind, wirkt in ihrer Reduktion der Überlebenden auf ihre Zeugenfunktion unangemessen abgeklärt angesichts der Nachricht, daß diese Zeugen immer wieder auch einen anderen Tod wählen.

Der Selbstmord eines Überlebenden erschließt sich auch aus der Geschichte dieser eigentümlichen Klassifizierung. Das ist banal und sagt nicht mehr, als daß auch alles, was Richard Glazar tat, unter den einmal diktierten Bedingungen stand. Aber zwischen dieser Einsicht und dem Gebrauch, den die interessierte Öffentlichkeit von den Überlebenden macht (also »wir«, die wir *uns interessieren*, ihre Bücher lesen, ihre Berichte hören), verläuft ein Riß.

Das Zusammentreffen mit Überlebenden oder ihren Zeugnissen löst im vorhinein gewöhnlich einen Kitzel aus und hinterläßt dann eine Erschütterung. Der Kitzel resultiert aus der Erwartung einer tatsächlichen Berührung mit dem, was sonst ein Geschichtsstoff ist. Dessen Kenntnis generiert zugleich die Bereitschaft, sich erschüttern zu lassen. Die Erschütterung bleibt maßvoll, schließlich tritt der Überlebende im Kontinuum unseres Alltags auf, ist eine *eindrucksvolle* Erscheinung und beschreibt konzise lang zurückliegende Ereignisse.

Er, der offensichtlich *davon gekommen* ist, ermöglicht uns ein *weitreichendes Verständnis*.

Treblinka war eines der im Rahmen der »Aktion Reinhard« in Ost-Polen installierten Vernichtungslager, in denen allein die in »Kommandos« zusammengefaßten Juden nicht sofort getötet wurden, die für das Entladen der Waggons, die Sortierung des Eigentums der Deportierten, das Scheren der Frauenhaare wenige Minuten vor der Ermordung, das Rauszerren der Leichen aus den Gaskammern und die Beseitigung der toten Leiber benutzt wurden. Nach unterschiedlichen Berechnungen sind zwischen 900.000 und 1,2 Mio. Menschen in den 13 Monaten, die Treblinka bestand – vor allem durch Motorabgase – umgebracht worden.

Die Berichte der Überlebenden sind das Fleisch am Gerippe dieser unserer statistikgestützten Shoah-Kenntnisse. Deren Ungenauigkeit wirkt seltsam zynisch. Die Rationalität der Zahlen scheint vollends ihre Unschuld verloren zu haben, denn eine um mehrere hunderttausend Einheiten variierende Schätzung verlängert – ungewollt, weil aus Hilflosigkeit – die Haltung der Täter gegenüber den Juden. Die Unfähigkeit, auch nur annähernd den einzelnen Mord nachzuvollziehen, die Individualität des Getöteten gegen die Mörder zu verteidigen, stellt uns – die sich doch *einlassen* – neben die Aschereste, in denen zuvor die Täter gleichgültig stocherten.

Aber das ist nicht das, was wir wollen, den Blick der Täter wiederholen. Das Zeugnis des Überlebenden wird zum Baustein unserer Distanznahme. Die Überlebenden, die sich als solche äußern, dienen als Katalysatoren unseres persönlichen Kontinuitäts-Bruchs.

Unsere Bereitschaft hinzuhören, zu lesen, zu verstehen, ist groß. Wenn sie sprechen, beschreiben sie den Schrecken, das Grauen der Details. Doch die Regeln der Vermittlung bleiben in beruhigender Weise bestehen. Ihre Bücher reihen sich in unseren Regalen, das Universum unserer Gelehrsamkeit und unserer Empathie bleibt unbeschadet. Dieser Mensch, der in Auschwitz, Treblinka, Natzweiler ... war, und davon zu berichten vermag, die sinnliche Evidenz seiner Worte und Gebärden, ist die Antithese zu der nicht faßbaren Produktion serieller Tode. Kompensation des dumpfen Gefühls, es abtun zu müssen.

Wie der Überlebende, jenseits seiner öffentlichen Rolle, das von ihm Geschilderte fortwährend als das Eigene erträgt, entzieht sich unserer Kenntnis. Das ist die Grenze, hier endet unsere Vorstellungskraft und der Nutzen, den wir aus seinen Schilderungen ziehen. Hier beginnt sein Alltag. Und wenn er ihm eines Tages ein Ende setzt, dann geschieht das in einem Bereich, der von unserem Verstehen nie berührt war.

Die »Endlösung« - eine »Vollmacht, etwas zu erfinden« (R. Hilberg)

Der erste Lagerleiter von Treblinka, SS-Obersturmbannführer Dr. med. Eberl ist bereits nach wenigen Wochen von seiner Tätigkeit abgelöst worden, »weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen war und in seinem Lager unbeschreibliche Zustände herrschten.«[2] Leichen von Juden lagen herum, Transporte stauten sich, das Lager war überfüllt. »In Treblinka war der Betrieb zusammen gebrochen.«[3] Denn es war nicht damit getan, einen Zaun zu ziehen, ein Nebengleis zu legen, Gaskammern zu bauen und »Kommandos« zu bilden. Die Leitung eines Vernichtungslagers war eine anspruchsvolle logistische Aufgabe, für die es organisatorischen Geschicks bedurfte. Juden umbringen zu wollen, reichte nicht.

Für den Zeitraum zwischen dem Eintreffen von 20 Waggons an der Rampe in Treblinka und dem Anfordern der nächsten, gab es Zeitvorgaben. »Daß diese Planzeiten nicht nur auf dem Papier standen, sondern auch tatsächlich eingehalten worden sind, wird klar, wenn man überlegt, daß (...) täglich drei, ja mitunter auch vier und fünf Transportzüge (...) abgefertigt werden mußten.«[4] Die alltägliche Herausforderung bestand darin, keine »unbeschreiblichen Zustände« einreißen zu lassen, vielmehr eine »planmäßige Abfertigung« zu gewährleisten, d.h. die Massenvernichtung »reibungslos und pünktlich«[5] über die Bühne zu bringen. »Ich glaube, das einzige, worauf es ihm wirklich ankam, war, daß alles wie ein Uhrwerk lief«, so ein Untergebener über den erfolgreicheren Lagerleiter Stangl.

Die Ordnung eines funktionierenden Ablaufs spendete die Normalität, der im Arbeitsalltag der SSler wiederum ein legitimatorischer Charakter zukam. Als Stangl gefragt wurde, ob er ein bestimmtes Detail des Ablaufs, daß der Fragenden besonders grauenvoll erschien, nicht hätte unterbinden können, antwortete er: »Nein, nein, nein! Das war das System. Wirth[6] hatte es erfunden. Und weil es funktionierte, war es unabänderlich.«[7]

Das normale Maß

Eine Justiz, die in den Strafprozessen gegen Angehörige der SS-Wachmannschaften von Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka wiederholt ausführte, dem Angeschuldigten könne *lediglich die befehlsgemäße Beteiligung an den Massenvergasungen vorgeworfen werden – und kein darüber hinausgehendes selbständiges Handeln* (sogenannte *Exzeßtaten*), hat die Institutionalisierung der Vernichtung zum Ausgangspunkt ihrer Relativierung gemacht. An der Etablierung eines Vernichtungslager-Normalbetriebs wurde die Strafzumessung neu geeicht.

Abgesehen von den logischen Implikationen einer solchen Setzung ist sie auch in ihrer Bestrebung eine Grenze zu ziehen, kaum haltbar, denn der Exzessbegriff konnte nur höchst relativ bestimmt werden. Wie auch das Gericht im 2. Treblinka-Prozeß ins Urteil schrieb, war »jeder Unterführer ermächtigt, ... nach völlig freiem Belieben« Arbeits-Juden zu selektieren. Ein bestimmtes Maß an alltäglichem Terror und individueller Willkür entsprach der Systemordnung. Letztlich definierten die Gerichte eine Kaste der *besonders eifrigen, grausamen oder sadistischen* Täter, um Höchststrafen zu verhängen.

Die Einführung solcher Kategorien hatte nicht nur semantisch weitreichende Folgen: Wenn die Detailerinnerungen der wenigen Überlebenden der »Sonderkommandos« dahingehend geprüft wurden, ob der darin vorkommende SSler *über das gewöhnliche Maß hinaus* Mißhandlungen gegenüber den Häftlingen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist das die Entwaffnung der Erinnerung, der Zeugenschaft. Es war im Juni 1967, noch bevor etablierte Intellektuelle darangingen, den Nationalsozialismus per Stalinismus welthistorisch zu entlasten, und lange bevor die offen

faschistische Leugnung der Vernichtung gewöhnlich wurde, als der ehemalige Lagerleiter Stangl bei der ersten Vernehmung nach seiner Auslieferung an die Bundesrepublik die zeitgemäßen Worte sprach: »Ich bin zwar Kommandant des Lagers Treblinka gewesen, habe aber mit der Tötung der Juden im Lager nichts zu tun gehabt.« [8]

Die Segnungen der Arbeitsteilung komplett in Anspruch zu nehmen, verwehrte ihm letztlich das Gericht – als einem der wenigen.

Die Bedingungen

Von den Bedingungen des Überlebens in Treblinka zu sprechen, bedeutet auch, gegen die Vorstellungen der Zuhörerschaft anzureden. Die von den alliierten Befreiern geschaffenen filmischen Dokumente des körperlichen Zustands von KZ-Häftlingen bebildern in ihrer Drastik die allgemeinen Kenntnisse über den Schrecken der Lager. Von den Vernichtungslagern in Belzec, Sobibor und Treblinka existieren keine Bilddokumente, weil die wenigen Bauten und Einrichtungen noch vor dem Nahen der Front geschleift wurden (In Treblinka wurden einige beim Aufstand niedergebrannt[9]). Danach wurden die Stätten zusätzlich kaschiert, einzelne »alte« Bauernhäuser darauf gebaut und die letzten »Kommandos« umgebracht.

In diesen Lagern, die im eigentlichen Wortsinn keine Lager waren, da nur die Funktionshäftlinge mehr oder minder lang am Leben blieben, die deshalb auch Vernichtungszentren genannt werden, wurden die Häftlinge weder registriert noch in Häftlingskleider gesteckt. Sie sahen sich, häufig über einen längeren Zeitraum, auch nicht in der gleichen Weise vor das Problem der Nahrungsmittelbeschaffung gestellt wie in den KZs: »Die Zeit zwischen Ende Oktober 1942 und Anfang Januar 1943 war ›Hochsaison‹. Zu der Zeit kamen die meisten Transporte an, manchmal sechs am Tag mit 20.000 Menschen. Zuerst waren es zumeist Juden aus Warschau und aus dem Westen, mit all ihrem Reichtum, vor allem riesigen Mengen an Lebensmitteln, Geld und Juwelen. Es war in der Tat unglaublich, wieviel und was wir alles zu essen hatten.... es war ganz anders, als es sich die Leute später vorgestellt haben. Es wurde soviel Unsinn geschrieben.«[10]

Wer also in der körperlichen Erscheinung die Versinnbildlichung des Opferdaseins erwartet, verfehlt die spezifischen Qualen von Treblinka. Die Häftlinge bemühten sich – soweit möglich – um eine blasse Kopie der SS-typischen Eleganz. »Schließlich mangelte es ja nicht an Kleidung. Ich trug gewöhnlich Reithosen, eine Samtjacke, braune Stiefel, Hemd, eine Seidenkrawatte und wenn es kälter war noch einen Pullover. (...) Man war sehr damit beschäftigt, wie man aussah: Es war unglaublich wichtig, beim Appell sauber zu wirken. Man dachte immer an Nebensächlichkeiten, Nichtigkeiten, wie: Ich muß mich rasieren; wenn ich mich nocheinmal rasiere, habe ich eine weitere Runde gewonnen! (...) Es war ein unglaubliches tägliches Roulett: Verstehen Sie – während ein SS-Mann finden konnte, daß jemand, der sich so pflegt, sich auffällig macht – die größte Sünde, die es gab –, würde ein anderer vielleicht wieder anders reagieren. (...) Wir fanden schließlich heraus, daß die maximale Sicherheit darin bestand, einigermaßen – aber nicht zu sehr – wie die SS-Männer selber auszusehen.«[11]

Während des Aufstands der »Arbeitsjuden« von Treblinka, gelingt Richard Glazar die Flucht. Als tschechischer »Fremdarbeiter« getarnt, taucht er bis Kriegsende in Deutschland unter.

In seinen Berichten und später in seinem Buch[12] hat er deutlich gemacht, wie unauflöslich die Existenz der »Kommandos« und damit sein Überleben bis zum Tag des Aufstands, an den Fortgang des Vernichtungsbetriebs, an das Eintreffen weiterer Häftlingstransporte geknüpft war.

Im März 1943 blieben die Transporte aus, die Lagerhäuser sind leer. »Sie können sich nicht vorstellen, was wir fühlten, als nichts mehr da war. (...) Wenn es keine Sachen mehr zu verwalten gab, warum sollten sie uns am Leben lassen? Darüber hinaus mußten wir zum ersten Mal hungern.«[13] Dem Betrieb einverleibt zu sein und weiter leben zu wollen, heißt dessen Gesetzmäßigkeiten anzunehmen. Richard Glazar verlegt den Weg zur Identifikation mit den Opfern. Er prellt den Rezipienten seines Berichts, den bereitwilligen Leser um die Erhabenheit des Opfers, die doch gemeinhin aus der Größe der erlittenen Qual erwächst. »Gerade, als wir den Tiefstand unserer Moral erreicht hatten – das war an einem Tag gegen Ende März – kam (SS-Oberscharführer, Anm.d.A.) Kurt Franz zu uns in die Arbeitsbaracke. Mit einem breiten Grinsen auf dem Gesicht sagte er: 'Ab morgen rollen wieder Transporte an.' Und wissen Sie, was in uns vorging? Ein innerliches Hurra bei dem Gedanken, daß wir uns endlich wieder einmal sattfressen werden können. (...) Es bedeutete für uns Leben – Sie verstehen das doch? Rettung und Leben. Die Tatsache, daß es ihr Tod war – wer immer sie auch waren –, der unser Leben bedeutete, war nicht mehr relevant. Das hatten wir wieder und wieder durchlebt.«[14]

Das was Wassilij Grossmann, paradigmatisch für das einsetzende Miß-Verständnis, 1946 in seiner Schrift über Treblinka festhielt: »Zu verlieren hatten die Unglücklichen ja nichts«[15], entstellt die Geschichte dieser Orte. Es sind Produktionsorte, an denen eine spezifische soziale Wirklichkeit entstand. Die Entstellung hat zum Ziel eine Lehre über das Maß des Bösen und die Unschuld der Opfer. Eine reine Lehre, aus der

eine bestimmte Dimension der Tat – nämlich, daß nicht allein Menschen vernichtet wurden, daß gleichzeitig ein neuer *Arbeitsprozeß* in der Welt war, der von den Zuvernichtenden selbst getragen werden mußte – wegfällt, zugunsten unbefleckter Opfer.

In dem Moment, wo einer – möglicherweise als einziger eines ganzen Transports von mehreren tausend Menschen – aussortiert wurde, wurde ihm die Arbeit am nächsten Transport als sein Leben aufgezwungen, das er aber auch jederzeit wieder verlieren konnte. Für diese Transformation gibt es keinen Namen, aber wie immer das Resultat auch zu nennen wäre, es hatte Tag und Nacht, und die meisten derer, denen es widerfuhr, versuchten seine Gesetzmäßigkeiten zu lernen.
Das ist die Form der »Vergesellschaftung« von Treblinka. Daß an all dem die SS als Organisator Schuld hat und Deutschland die Verantwortung trägt, daß niemand den Häftlingen einen Vorwurf machen kann, die einzige Chance vorübergehend am Leben zu bleiben, genutzt zu haben, ist die hilflose Wahrheit, die, eilfertig ausgesprochen, doch nur davon kündet, wie sehr der Schreck in den Gliedern sitzt. Die Gewißheit des kurzen Augenblicks, sich nicht vorstellen zu können, damit zu leben.

Das Überleben der »Überlebenden« begann nicht mit dem Aufstand oder der Befreiung. Die, die entkommen konnten, wurden dadurch als Paradoxon unter die Menschen geworfen. Der Erfahrung eines Alltags teilhaftig, in dem sie etwas taten, was sie nie tun würden und nie überleben sollten.

Wie andere Überlebende hat auch Richard Glazar bei Prozessen in der BRD als Zeuge ausgesagt. Die bundesdeutsche Justiz hat diese Aussagen durch die grundsätzliche Entscheidung, SS-Angehörige, wenn überhaupt, in aller Regel nur der Beihilfe zum Mord anzuklagen, entwertet.

Seine historische Zeugenschaft ist geprägt von einem erheblichen Beharrungsvermögen. Er ist trotz seines Detailwissens nicht in die Rolle eines Fachmanns geschlüpft. Er versucht in seinem Buch nicht – obwohl er, da es erst 1992 erschien, die Möglichkeit dazu gehabt hätte –, historische Forschungsergebnisse, philosophisch-theoretische Einordnungen oder juristisch definierte Wahrheiten zu »beantworten« und so seine Darstellung, unter der Prämisse einer zeitgeschichtlichen Deutung zu entwickeln. Vielmehr stellte er, nicht ohne Lakonie und bebildert mit äußerst klaren Erinnerungen den Preis des Überlebens dar und beharrt dadurch nachdrücklich auf der Sperrigkeit dieser Erfahrungen. Implizit nimmt er natürlich doch Stellung, z.B. gegen eine Vereinnahmung der Geschichte der Überlebenden für wie auch immer ideologisch motivierte Vereinfachungen der Shoa.

Die Bereitschaft, solche Zeugenberichte in ihren Einzelheiten und in der über diese hinausgehenden Abgründigkeit aufzunehmen, wird nicht von diesen Berichten selbst, kann nicht von ihnen hergestellt werden.

Richard Glazar, der »letzte Zeuge« von Treblinka ist tot, er hat sich aus dem Fenster gestürzt. Inwieweit sich LeserInnen seiner Berichte finden, hing schon zu seinen Lebzeiten nicht mehr von ihm ab.

Christoph Schneider

1 > *FR* vom 31. Januar 1998

2 > »Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse«, München 1978, Hg.: A. Rückerl; S. 208

3 > ebd.; S. 209

4 > ebd.; S. 227

5 > ebd.; S. 227

6 > Christian Wirth war zunächst Kommandant von Belzec und später Inspekteur der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka.

7 > »Am Abgrund. Eine Gewissenserforschung«, Gitta Sereny, Ffm. 1979; S. 224

8 > »Nationalsoz. Vernichtungslager im ...«; S.81

9 > Am 2. August 1943 brach im Lager ein von langer Hand geplanter Aufstand der Arbeitsjuden aus. Ein Teil des Lagers wurde mit Benzin in Brand gesetzt, die Gaskammern blieben jedoch unversehrt, so das auch danach noch einige Transporte vernichtet werden konnten. Vielen Arbeitsjuden gelang zunächst die Flucht, aber die meisten von ihnen wurden von Suchkommandos wieder gefangen und auf der Stelle erschossen. Man geht davon aus, daß insgesamt 54 Häftlinge Treblinka überlebten.

10 > Richard Glazar in »Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker«, Gitta Sereny, München 1995; S. 231

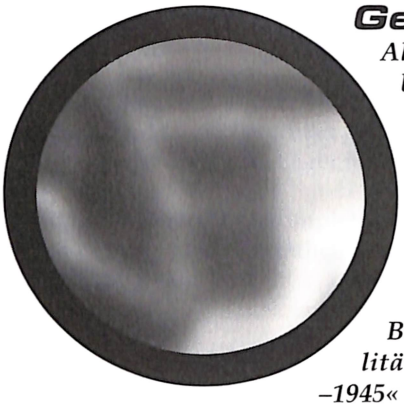
11 > ebd.; S. 232

12 > »Die Falle mit dem grünen Zaun«, Richard Glazar, Ffm. 1992

13 > Richard Glazar in »Am Abgrund: Gespräche mit...«, Gitta Sereny, München 1995; S. 250

14 > ebd.; S. 251

15 > »Die Hölle von Treblinka«, Wassilij Grossmann, Moskau 1946; Seite 44



Geschichte, Politik, Wehrmacht:

Als im Mai vergangenen Jahres die Ausstellung zu den »Verbrechen der Wehrmacht« des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Frankfurt zu Ende ging, war die CDU-Fraktion im Römer vor allem darüber besorgt, daß diese die jugendlichen Besucher in »Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit« entlasse (FR vom 23. 5. 97). Da dies anscheinend nicht hinnehmbar war, beschloß die CDU, wohl zur Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichts der jungen BürgerInnen, den seit 1982 durch die Bundesrepublik tourenden »Aufstand des Gewissens – Militärischer Widerstand gegen Hitler und das Nazi-Regime 1933 –1945« nach Frankfurt zu holen.

So war diese vom Potsdamer Militärgeschichtlichen Forschungsamt und dem Bundesverteidigungsministerium verantwortete Ausstellung denn auch Anfang 1998 in der Paulskirche zu sehen und fungierte hier wie in anderen Städten (z.B. in Bremen und Wiesbaden) als »Gegen-Ausstellung« zu der des Hamburger Instituts. Die durch letztere bewirkte »Ehrverletzung« machte scheinbar vielerorts das Präsentieren auch der »guten Seiten« der Wehrmacht notwendig.

Der Kampf der Ausstellungen spiegelt einen Kampf um die Deutung der Geschichte wider, der mit harten Bandagen ausgetragen wird, geht es doch teilweise um nicht weniger als die (Re-) Konstruktion einer nationalen Identität. Deutlich wird dies nicht zuletzt an der Ausladung des Historikers Hans Mommsen, von dem anscheinend nicht zu erwarten war, daß er die richtigen Stichworte geben würde. Klaus von Dohnanyi war da wohl der geeignetere Redner. Innerhalb der sich um diese Aus- und Einladungspraxis rankenden stadtpolitischen Querelen mußte ob solcher Fragen sogar der ansonsten allseits beliebte weiche Standortfaktor »Ansehen« leiden.

Während der Beitrag **Widerstand gegen den Widerstand** *sich mit der Ausstellung selbst und der dort vorgenommenen (Neu-) Definition von Widerstand auseinandersetzt, wird in* **»Erinnern macht frei«** *der geschichtspolitische Einsatz der Eröffnungsrede Klaus von Dohnanyis diskutiert. Diese strickt durch die Entpolitisierung des Widerstands zur »Gewissensfrage« mit an jener Rekonstruktion einer nationalen Identität und einer »Wiederherstellung« selbstbewußter nationalstaatlicher Souveränität.*

Die von der Frankfurter Rundschau im Hessischen Rundfunk anläßlich der Ausstellung und der mit ihr einhergehenden Kontroversen veranstaltete Diskussionsrunde bildet schließlich den Anlaß des Kommentars **Verstricktheit sells.** *Wenngleich die »Gesprächsrunde der Historiker« vorgeblich antrat, um jenseits der tagespolitischen Geschäfte »sachlich« zu diskutieren und mit der Einladung Mommsens wohl ein Gegengewicht geschaffen werden sollte, wurde auch hier am Mythos der »widerständigen« Wehrmacht weitergebastelt.*

(Red.)

Widerstand gegen den Widerstand

»Widerstand sind daher auch Handlungen, die nicht notwendigerweise auf eine Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft gerichtet waren«, wurde man unlängst in der Frankfurter Paulskirche belehrt. Zugeordnet war dieser Aussage, praktisch als plakativer Beleg, eine Fotografie, auf der ein Mann hervorgehoben war, der umringt von einer »Sieg-Heil« grüßenden Masse im Augenblick der Aufnahme den Gruß verweigerte – ob dem im Nazi-Mob Hervorgehobenen der Arm eingeschlafen war oder ob er seine Taschen nach einem Hakenkreuzfähnchen durchforstete, blieb ungeklärt.

Unter Widerstand wollten die Initiatoren der Wanderausstellung *Aufstand des Gewissens* eine ganze Menge verstanden wissen: Reform-Nazis, die gegen einzelne politische oder militärische Entscheidungen opponierten bis weitsichtige National-Konservative, die sich noch rechtzeitig, nämlich »nachdem der Krieg sinnlos geworden war« (Ausstellungstafel), von den Nazis distanzieren wollten.

Bevor der eigentliche Gegenstand der Ausstellung erreicht ist, werden die Besuchenden an Tafeln zum 1. Weltkrieg und der Weimarer Republik vorbeigeschleust: Apologisierend wird das 3. Reich als geschichtlich determinierte Unabwendbarkeit ausgewiesen – Akteure aus ihrer Verantwortung entlassen. Unter der mit »der verlorene Weltkrieg« betitelten Ausstellungstafel nimmt die eigenwillige Geschichtsbetrachtung der Ausstellungsmacher ihren Lauf. »Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs löste eine Welle patriotischer Begeisterung aus«, war unter anderem zu lesen – ein Weltkrieg, der scheinbar vom Himmel gefallen ist; wer ihn ausgelöst hat, blieb unerwähnt. »Im Felde unbesiegt«, war eine Schautafel pathetisch überschrieben, um gleich noch viel pathetischer zu werden: »Vier Jahre lang haben deutsche Soldaten an allen Fronten des Weltkriegs tapfer gekämpft«, um schließlich bei einer Tafel zur Weimarer Republik zu landen, die mit »die ungeliebte Republik« überschrieben wurde.

Die Entstehung des Nationalsozialismus hatten die Bundeswehrhistoriker unter der Leitung von Oberst Friedhelm Klein schnell erklärt: »Die wirtschaftliche Not führte zur Radikalisierung der Bevölkerung. In der Wahl vom 14. 9. 1930 stieg die Zahl der nationalsozialistischen Mandate sprunghaft von 12 auf 107.« Den Rest erledigte der »Führer« selbst, der auch der *Frankfurter Rundschau* in einer Widerstands-Ausstellung ein paar mal zu oft präsentiert wird.

Widerständigkeit wurde hingegen ausführlich bei General Franz Halder behauptet – eine »Widerstandslegende«, wie der Münchner Historiker Christoph Hartmann belegte. Der Generalstabschef des Heeres hätte zwar zunächst eine distanzierte Haltung eingenommen, allerdings nur bis Ende 1939 – hier brach die Darstellung der Ausstellung bezeichnenderweise ab. Im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, wie die Wehrmachts-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung den Feldzug gegen die Sowjetunion nennt, mischte Halder jedoch kräftig mit. Über ein Dokument aus dem Sonderarchiv in Moskau lassen sich Halders Vorstellungen nachweisen: »Es handelt sich für Deutschland darum, die neue Ostfront so schnell und so restlos zu liquidieren, daß sie nicht erst unvorhergesehene Ausmaße annehmen kann. Das heißt also, daß Polen in der kürzestmöglichen Zeit vollkommen erledigt werden muß. Wir müssen in der Vernichtung dieses Gegners sozusagen einen Rekord an Schnelligkeit aufstellen. Ich betone das Wort ›Vernichtung‹.« Halder sollte »nicht zum Widerstand gerechnet werden«, interpretiert der Historiker seine Quellen konsequent.

Die restlichen Tafeln gehören dann doch noch dem »militärischen Widerstand«, den längst bekannten Abhandlungen über den »Kreisauer Kreis« oder die Männer des 20. Juli 1944, die eben »das andere Deutschland suchten« – nicht weniger, allerdings auch nicht mehr.

Wehrmachtsdeserteuren war keine Schautafel gewidmet. Viele seien ja auch desertiert, »weil sie eine Straftat begangen hatten oder zu ihren Frauen wollten«, erklärte Pressestabsoffizier Hans Ehlert; die Forschung habe »noch nicht den Stand«, das Thema zu berücksichtigen.

Kurzfristige Irritation, die sich jedoch schnell ob der eindeutigen Einordenbarkeit der Ausstellung in Bestätigung verwandelt, lösten schließlich die Schautafeln über die »Weiße Rose« aus. Wer die »Weiße Rose« als Münchner Studentengruppe erinnert, sah sie hier plötzlich unter »Widerstand wehrdienstleistender Studenten« vereinnahmt.

Bereits im Vorfeld sorgte die am 18. Februar beendete Ausstellung für heftige Auseinandersetzungen. Zunächst wurde der Historiker Hans Mommsen für

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."

Peter Brückner

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 0 69 / 77 88 07 · Fax 0 69 / 7 07 73 99

die Eröffnungsrede eingeladen. Der dem NS-Widerstand wegen dessen »antiliberaler Gesinnung und national-konservative Grundhaltung« kritisch gegenüberstehende Mommsen schien den Frankfurter Verantwortlichen bei ihrer Geschichtsklitterung dann jedoch zu heikel – flugs wurde er wieder ausgeladen. Für Mommsen und die sich mit ihrem ausgeladenen Kollegen solidarisierenden, die Veranstaltung boykottierenden Wissenschaftler sprach der ehemalige Hamburger SPD-Oberbürgermeister Klaus von Dohnanyi am 25. Januar die Eröffnungsrede. Nicht erst als dieser nach »der großen Ausstellung über den deutschen Widerstand im allgemeinen« fragte, war das politische Interesse dieser Ausstellung klar. Durch die Reduktion auf den fragwürdigen »militärischen Widerstand« soll nicht nur kommunistischer und sozialdemokratischer Widerstand negiert werden. Vielmehr soll die von der zuvor in der Paulskirche gastierenden Wehrmachtsausstellung angekratzte herrschende Geschichtsschreibung durch die kryptische Widerstands-Veranstaltung reinstalliert werden.

Klaus Teichmann

»Erinnern macht frei«

Aufstand des nationalen Gewissens

Knapp ein Jahr nach der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, die allein in Frankfurt ca. 100.000 Menschen besucht hatten, gab es nun am gleichen Ort (Paulskirche) den »Aufstand des Gewissens«. Diese demselben Themenkomplex angehörige Schau, war als Antwort auf die Ausstellung des Hamburger IfS konzipiert.

Daß dies kein Zufall war und was diese Gegenüberstellung beabsichtigte, war das Thema der Rede Klaus von Dohnanyis, die er, nach der Ausladung Hans Mommsens, zur Eröffnung der Ausstellung hielt. Mit Dohnanyi, Sohn einer der Hingerichteten des 20. Juli 1944, fand sich die Idealbesetzung in der Dramaturgie der Inszenierung des geläuterten Büßers Deutschland.

Die Bewältigung der Vergangenheit bewertet Dohnanyi in seiner Eröffnungsrede als zentrales Interesse der gegenwärtigen BRD, werden doch »fast wie bei einem Vorbestraften (...) alle heutigen Vorgänge in Deutschland von der übrigen Welt aus dieser Perspektive gesehen.«[1] Deshalb ist auch nicht verwunderlich, daß Dohnanyi einen Wandel in der Beschäftigung mit der Vergangenheit als mehr als überfällige Leistung begrüßt. »Die Schrecklichkeit war aber letzten Endes auch der Grund dafür, daß kein Volk in der Welt sich so intensiv und – wie die Goldhagen-Debatte in Deutschland gezeigt hat – auch so bereitwillig mit den dunklen Schatten seiner Geschichte auseinandergesetzt hat wie wir Deutsche.« So lautet Dohnanyis Fußnote zur Goldhagen-Debatte.

Das »wahre« Bild der Nazizeit sei aber nicht vollständig, wenn nur die Verbrechen, nicht aber der Widerstand dargestellt würden. »Ihn darzustellen und zu erinnern ist von gleichrangiger Bedeutung.«

Die Besonderheit seiner Bewertung der nationalsozialistischen Vergangenheit liegt in der Strategie des offensiven Pluralismus. Indem er der Ausstellung des IfS und der Untersuchung Raul Hilbergs (Täter, Opfer, Zuschauer; 1992) einen ebenso wichtigen Platz einräumt, wie ihn auch die Ausstellung zum militärischen »Widerstand« einnehmen soll, gelingt es ihm, das beschädigte Bild von Deutschlands Vergangenheit zu relativieren. So soll der Widerstand das nationalsozialistische Deutschland um ein gutes Gewissen ergänzen.

Die Suche nach dem guten Gewissen des »anderen Deutschland« wird jedoch heutzutage mit öffentlichkeitswirksamem Büßertum gegenüber den Verbrechen der Wehrmacht verbunden. Gerade weil »Wir« als Deutsche, spätestens seit der Ausstellung des Hamburger IfS, die »Schatten der Vergangenheit« nicht mehr verdrängen, dürfen »Wir« auch wieder ein bißchen positiv zu dem stehen, was das gute Gewissen Nazideutschlands repräsentieren soll. (Ganz abgesehen von denjenigen, die keinerlei »Verstrickung« der Wehrmacht akzeptieren. Es ist fraglich, ob es sich hierbei wirklich nur noch um eine Minderheitenposition handelt, obwohl die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht zumindest in einer Parlamentsdebatte zum Anlaß genommen wurde, die Verstrickung künftig zu bekennen und gerade dadurch frei zu werden. Dazu jedoch später ausführlicher.)

Und so beginnt Dohnanyi seine Lobrede mit dem Bedauern darüber, daß es in Deutschland keinen positiven Bezug auf den Widerstand gebe. Aber welchen Widerstand meint Dohnanyi? Widerstand sei in Deutschland viel gefährlicher gewesen als in Frankreich oder Italien, wo sich heute ein positiver Bezug auf die Resistenza finde. Die besonders zu würdigende Tragik des deutschen Widerstandes habe darin bestanden, in seiner Konsequenz die Parteinahme für den militärischen Gegner zu beinhalten. »Das Gebet

für die militärische Niederlage des eigenen Landes ist wohl das bitterste Gebet, das man einem Patrioten abverlangen kann – und doch war die Niederlage der Nazis letztlich des deutschen Widerstandes größte Hoffnung! Das macht den Widerstand in Deutschland so einzigartig, macht ihn zum ›reinsten Heroismus‹ wie Viktor Klemperer 1946 schrieb.«

Gewissen der Nation

Die Rede vom »reinen Heroismus« will Dohnanyi als schrecklichen Gewissenskonflikt verstanden wissen. Die Treue zum Vaterland, manifestiert im Eid auf die Fahne *und* auf Hitler, wird zum Dilemma. Entweder Hitler oder das Vaterland zu verraten, das waren die alternativen Perspektiven eines nationalsozialistischen Widerstandes. Angesichts der sich abzeichnenden Niederlage mag die Entscheidung für die »bessere«, weil erfolgreichere Nation zwar das Thema einer klassischen Tragödie abgeben, aber was sagt das über den politischen Inhalt dieses Widerstandes aus?

Dohnanyi will es jedoch anders beurteilt wissen: Je nationalistischer, völkischer oder faschistischer die Gesinnung der Beteiligten, umso schwerer und bewunderungswürdiger sei die Entscheidung zum Widerstand. Patrioten, die eigentlich ja »nur« die totale Niederlage der Nation durch einen verlorenen Krieg verhindern wollen, haben im Widerstand eben nicht nur mit ihrem Tod, sondern auch noch mit ihrem nationalistischen Gewissenskonflikt zu rechnen.

Die scheinbar harmlos humanistische Kategorie des Gewissens, die zur Beurteilung des Widerstandes herangezogen werden soll, leistet zweierlei: Zum einen wird der Widerstand entpolitisiert und zum anderen wird damit die politische Motivation der Widerständischen für irrelevant erklärt. Oder wie Dohnanyi seinen Vater über Bonhoeffers und den eigenen Widerstand zitiert: »Dietrich und ich haben die Sache ja nicht als Politiker gemacht. Es war einfach der zwangsläufige Gang eines anständigen Menschen.« Letzlich sei die »Wahrheit« des Widerstandes nicht in einer Dokumentensammlung über geplante Verfassungsstrukturen zu suchen, die, wie der Historiker Hans Mommsen sagt, antiliberal waren, sondern im »Stachel des Anstandes« bzw. in der »größeren Empfindsamkeit für eine persönliche Verantwortung über die Grenzen der nationalen Tradition hinaus, für Menschenrecht und Humanität.«

Wenn jedoch nur diejenigen bevollmächtigt werden, die Widerstand angeblich oder wirklich aus Gewissensgründen leisteten, fällt der linke und auch jüdische Widerstand komplett aus dem Bild.

Zugleich wird es auch erst dadurch möglich, sich positiv auf Verantwortungsträger und Befehlsgeber der deutschen Wehrmacht zu beziehen: Indem die politischen Motivationen der Offiziere des 20. Juli von der leider nicht geglückten widerständischen Tat als abgetrennt betrachtet werden. Sonst würde allzu offenbar werden, daß die Vernichtung der europäischen Juden und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht erst dann und nur deswegen in Frage gestellt wurden, weil das Kriegsziel, die Erweiterung des deutschen Reiches, militärisch nicht erfolgreich durchzusetzen war. Diesen militärischen Widerstand als humanistisch zu bezeichnen, muß entweder zynisch erscheinen oder die Kategorie selbst der Beliebigkeit entlarven.

Die Unterschiede zwischen Hitler und dem militärischen Widerstand könnten vielmehr als Arbeitsteilung zwischen dem Visionär und den Strategen der

instrumentellen Vernunft bezeichnet werden. Während der eine ausrief, daß Deutschland eher untergehe, als sich ergebe, wollten die »widerständischen« Patrioten lieber das Vaterland retten, nachdem der Krieg nicht mehr als das geeignete Durchsetzungsmittel erschien.

Die Wahrheit der Geschichte: Täter sind Opfer sind Täter ...

»Wahrheit« über die Bedingung der Möglichkeit des Nationalsozialismus will Dohnanyi aus den Wurzeln der Zeit verstehen. Wie zu erwarten, bedient sich der Redner hier der üblichen Leier über die »unerträgliche« Last des Versailler Vertrages – mit einigen kleinen Abwandlungen. »Es ist für mich deswegen eher ein Wunder, wie geduldig große Teile der Gesellschaft der Weimarer Republik diese Veränderungen und Belastungen trugen und ertrugen – und dennoch mehrheitlich demokratisch wählten, bis die Wirtschaftskrise das schmale Fundament zerstörte.«

Eigentlich seien die Deutschen also demokratischer gewesen, als es ein heutiger Demokrat verstehen kann, weil sie dem Staatsnotstandsprogramm der Nationalsozialisten und der damit verbundenen Zuspitzung des Antisemitismus zur »Endlösung« erst zustimmten, nachdem sie wirtschaftlich dazu »gezwungen« wurden, oder was?

Wir sollen also wohl froh sein, daß die Deutschen so lange der Versuchung widerstanden haben, daß sie, gerade weil sie so demokratisch waren, bis 1933 Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben.

Aber es kommt noch viel besser: Zur Einordnung der nationalsozialistischen Genesis zitiert Dohnanyi einen gewissen Wiliam Brustein, der zu »dramatischen Schlußfolgerungen« kommt: »Wenn die wirtschaftlichen Bedingungen, das Wahl- und Parteiensystem (...) bestanden hätten, dann hätten Millionen von Menschen in diesen Ländern (USA, Frankreich, Schweden u. Großbritannien; F.R.) möglicherweise genau das getan, was Millionen Deutsche taten – die NSDAP zu wählen und ihr beizutreten.« Ja, wenn das Wörtchen wenn nicht wär.

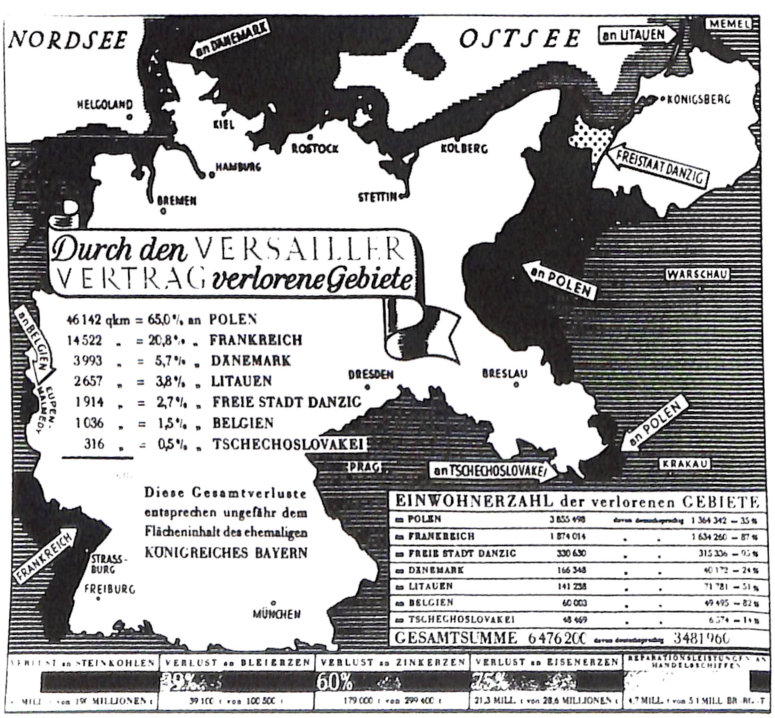
Aber zum Glück zitiert Dohnanyi diese »dramatische«, aber offenbar nützliche These ja nur und das auch lediglich in Frageform. Ansonsten könnte mensch glatt auf die Idee kommen, daß Dohnanyi den Übergang zum Faschismus für eine nachvollziehbare und konsequente Handlung enttäuschter und gedemütigter Patrioten hält. Vielleicht artikuliert Dohnanyi diese These nur deswegen in Frageform und Konditionalis, weil sie selbst ihm zu gewagt erscheint, als daß sie in der Öffentlichkeit so ausgesprochen werden dürfte.

Die Offiziere des Widerstandes sollen die Ursachen des »Zusammenbruchs« der Weimarer Republik eben auch wie Brustein gesehen haben: »Als ein Versagen des Systems dieser Republik gegenüber der so viel mächtigeren wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit.« Wäre also – so müßten wir mit Dohnanyi schlußfolgern – die Weimarer Republik erfolgreicher bei der Krisenbewältigung gewesen, so hätte es der Nazis gar nicht gebraucht.

Die »Wahrheit« soll also aus dem Studium der Geschichte und die »Ereignisse« aus den Wurzeln ihrer Zeit erschlossen werden. Um es anschaulicher zu machen, wird die Entstehung des Nationalsozialismus mit der Entstehung des israelischen Staates verglichen. »Wer zum Beispiel heute das Verhalten des Staates Israel kritisiert, der kann sich dem Verstehen nur über die Geschichte des Holocaust nähern; ohne diese Erfahrung gibt es kein Verstehen iraelischer Politik.« Ebensowenig wie offenbar der Nationalsozialismus ohne die zwingende Wirkung des Versailler Vertrages und die zu schwache Weimarer Republik gedacht werden darf?!

Eine weitere revisionistische Meisterleistung, die ohne weiteres den Tatbestand der Täter-Opfer-Verkehrung erfüllt: Die Deutschen werden in diesem Vergleich als Opfer der Geschichte auf die gleiche Stufe gestellt wie die Opfer des Holocaust. Die Bedingungen, aus denen Deutsche zu Tätern geworden seien, sollen aus ihrer eigenen »Opferposition« (Stichwort Versailler Vertrag) resultieren. Die Stilisierung der Deutschen zu armen kleinen Sündern wäre ohne diesen Vergleich schon ekelhaft und verlogen. Die durch Reparationszahlungen »gedemütigten« Deutschen jedoch auf eine Stufe mit den Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu stellen, macht aus Tätern Opfer.

Dohnanyi hingegen findet es unangebracht, die »Verstrickung« der Herren Offiziere des 20. Juli in den Vernichtungskrieg der Wehrmacht als Beurteilungsmaßstab ihres Widerstandes anzulegen. Den Initiatoren und Strategen des Feldzuges gegen die Sowjetunion und die sogenannten Partisanen wird hier nur »mangelnde Sensibilität in der Judenfrage« angekreidet. Vor allen Dingen soll ihre bisherige Karriere innerhalb des Nationalsozialismus nicht dazu berechtigen, den »Absichten dieser Männer zu mißtrauen, nach einem gelungenen Putsch eine wirkliche demo-



kratische Gesellschaft aufzubauen«. Hätte ja sein können, nicht wahr, so ähnlich wie nach dem verlorenen Krieg plötzlich auch wieder alle für die Demokratie gewesen sind.

Und so kommt Dohnanyi zum Schluß seiner Rede, für aufmerksame LeserInnen nicht ganz überraschend, zu einem Lob des geläuterten Büßers Deutschland, das sich den Geschichtsrevisionismus anscheinend jetzt wieder erlauben darf, weil in der Öffentlichkeit seit der Ausstellung des IfS die »Schattenseiten« der deutschen Vergangenheit nicht mehr verdrängt würden.

Widerstand sei wesentlich menschlicher Anstand, und mit der Würdigung dieses Anstandes soll die deutsche Nation rehabilitiert werden. »Und wir ehren mit dieser Ausstellung auch unser Vaterland. Denn wenn wir aufrichtig gegenüber unserer ganzen Geschichte sind, dann dürfen wir als Deutsche unser Vaterland auch aufrecht ehren.«

Deshalb sollte die Ausstellung zum militärischen Widerstand vielleicht doch besser »Aufstand des nationalen Gewissens der BRD« genannt werden. Die Aufständischen sind in Wirklichkeit diejenigen, die sich endlich des häßlichen Makels befreien wollen, der ihnen vom Ausland bis zur Wiedervereinigung als Beschränkung ihrer außenpolitischen Souveränität auferlegt wurde.

Auf zu neuen Taten: Erinnern macht frei

Die Nation spricht sich aus, wird gereinigt von den Gedanken und Taten der Vergangenheit, um sich ohne den alten Souveränitätsvorbehalt neuen Aufgaben und »Verantwortungen« stellen zu können. Die Enttabuisierung der Vergangenheit stellt auf ideologischer Ebene den Befreiungsschlag gegenüber dem verlorenen zweiten Weltkrieg dar, der mit den zwei-plus-vier Verträgen auf vertraglicher Ebene bereits stattgefunden hat. Definierten die Politiker der Bonner Republik ihren Anspruch auf internationale Einmischung theoretisch und praktisch infolge ihrer Vergangenheit eher als Scheckbuchdiplomatie, so wird heute aus der Läuterung ein neuer Handlungsmaßstab abgeleitet: Die als »humanitär« betitelte Befriedung von Krisenherden in aller Welt.

Wenn erwachsene Politiker in einer Parlamentsdebatte anläßlich der IfS-Ausstellung Geschichten über ihre nähere und weitere Verwandtschaft zum Besten geben und sich vor lauter Betroffenheit noch ein paar Tränchen abquetschen, dann sprechen sie in der Metapher der Familie von der deutschen Nation, von der sie sich natürlich genausowenig distanzieren wollen und können wie von ihren Großeltern. Blut ist schließlich dicker als Wasser.

Otto Schily ging damals »in sehr persönlicher Weise«[2] auf das Schicksal seiner Familienangehörigen ein. Freimut Duve erzählte von seiner jüdischen Großmutter, die von kroatischen Ustaschas abgeholt wurde, und die Grüne Christa Nickel entblödete sich nicht, zu betonen, daß Wehrmachtsoldaten Männer waren, die ihre Kinder liebten, genauso wie sie ihre Eltern und Großeltern liebt – um dann die Kurve zu kriegen: »Ich glaube nicht, daß man ein Land lieben kann, wenn man nicht zuallererst gelernt hat, das Leben der anderen Menschen zu lieben und auch sein eigenes zu lieben.« So gelingt es Politikern im Reden von persönlichen Verhältnissen ihre Stellung zur deutschen Nation zu enttabuisieren. (Kein Wunder, daß Andersdenkenden gerade dieses als chronisches Trauma vorkommt.) Heiner Geißler bringt es auf den Punkt, um den andere nur herumschwadronieren: »Wir müssen uns versöhnen, auch mit unserer Vergangenheit. Wir müssen unser Volk versöhnen (...).« Und – ein jüdisches Sprichwort zitierend – »Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.«

Die Legitimation, sich fortan überall auf der Welt einmischen zu dürfen, erwächst jetzt aus der spezifischen Verarbeitung des Nationalsozialismus. Die Deutschen haben – gerade wegen der »Schattenseiten« ihrer Geschichte – die Kompetenz entwickelt, »undemokratische« Tendenzen bei anderen zu erkennen. Daß es Dohnanyi nur ein Jahr nach der oben skizzierten Parlamentsdebatte schafft, dem Bekennen der Verbrechen der Wehrmacht ein gutes Gewissen aufrechter Militärs an die Seite zu stellen, ist natürlich in erster Linie geschichtsklitternd und revisionistisch. Zugleich setzt er jedoch damit einen Diskurs fort, in dem sich jetzt wieder selbstbewußt zu einer deutschen nationalen Identität bekannt werden darf. Während noch vor einem Jahr die Legitimation deutscher Außenpolitik

Michel Foucault antwortet auf die Frage, was für ihn ein Buch sei: eine Werkzeugkiste. Und Proust meinte, daß sein Buch wie eine Brille sei: probiert, ob sie euch paßt; ob ihr mit ihr etwas

sehen konnt, was euch sonst entgangen wäre, wenn nicht, dann laßt mein Buch liegen und sucht andere, mit denen es besser geht. Es gibt keinen Tod des Buches, sondern eine neue Art zu lesen.

(Gilles Deleuze)

LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13 / Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
60316 Frankfurt
Tel. 069 / 44 30 95
Fax 069 / 490 92 66

aus der Leistung der Enttabuisierung der Vergangenheit resultierte, holt Dohnanyi mit der aktuellen Ausstellung bereits wieder alte Kamellen aus dem Schrank, die neu verpackt immer noch den gleichen üblen Geschmack auf der Zunge hinterlassen. An die Enttabuisierung der Vergangenheit durch Bekennen anknüpfend, gelingt es ihm in der Rhetorik des Pluralismus, im militärischen Widerstand eine nationale Traditionslinie salonfähig zu machen. Selbstbewußt nimmt er die Strategie der »Enttabuisierung« auf, die auf den militärischen Widerstand angewandt werden darf, weil auch über die »Schattenseiten« gesprochen wird. Inhaltlich versucht er damit, das demokratisch humanitäre Selbstbild der Berliner Republik der nationalsozialistischen Vergangenheit wie eine Wurzel zu implantieren. Bezogen auf die Gegenwart soll die Enttabuisierung den Freischein für ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr und für deren neue Aufträge in aller Welt leisten. Das Geheimrezept für ein »gesundes« Nationalgefühl, um das die BRD mindestens seit der Wiedervereinigung kämpft, besteht in einer nationalpsychologischen Hygiene, die nun ob der Aufarbeitung der Traumata endlich wieder zu sich stehen darf.

Und Dohnanyi befindet sich mit seiner Geschichtspolitik in bester Gesellschaft. So äußerte sich BP Roman Herzog 1997 ganz ähnlich: »Nicht vergessen oder verdrängen, erinnern macht frei.«[3]

Feli Reuschling

1 > Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate sind der Rede Dohnanyis zur Eröffnung der Ausstellung »Aufstand des Gewissens« vom 25. 1. 98 entnommen.

2 > Alle folgenden nicht weiter gekennzeichneten Zitate sind aus der Bundestagsdebatte vom 13. 3. 1997. In: *Das Parlament* Nr.13/97

3 > Berliner Tagesspiegel vom 30. April 1997 anläßlich einer Rede zur deutsch-tschechischen Erklärung. (Nach: *Bahamas* Nr.23, Sommer 97)

Verstricktheit sells

Ein Gespräch unter Historikern im HR

Nach 1955 suchten wir eine anschlußfähige Wurzel, sprach der Professor Peter Steinbach und meinte die »Männer des 20. Juli«, *und da haben wir kräftig gezeichnet, und auch verzeichnet. Was wir heute erleben, ist zum Teil ein Einlösen dieser Rechnung.*

Vielleicht hat er damit ausdrücken wollen, daß »wir« inzwischen auch mittels historischer Forschung, der Umwidmung eines erfolglosen Putschs von Wehrmachtsoffizieren in eine enorme Widerstandspraxis gegen den Nationalsozialismus überführt werden können.

Und vielleicht wollte er sogar durchblicken lassen, daß diese Bemühungen der frühen Fünfziger der Anforderung geschuldet waren, der Nazizeit eine ehrbare, zwar wider- aber doch anständige (nicht kommunistische!) Tradition zu implantieren.
Das wäre aber das äußerste: Die Andeutung eines politischen Motivs für die Konjunkturen der zeitgeschichtlichen Prioritäten.

Eine Diskussion fand statt in einem Studio des *HR*, live übertragen im 1. hessischen Hörfunkprogramm, am Freitag den 13. Februar. Ihr Titel lautete: »Hatte die Wehrmacht ein Gewissen? – Militärs zwischen Widerstand und Gehorsam«. Eingeladen waren der als Eröffnungsredner der Ausstellung geschaßte Prof. Hans Mommsen, ebenso die Professoren Gillessen und Steinbach, sowie Dr. Sandkühler und Oberst Klein.

Das obige ins schwafelig-indifferente spielende Zitat repräsentiert ganz gut den in seiner Unkonkretheit als wissenschaftlich geltenden Sprachstil dieser Diskussion. Zudem mochte keiner der im Studio versammelten Historiker die Motive, die der Militär-Ausstellungskonzeption zu grunde liegen oder die Positionierung der Ausstellung in Frankfurt umgehend historisieren, also analysieren, denn das gehört sich nicht, in der Zunft. Und es ist ohnehin wichtig, sachlich-konstruktiv miteinander zu diskutieren.

So blieb die Kritik aneinander moderat und die politische Funktionalität mancher Äußerung unkommentiert. Zwar kritisierte Hans Mommsen die Entpolitisierung, die mit der Titelung von Sendung und Ausstellung verbunden sei, und bemerkte, daß unsere wissenschaftliche Diskussion diesen, einen letztendlich regressiven Zug der 50er Jahre fortsetzt, ... ist zu bedauern. Auch ärgerte ihn, daß die Darstellungen von Weimar und solche Sachen wie das ›Diktat von Versailles‹ 30 Jahre hinter der Forschung zurückblieben.

Sich mit dem Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundswehr in Potsdam – also dem Ausstellungsverantwortlichen – anlegen, mochte auch Mommsen nicht. Jener, der Oberst i.G. Klein führte ungeniert seine eigene, der tagespolitisch-didaktischen Zwecksetzung geschuldete Logik ein und entwickelte folgendes: *Wenn Sie vom heutigen Modell von Befehl und Gehorsam ausgehen, so ist ganz klar, daß der Befehlende sich an Recht und Gesetz gebunden weiß. Und der, der zu gehorchen hat, weiß die Grenzen der Ausführung von Befehlen ganz klar festgelegt, und daß er dann die Ausführung eines Befehls verweigern kann, wenn ein solcher Befehl ein Verbrechen oder Vergehen nach sich zieht.* Und diese Grenze, wie ist die markiert? *Es gibt heute*

Parameter, die es dem Soldaten sehr erleichtern, diese Grenze festzustellen. Das ist, glaube ich, das Ergebnis eines Erziehungsprozesses in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Bundeswehr ist heute 40 jahre alt, und ich glaube, da kann man also schon ein gutes Gewissen haben.

Jedes Regime wird unabhängig von der ideologischen Einbindung seine Herrschaft als recht- und gesetzmäßige bezeichnen bzw. verankern. Und zwar in der Erscheinungsform stringent und institutionell abgesichert. Die Armee, die den Gehorchenden davon in Kenntnis setzt, daß die Befehle ihrer Stabsoffiziere unrechtmäßig sind, – oder wie der Oberst sich auszudrücken beliebt, Verbrechen *nach sich ziehen* – ist nicht mal Groucho Marx eingefallen. Die Kategorie eines Handelns aus Gewissensgründen macht überhaupt nur Sinn, wenn man sie aus der Bindung an nationalstaatlich fixierte Normenkataloge befreit und sie außer-ordentlichen Instanzen – einer Religion, o.ä. – unterstellt. Da aber Oberst Klein unter allen Umständen vermeiden will, daß die durch die Ausstellung geleiteten Bundeswehrsoldaten die Möglichkeit einer legitimen Befehlsverweigerung aus »höheren Motiven«, als eine ihrer Praxis, ihrer Karriere in dieser Armee mit nach Hause nehmen, sagt er das, was er eigentlich nur meinen soll: Bei uns kann man per se ein gutes Gewissen haben, braucht also keinesfalls ein eigenes.

Der zentrale Widerspruch dieser Ausstellung steckt in der Tatsache, daß die abgefeierten Militärs sich fast durch die Bank zuvor militärische Verdienste erwarben, und das heißt in diesem Krieg in dieser Armee, sich an Massenerschießungen, Hungerblockaden und anderen Greueltaten direkt und indirekt beteiligt haben. Dieses *vorbehaltlose Akzeptieren des Hitlerschen Vorgehens* (Mommsen), aus dem ein eigenes Vorgehen resultierte, schwand, als Hitler *untragbar geworden ist, weil seine Kriegsführung das Heer und die Nation in die Katastrophe* hineinführte (Mommsen). Für ersteres einigte man sich in dieser Diskussion auf den Begriff der *Verstrickung*, das zweite firmierte unter *Einstellungsumschwung*.

Der in seiner umstandslosen Vernunft schönste Befreiungsschlag aus dem Dilemma, Nationalsozialisten zu feiern, die eine nationale Verschwörung versuchten ins Werk zu setzen, als die Juden ausgerottet und der Krieg verloren war, gelingt dem Professor Gillessen mit folgender Argumentation: *Wenn Sie einen Staatsstreich veranstalten wollen, brauchen Sie Machtmittel. Infolgedessen brauchen Sie Leute, die in Funktionen sind, die über Machtmittel verfügen. Aber, der Widerstand findet im Netz einer totalitären Diktatur statt ... man ist an allen Ecken und Enden eingebunden in das System und muß schauen, wo findet man eine Lücke.* Der Verschwörer, der fleißig die ihm vom System gestellten Aufgaben löst, infolgedessen aufsteigt und so immer mehr Machtmitel in die Hand bekommt, bespricht sich mit anderen, muß aber *Vorsicht üben*, denn *eine solche Gruppe darf sich nicht zu früh decouvrieren*.

Richtig sicher, daß alles klappt, können die Verschwörer erst sein, wenn sie so gut wie alle Machtmittel in der Hand haben. Ergo war der 20. Juli 44 ein etwas früh gewählter Termin. Das mag wiederum damit zu tun haben, daß nach der Landung der Alliierten in der Normandie die Zeit zur Lückenfindung drängte, sonst wäre die totalitäre Diktatur samt ihrem Territorium ganz ohne Staatsstreich verschwunden.

Die Frage, hat die Wehrmacht nun ein Gewissen oder nicht, blieb schlußendlich unbeantwortet. Aber – je öfter man die Frage stellt, desto wahrscheinlicher wird sie positiv beschieden werden. Warum auch nicht? So ein organisches, vielfach hierarchisch gegliedertes Ganzes, so viel selbstinduzierte Sachzwänge, selbständig ausgearbeitete Befehle und selbstbewußt ausgeführte Aufgaben, da wird schon ein Gewissen mitorganisiert worden sein. Ausgerechnet Thomas Sandkühler, der über die »Endlösung in Galizien« promoviert hat, blieb es vorbehalten, einen Zusammenhang zwischen der *Erfahrung des Verbrechens* und der *Motivation zum Widerstand* einzelner Offiziere herzustellen und damit die Kategorie der späten Läuterung nach erfolgreicher Verstrickung eingeführt zu haben. Diese Spekulation über das Allzumenschliche – erst gesündigt, 41, 42, 43 hie und da ein paar verbrecherische Befehle gegeben und befolgt, dann in Wort und Tat (20. Juli plus Vorbereitung) Buße getan – das wäre die würdige Fortsetzung einer Diskussion, die sich der Popularisierung einer ganzen Reihe Euphemismen verdient gemacht hat, und deren politische Funktionalität nachwievor aus allen Uniformknopflöchern quillt.

Christoph Schneider

impressum

diskus
Frankfurter StudentInnen Zeitschrift

Heft Nr. 1+2
Mai 1998
47. Jahrgang

Anschrift:
Mertonstr. 26–28, 60325 Frankfurt am Main
Homepage:
http://www.uni-frankfurt.de/diskus
http://www.copyriot.com/diskus
e-mail: diskus@copyriot.com

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hoerbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Sonja Buckel, Christine Demel (ViSdP), Wolfgang Hoerbe, Serhat Karakayalı, Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Feli Reuschling, Christian Sälzer, Uli Spenkoch, Esther Uhlig, Katja Wießner

Layout und Satz:
buechs & kruse
(dank gebührt c. ragotzky und a.v.spiegel)

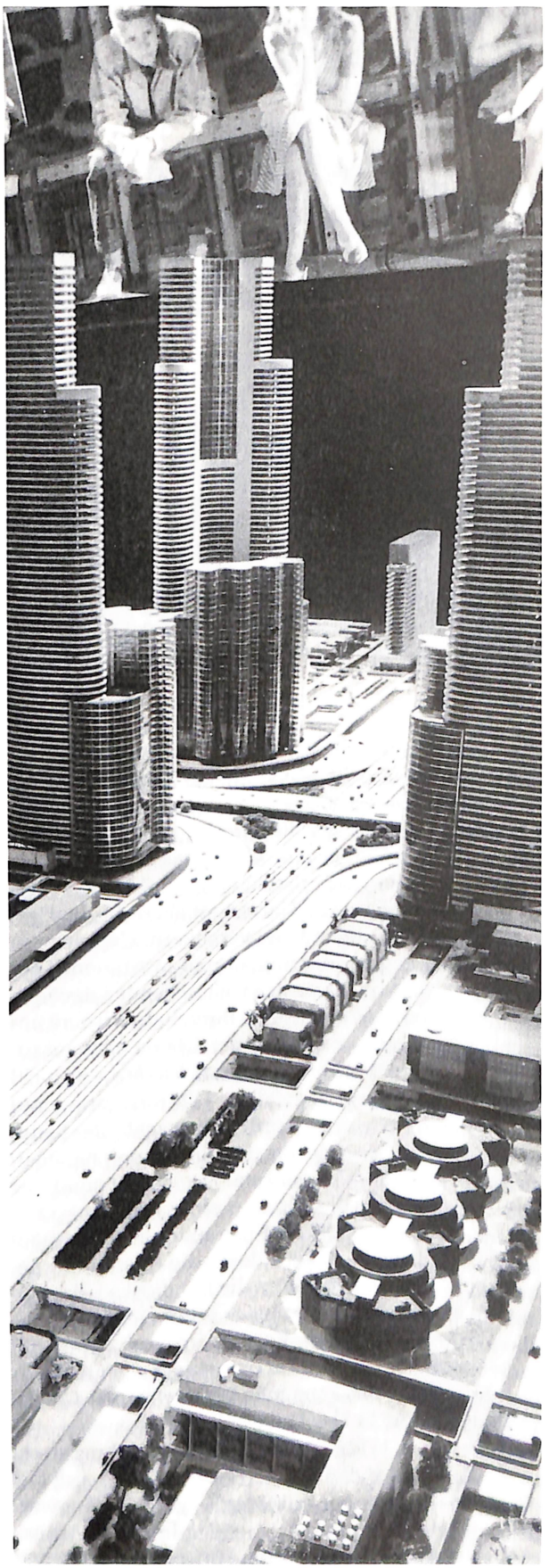
Lithos:
minuskel screen partner, frankfurt

Druck:
Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Auflage: 8.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
In Frankfurt gratis, auswärts 5 Mark
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Mai 1998.
Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

DRUCKEREI und VERLAGS KOLLEKTIV GUTLEUT e.G.

GrafikSatzDruck
Schönstr. 8
60327 Frankfurt
Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25



Begrabt die Linke!

Hier kommt die linke Wochenzeitung.

Jede Woche berichtet Jungle World auf 32 Seiten über Wirtschaft, Politik und Kultur – polemisch, zynisch, sachlich.
▶ Das aktuelle Thema der Woche auf zwei Extra-Seiten
▶ Jede Woche Streit in der Disko: »What's left?«
▶ Vier Seiten Hintergrund: Analyse und Kritik im Dossier
▶ Acht Seiten Dschungel: Literatur, Pop, Film, Theater, Kunst, Kulturpolitik, Medien, Reportagen ▶ Die einzige Wochenzeitung mit Antifa-Seite und Sport-Teil!

Probe-Abo

☐ Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.
Einen 20markschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Jungle World
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

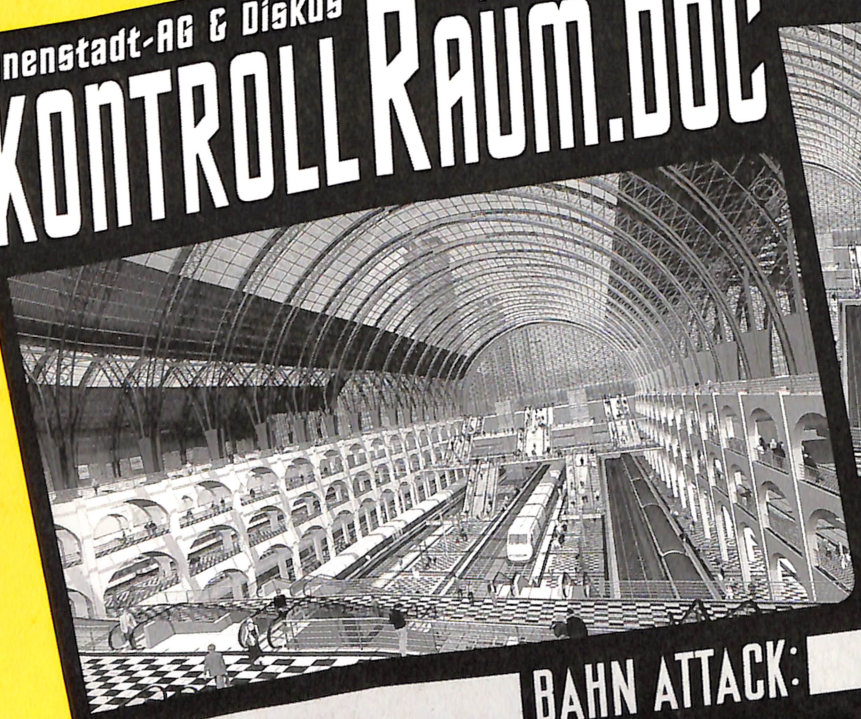
jaus -2/98

Innenstadt-AG & Diskus proudly events:

KONTROLL RAUM.DOC

Innenstadt-AG & Diskus proudly events:

KONTROLL RAUM.DOC



BAHN ATTACK:

Service, Sicherheit, Sauberkeit,
BahnHöfe, PlatzVerweise, ReiseFrische
SicherheitsNetz und KlangTeppich

+ DISKUS-RELEASE-PARTY

5.5. DIENSTAG 20 UHR
PARKHAUS JUNGHOFSTR.

DJ MAHMUT
VJ LEHMANN

ATTACK:

eit,
eiseFrische
eppich

EASE-PARTY

MAHMUT
EHMANN